

12. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Februar 2000

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung 799

Gesundheitsgefahr durch Alkoholmissbrauch in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 9. Dezember 1999 (Drucksache 15/143)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/204)

Verantwortlicher Umgang mit Alkohol

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2000 (Drucksache 15/219)

Abg. Frau Sauer (CDU) 799

Abg. Frau Hammerström (SPD) 800

Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 802

Senatorin Adolf 804

Abstimmung 806

Arbeitsmarkteffekte von ISP-Projekten

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. Dezember 1999 (Drucksache 15/155)

Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) 806

Abg. Focke (CDU) 809

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) . 811

Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) 813

Abg. Focke (CDU) 814

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) . 815

Abg. Kottisch (SPD) 815

Senator Hattig 816

Abstimmung 819

Entwicklung des Carl-Schurz-Kasernen-Geländes in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 10. Januar 2000 (Drucksache 15/162)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000

(Drucksache 15/189)

Abg. Töpfer (SPD) 819

Abg. Röwekamp (CDU) 821

Abg. Tittmann (DVU) 822

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) 823

Senator Hattig 825

Personalcontrolling Band III

Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2000 (Drucksache 15/180)

Abg. Frau Windler (CDU) 825

Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 826

Abg. Frau Wulff (SPD) 828

Bürgermeister Perschau 829

Abstimmung 830

Landesbreitbandnetz in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 26. Januar 2000 (Drucksache 15/182)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/205)

Zukunft des Landesbreitbandnetzes in Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft sichern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2000 (Drucksache 15/222)	
Abg. Frau Busch (SPD)	831
Abg. Jäger (CDU)	833
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	835
Senator Hattig	836
Abstimmung	837

Versorgungsstrukturen für Diabetiker im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 27. Januar 2000 (Drucksache 15/185)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/206)	
Abg. Frau Markus (SPD)	837
Abg. Peters (CDU)	838
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen).....	840
Senatorin Adolf	842

Sicherstellung vertragsgemäßer Leistungen im Schienen-Personen-Nahverkehr durch die Deutsche Bahn AG

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000 (Drucksache 15/187)	843
---	-----

Ausbau des Containerterminals IV

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 7. Februar 2000 (Drucksache 15/194)	
Abg. Tittmann (DVU)	843
Abg. Kastendiek (CDU)	844
Abstimmung	845

Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000 (Drucksache 15/198)	
1. Lesung	845

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/202)	845
---------------------------	-----

Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 23. Februar 2000 (Drucksache 15/220)	
1. Lesung	
2. Lesung	
Abg. Töpfer (SPD)	845
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	846
Abg. Teiser (CDU)	847
Abstimmung	848

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Hannken, Dr. Lutz, Frau Speckert.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die zwölfte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf dem Besucherrang begrüße ich eine Klasse der Schule Pestalozzistraße.

Herzlich willkommen hier im Parlament!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Zukunft des Landesbreitbandnetzes in Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft sichern, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2000, Drucksachen-Nummer 15/222.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 13, Landesbreitbandnetz in Bremen, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist dann damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Gesundheitsgefahr durch Alkoholmissbrauch in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen
der CDU und der SPD
vom 9. Dezember 1999
(Drucksache 15/143)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/204)

Wir verbinden hiermit:

Verantwortlicher Umgang mit Alkohol

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Februar 2000
(Drucksache 15/219)

(C)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Hoppensack.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Ich gehe davon aus, sehr geehrte Frau Senatorin, dass Sie das nicht tun möchten.

Ich frage, ob in die Aussprache eingetreten werden soll. — Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Sauer.

Abg. Frau **Sauer** (CDU): Guten Morgen, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antwort des Senats macht deutlich, dass in Bremen und Bremerhaven 14.000 Menschen alkoholabhängig sind und wir fast 100.000 unter missbräuchlichem Konsum und riskantem Konsum von Alkohol subsumieren müssen. Das ist eine hohe, eine viel zu hohe Zahl! Der Senat sagt uns aber auch in seiner Antwort, dass er nicht weiß, wie sich diese erschreckend hohe Zahl der Suchtabhängigen und Suchtgefährdeten aufteilt oder wie wir diese Menschen mit den vorhandenen und ausgefeilten Hilfsangeboten denn erreichen können. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der Antwort des Senats: „Es gibt keine Erhebungen in Bremen über den Anteil derjenigen Menschen, die missbräuchlich Alkohol in Schulen, in Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen konsumieren.“

(D)

Das ist besonders erstaunlich, weil wir seit Jahren innerhalb des öffentlichen Dienstes Suchtbeauftragte haben, die eine hervorragende Arbeit leisten. Diese machen sie ehrenamtlich und zusätzlich zu ihrer Arbeitszeit, auch das darf hier nicht unerwähnt bleiben. Warum weiß der Senat also nicht, wie und wo er die Menschen erreichen und vor allem wie nachhaltig geholfen werden kann? Hier muss noch erheblich konkreter gehandelt werden.

Meine Damen und Herren, genauer und zielorientierter zu arbeiten ist dringend erforderlich, denn trotz der hohen Zahl von insgesamt 114.000 Menschen mit Alkoholproblemen, sagt uns der Senat, dass lediglich 469 Personen im Jahr 1999 mit stationärer und ambulanter Entwöhnungsbehandlung und ambulanter Nachsorgebehandlung erreicht worden sind. Wo sind die anderen, die dringend Hilfe benötigen? Diese Personen, meine Damen und Herren, werden ausschließlich von den vielfältigen Angeboten der Selbsthilfegruppen in Bremen und Bremer-

(A) haven aufgefangen und begleitet. Dort werden wohnortnahe Hilfen erbracht, die den Menschen die Chance zur Überwindung ihrer Sucht eröffnen.

In Bremen arbeiten 150 Selbsthilfegruppen, diese erreichen rund 3000 Menschen. In Bremerhaven sind sieben Gruppen tätig, die die notwendige und kompetente Arbeit vor Ort leisten. Wir haben den Senat auch um Auskunft gebeten, wie denn die finanzielle Unterstützung dieser Gruppen ausgestattet ist. Die Antwort, dass diese in Bremen mit zirka 50.000 DM aus Wettmitteln und in Bremerhaven mit 285.000 DM bezuschusst werden, kann nicht ganz richtig sein. Das Größenverhältnis macht deutlich, hier müssen wir noch einmal genauer nachfragen.

Der Senat macht in seiner Antwort auch deutlich, dass der Gesundheitsplan Alkohol der siebzigsten Gesundheitsministerkonferenz in Bremen und Bremerhaven umgesetzt wird und vielfältige Aktivitäten bereits angestoßen und in Planung sind. Die Frage drängt sich auf, wie die Menschen mit Alkoholproblemen durch diese Aktivitäten zielgenau erreicht werden können, wenn der Senat nicht genau weiß, wo er ansetzen soll. Zwar ist eine Datenbank errichtet worden, aber, ich glaube, dort handelt es sich ausschließlich um das Anlegen eines Adressverteilers, denn sonst hätten die Fragen der CDU-Fraktion ja sehr viel differenzierter beantwortet werden können.

(B) (Beifall bei der CDU)

Auch hier werden wir, die CDU, noch einmal nachhaken, um bei den Aktivitäten nicht einfach aktiv zu sein, sondern genauer die Menschen zu erreichen, die Hilfe und konkrete Angebote dringend benötigen, um sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen und um die Angebote in dem Stadtteil wahrnehmen zu können, der ihm dies auch anbietet.

Meine Damen und Herren, auf unsere Frage, ob der Senat ein Budget „Hilfen für Alkoholgefährdete und Alkoholranke“ analog der Debatte um ein Psychiatriebudget für sinnvoll hält, antwortet dieser, dass ähnliche Entwicklungen geplant seien. Welche Denkanstöße dabei eine Rolle spielen, welche Ziele verfolgt und welche Hilfen wie und wo dringend gesichert werden müssen, teilt uns der Senat leider nicht mit. Auch hier wird die CDU-Fraktion sehr genau hinschauen,

(Beifall bei der CDU)

damit das krasse Missverhältnis zwischen ambulanten und stadtteilorientierten Hilfen auf der einen und Hilfen im klinischen und vorklinischen Raum auf der anderen Seite nicht fortgeschrieben wird.

Wir werden dieses Suchtbudget ganz klar an den vielfältigen und unerlässlichen Hilfen in den Selbsthilfegruppen orientieren müssen, die den Löwenan-

teil der Arbeit für die Menschen mit Alkoholproblemen leisten.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird die CDU-Fraktion in ihrer politischen Arbeit einen deutlichen Schwerpunkt für die Kompetenzerhaltung und die weitere Kompetenzentwicklung in der Selbsthilfearbeit setzen.

Meine Damen und Herren, wir sind froh, Ihnen einen interfraktionellen Antrag zum Thema Alkoholmissbrauch präsentieren zu können. Dieser Antrag macht deutlich, dass wir zukünftig sicherstellen wollen, dass passgenauer und zielorientierter für die betroffenen Personengruppen gearbeitet werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde mich freuen, wenn dieser CDU-Antrag die breite Mehrheit des Hauses fände. — Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hammerström.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Ich habe mich überhaupt noch nicht gemeldet!)

(D)

Sie stehen hier auf der Rednerliste und anschließend Frau Hoch. Ich kann es nicht ändern.

Abg. Frau **Hammerström** (SPD) *): Herr Präsident, wenn man auf der Liste steht, muss man also auch hier reden, oder wie verstehe ich das jetzt für das nächste Mal? Ich hätte Frau Hoch gern den Vortritt gelassen, wir verständigen uns da immer. Es ist aber auch nicht das Thema!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bereits 1971 hat die Weltgesundheitsorganisation mit dem Programm „Gesundheit für alle“ das Ziel definiert, den Alkoholkonsum weltweit um 25 Prozent zu senken. 1992 wurde diese Forderung im europäischen Aktionsplan Alkohol erneuert, und 1997 hat die Gesundheitsministerkonferenz einen einstimmigen Beschluss zum Aktionsplan Alkohol gefällt. Die SPD-Fraktion hatte dies seinerzeit zum Anlass genommen, eine Große Anfrage zu stellen, um das Thema „Gesundheitsgefahr durch Alkoholmissbrauch“ in diesem Hause zu debattieren.

Damals wurde uns vorgeworfen, dass wir die Debatte unter dem Stichwort Aktionsplan Alkohol führten. Die Opposition empfand dies seinerzeit als er-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) heiternd, und wie Sie in dem Protokoll auch nachlesen können, war die Debatte für einige auch etwas erheiternd. Der Koalitionskollege von der CDU warf uns seinerzeit vor, dass wir keinen eigenen Antrag zu diesem Thema eingebracht hätten. Die Kollegen, die damals dabei waren, können sich erinnern, die CDU hatte den Ansatz, die Alkoholabhängigen unter den Rathausarkaden zu vertreiben, wir hatten einen gesundheitspolitischen Ansatz. Deshalb ist damals kein eigener Antrag zustande gekommen. Umso mehr bin ich froh, dass wir es jetzt geschafft haben, mit allen Fraktionen einen Antrag vor allen Dingen unter dem Stichwort Aktionsplan Alkohol hier einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass in den 18 Monaten, von der letzten Debatte bis heute, etwas mehr passiert wäre, vielleicht macht unsere gemeinsame Initiative einigen ja jetzt Mut, dieses Thema etwas mehr nach vorn zu bringen.

(B) In der Zwischenzeit hat auch die rotgrüne Bundesregierung dem Thema Alkohol einen, ich glaube, ihr angemessenen Stellenwert beigemessen, so dass auch auf Bundesgesetzebene das eine oder andere in Bewegung gebracht und zum Positiven gewendet werden kann. Die Antwort auf unsere Große Anfrage liegt Ihnen schriftlich vor, Frau Kollegin Sauer hat schon auf einiges hingewiesen, daher möchte ich mich jetzt eigentlich nur auf die Forderungen des Aktionsplans Alkohol, den wir ja heute mit diesem Antrag aller drei Fraktionen unterstützt haben, beschränken.

Erstens: Der Alkoholverbrauch soll insgesamt gesenkt werden, um somit auch negative Folgewirkungen zu reduzieren. Daher brauchen wir die Initiierung von Programmen, Maßnahmen und Projekten in Familie, Schule, Arbeitsplatz und Freizeitvereinen. Die Prävalenz des schädlichen Alkoholkonsums ist zu verringern. Die Förderung der so genannten Punktnüchternheit steht für uns als Sozialdemokraten ganz oben an. Ich komme gleich zu der Punktnüchternheit! Es ist, glaube ich, nicht das Ziel, eine absolut alkoholfreie Gesellschaft herstellen zu wollen, sondern in bestimmten Verhaltensweisen oder an bestimmten Orten, nämlich die so genannte Punktnüchternheit.

Für alle im Selbsthilfebereich Tätigen ist das eigentlich ein Stichwort, das jeder kennt. Die Gesellschaft suggeriert nämlich durch indirektes oder direktes Verhalten, zu jeder sich bietenden Gelegenheit alkoholhaltige Getränke zu konsumieren. Durch Werbung geschieht dies teils aggressiv und offensiv. Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist ein breiter gesellschaftlicher Konsens erforderlich, der nämlich alkoholfreie Zeiten, alkoholfreie Orte und Personengruppen bestimmt und ihre Einhaltung durch soziales Verhalten regelt.

(C) Punktnüchternheit in diesem Sinne, ich habe schon eben darauf hingewiesen, bedeutet Alkoholfreiheit am ungeeigneten Ort, beispielsweise am Arbeitsplatz, in der Schule, zur ungeeigneten Zeit, beispielsweise beim Führen von Pkw, für bestimmte Personengruppen, nämlich Schwangere oder bewusst abstinent lebende Menschen, und in bestimmten Situationen, beispielsweise bei Sportveranstaltungen, die durch Alkoholkonsum Gewalttätigkeiten fördern könnten.

Ich schließe mich der Forderung der Guttempler uneingeschränkt an. Sie fordern eine Imagekampagne für die Punktnüchternheit. Weitere Forderungen des Aktionsplans Alkohol, und ich weise noch einmal darauf hin, den wir hier einstimmig mit diesem Antrag heute gefordert haben, sind null Promille im Straßenverkehr. Alkoholunfälle haben erfreulicherweise abgenommen. Das hat auch etwas mit der 0,5-Promille-Grenze zu tun. Ich denke, viel Leid in dieser Welt könnte verhindert werden, wenn wir es schafften, 0,0 Promille beim Führen von Pkw, was in anderen Ländern teilweise längst gang und gäbe ist, auch hier einzuführen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Im Sinne der Punktnüchternheit sollte sich die Gesellschaft einig sein, dass eine Teilnahme am Straßenverkehr unter Alkohol eben kein Kavaliersdelikt ist, sondern ein Verbrechen an Leib und Leben.

(Beifall bei der SPD)

Weitere Forderungen, die wir hier heute nur anskizzieren können, die wir aber sicherlich in der Deputation und auch nach dem Bericht des Senats noch weiter vertiefen werden, die Kollegin Sauer ist darauf eingegangen, dass uns dieses Thema sicherlich noch eine Weile beschäftigen wird, sind die Verbesserung der Kontrolle zur Einhaltung bestehender Gesetze zum Jugendschutz und zur Verkehrssicherheit, Intensivierung der Suchtforschung, eine Imagekampagne zur Aufwertung alkoholfreier Lebensweisen und Lebensbereiche. Ich nenne nur die Stichworte Kindheit, Schwangerschaft, Verkehr und Arbeitswelt, die ich schon angeführt habe. Nicht nur der Senat ist aufgefordert, dem Thema Alkohol einen breiten Rahmen einzuräumen. Ich freue mich, dass die rotgrüne Bundesregierung jetzt auch hier beispielsweise dem Thema Werbungsverbot bei bestimmten Sportveranstaltungen oder Ähnlichem einen breiteren Raum einräumen wird.

Vor kurzem noch belächelt, werden Warnhinweise auf Schnapsflaschen analog zu Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln bald zum Alltag gehören. Nur ein paar Stimmen dazu, ich darf zitieren den Geschäftsführer der deutschen Hauptstelle gegen Suchtgefahren: „Unsere Gesellschaft fordert seit Jah-

(A) ren Warnhinweise. Alkohol ist ein Rauschmittel, dessen Konsum gefährliche Folgen haben kann.“ Oder der Vorstandsvorsitzenden der AOK in Bayern: „Maßvoller Genuss ist nicht das Thema, sondern Alkoholmissbrauch. Er zerstört die Gesundheit. Warnhinweise auf Schnapsflaschen sind deshalb wichtig.“

Zum Schluss noch die weiteren Ziele des Aktionsplans Alkohol: Einschränkung der Alkoholwerbung, das sagte ich bereits, Konsumreduzierung über die Preis- und Steuerregulierung, Ausbau der Suchtforschung, Aus-, Weiter- und Fortbildung der niedergelassenen Ärzte und Krankenhausärzte, auch hier kann noch viel getan werden, Stärkung der Gesundheitsdienste.

Das Fazit, lassen Sie mich das ganz kurz zusammenfassen! Die Vorschläge, die bereits vor eineinhalb Jahren auf dem Tisch lagen, müssen nun, Frau Senatorin, endlich umgesetzt werden. Eine Verhaltensänderung in der Gesellschaft ist nur sehr langsam zu verwirklichen. Da aber Wirkungen erst nach langer Zeit spürbar werden, nimmt die Schulung von und die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren einen hohen Stellenwert ein. Als Multiplikatoren, ich glaube, diese Diskussion hatten wir gestern im Bildungsbereich auch, wirken vor allem Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, das Personal im Gesundheitswesen, Mitarbeiter in der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, wichtiger aber ist immer noch die Vorbildfunktion der Eltern!

(B) Die SPD-Fraktion erwartet vom Senat eine zügige Vorlage unserer Forderungen bis Ende März, wie die Ziele und Forderungen des Aktionsplans Alkohol in Bremerhaven und Bremen umgesetzt werden können. Wir werden ein waches Auge darauf haben, Frau Senatorin, dass nicht erst wieder 18 Monate ins Land gehen, dass wir hier einen Schritt weiterkommen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Suchtkrankheiten sind eines der größten sozialen und medizinischen Probleme unserer Zeit, und ich rede hier bewusst von Suchtkrankheiten, weil der Alkoholmissbrauch nicht isoliert betrachtet werden kann, denn ein Großteil der Alkoholkranken ist mehrfach abhängig. Deshalb ist es auch sinnvoll, dass in Bremen und Bremerhaven dieser Zusammenhang in den Suchtkrankenplänen benannt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich möchte, meine Damen und Herren, in meinen Ausführungen nicht noch einmal die Zahlen wiederholen, die in der Antwort des Senats genannt werden. Die Zahlen sind uns bekannt, sie sind nachlesbar, und die Dunkelziffer ist überaus hoch.

Meine Redezeit möchte ich dazu nutzen, um zu diesem Thema erstens auf die Zielsetzungen von Bündnis 90/Die Grünen hinzuweisen und zweitens, das ist mir besonders wichtig, die betroffenen Gruppen in den Vordergrund zu stellen, das sind nicht nur die Suchtabhängigen, meine Damen und Herren, das sind genauso ihre Frauen, ihre Ehemänner, ihre Familien, Jugendliche und Kinder.

Von Suchtstoffen abhängig zu sein ist eine ernst zu nehmende Erkrankung. Fast ebenso wie die Betroffenen leiden die Familien, der Freundeskreis, das ganze soziale Umfeld unter den Begleiterscheinungen. Wir wissen, dass besonders die Kinder unter den Folgen des Alkoholkonsums in den Familien leiden, Kinder, die in den entscheidenden Jahren ihrer eigenen Entwicklung sind. Der Schritt als Jugendlicher zu legalen und illegalen Drogen ist dann sicherlich nicht mehr weit. Deshalb muss in die Suchttherapie die ganze Familie einbezogen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D) Wir haben hier in der letzten Sitzung in der Bürgerschaft über häusliche Gewalt debattiert, meine Damen und Herren. In vielen Fällen, in denen es zur Gewaltanwendung an Frauen und Kindern kommt, ist dies unter Alkoholeinfluss geschehen. Die aggressionshemmende Wirkung von Alkohol spielt hier eine wesentliche Rolle. Viele Kinder und Jugendliche erleben diesen Umgang als Normalität. In Familien, in denen Eltern Alkohol konsumieren, trinken später auch fast 95 Prozent der Kinder.

Es gibt jedoch in Bremen und Bremerhaven zurzeit kein Projekt, das sich speziell um Kinder und Jugendliche mit ihren Alkoholproblemen kümmert. Viele mit Suchtmittelgebrauch auffällig gewordene Jugendliche benötigen nicht eine Langzeittherapie im herkömmlichen Sinn. Hier fehlen eindeutig kurzfristige Unterbringungsmöglichkeiten sowie eine Vernetzung mit dem bestehenden Suchthilfesystem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die fehlende Kooperation und die mangelnde Vernetzung wird in beiden Suchthilfeplänen in Bremen sowie auch in Bremerhaven kritisiert. Eine langfristige Planung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für erforderliche Aktivitäten und ein Ausbau der Hilfeleistungen sind nicht möglich. Warum nicht? Weil die Finanzierung von Selbsthilfegruppen und Institutionen nur immer kurzfristig oder projektbezogen erfolgt! Hier werden ständig Mitarbeiterinnen und

- (A) Mitarbeiter bei ihrer verdammt schweren Arbeit noch persönlich mit ihrer beruflichen Existenz belastet. In Bremerhaven ist die Stelle des Suchtkoordinators nur noch zu einem Drittel besetzt. Dazu kommt, dass der Mitarbeiter in absehbarer Zeit in Rente gehen wird. Das sind keine guten Voraussetzungen für eine langfristige Planung.

Doch auch Positives muss hier an dieser Stelle genannt werden, meine Damen und Herren. Zurzeit ist die Zusammenarbeit zwischen den ambulanten und stationären Einrichtungen in Bremerhaven gut. Das Projekt des Case-Managers, gefördert durch das Bundesgesundheitsministerium, hat dies bewirkt. Hier wird ein individuelles Hilfsangebot für Abhängige, die sonst durch Angebote nicht erreichbar sind, erarbeitet. Im stationären Bereich hat dieses Projekt eine häufige Wiederaufnahme von Abhängigen vermieden, doch das Projekt wird Ende 2000 auslaufen. Das heißt, dass in Bremerhaven wahrscheinlich 2001 der zu beklagende Urzustand wieder hergestellt wird. Es muss endlich aufhören, meine Damen und Herren, dass nur projektbezogen gedacht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (B) Eine rechtzeitige Evaluation und eine Übernahme von positiven Ergebnissen müssen vorangetrieben werden. Projekte für eine Behandlung und eine Prävention dürfen keine Eintagsfliegen sein. 1990 wurde im Suchthilfeplan unseres Bundeslandes festgeschrieben, dass der Schwerpunkt der bremischen Suchtprävention in der Stadtteilarbeit liegt, und zwar hier in der Verbindung von Schule und außerschulischen Institutionen.

In der Mitteilung des Senats vom 7. Juli 1998 wird diese Aussage weiterhin bestärkt. Es wird gesagt, dass die im Bereich der medizinischen Basisversorgung liegenden Chancen zur Verbesserung der Suchtkrankenhilfe genutzt werden müssen. Das heißt, dass regionale Verbundsysteme geschaffen werden müssen, in denen niedergelassene Ärzte, Allgemeinkrankenhäuser und die Suchtkrankenhilfe zusammenarbeiten. Außerdem sollten Selbsthilfegruppen stärker in die psychosoziale Unterstützung und Stabilisierung von Suchtkranken einbezogen werden. Diese Zielsetzungen unterstützen wir vom Bündnis 90/Die Grünen ausdrücklich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich mir die Zeitpunkte dieser Zielsetzungen, 1990 und noch einmal 1998, ansehe, muss ich zu dem Schluss kommen, dass es hier wohl gravierende Umsetzungsprobleme gibt, meine Damen und Herren. Wenn einerseits die Arbeit der Selbsthilfegruppen als wichtig angesehen wird, und das stimmt, das ist richtig, ist es nicht zu verstehen, wenn ihnen der finanzielle Teppich unter den Füßen weggezogen

wird. Ein grundlegender Mangel in der Suchtkrankenhilfe in der Bundesrepublik sowie in Bremen und Bremerhaven besteht darin, dass die Hilfe einen Teil der Kranken überhaupt nicht erreicht, und zwar einen großen Teil. Das sind besonders die chronisch Kranken. Diese chronisch Kranken werden auch zu Recht die vergessene Mehrheit genannt.

Im Frühjahr vor zwei Jahren hat es hier von der senatorischen Dienststelle eine Fachtagung zu diesem Thema gegeben. Darin wurde thematisiert, dass 85 Prozent der Abhängigen von den herkömmlichen Komm-Angeboten in der Suchthilfe nicht erreicht werden. Das heißt, dass die Versorgungsstruktur vor allem diejenigen aufnimmt, die schon Krankheitseinsicht und ausreichende Stabilität haben, denn nur die kommen. Für die anderen, die am schwersten betroffen sind, gibt es kaum Angebote. Das sind hier in Bremen und Bremerhaven die vielen Menschen, die in desolaten Wohnverhältnissen leben, isoliert und anonym, immer mit dem Versuch, gesellschaftlich nicht aufzufallen. Sie trinken in den eigenen vier Wänden.

Wenn wir davon ausgehen, dass 75 Prozent von ihnen einmal im Jahr in niedergelassenen Krankenhäusern behandelt werden und andere 25 Prozent bei Ärzten, jedoch nur wegen Folgeerscheinungen, dann ist es wichtig festzustellen, dass auch die Weiterbildung im ärztlichen und medizinischen Bereich dringend erforderlich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade hier besteht ein Ansatzpunkt, dieser vergessenen Mehrheit zu helfen.

Es ist jedoch völlig sinnlos, eine körperliche Entgiftung ohne eine weitergehende Behandlung und Begleitung durchzuführen. Aufsuchende Arbeit, wie sie im Bereich der illegalen Drogen stattfindet, muss auch hier geleistet werden. Dazu gehört eine breite soziale Unterstützungs- und Beratungstätigkeit. Ich nenne hier nur die Stichpunkte: die Berufs-, die Arbeitssituation, die Wohnungssituation, nicht zu vergessen die Schuldenangelegenheiten. Die Zusammenarbeit der Multiplikatoren, Betriebe, Schulen, Vereine und Verbände ist eine große Chance für die Suchtbewältigung in einem Stadtteil.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Anmerkungen zur Umsetzung des Alkoholplans machen! Es wurden hier in Bremen mehrere Veranstaltungen zum Thema Alkohol durchgeführt, weiterhin eine Fachtagung mit der Überschrift „Frauen trinken anders“. Diese Tagung fand überaus breiten Zuspruch, sogar über Bremen hinaus.

Alles sehr lobenswert und wichtig! Doch die Konsequenz daraus, dass frauenspezifische Behandlungsanteile aufgebaut worden sind, ist nicht gezogen worden, denn für die Betreuung von Frauen, die auch oftmals Kinder haben, fehlen in Bremen

(C)

(D)

(A) und Bremerhaven immer noch die notwendigen Angebote.

Ein stetige Veränderung der Wahrnehmung des Alkoholmissbrauchs ist nicht allein durch Kampagnen zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Aber auch!)

Nicht allein, habe ich gesagt, das beinhaltet das ja!

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Ich sagte: Aber auch!)

Ja, das ist richtig, das sehe ich vollkommen ein!

Diese Wahrnehmungsveränderung muss von politischen Maßnahmen flankiert werden. Dazu gehören auch Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für ehemalige Suchtkranke, die geschaffen werden müssen. Dies ist ein wichtiger Baustein für ihre soziale Eingliederung.

In Bremen soll dieses Bündnis für den verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol gegründet werden. Das wird in der aktuellen Antwort des Senats ausgeführt, aber das wurde es auch schon 1998. Das Gründungstreffen der Aktionspartner zum Aktionsbündnis ist endlich geplant. Hoffentlich gehen nicht wieder zwei Jahre bis zur Realisierung ins Land! Deshalb haben wir auch den Antrag von CDU und SPD unterstützt, um das endlich hier in Bremen durchzusetzen,

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

sonst wird leider noch viel Alkohol fließen mit allen seinen problematischen Folgeerscheinungen! — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Alkohol und die Gefahren durch Alkoholmissbrauch hat die Bürgerschaft zuletzt Mitte Mai 1998 beschäftigt. Schon damals ist der Standpunkt des Senats ausführlich dargelegt worden, das ist hier auch eben gesagt worden. An der Aktualität des Problems Alkohol hat sich seitdem, das werden Sie alle so bewerten, nichts verändert. Ich sage ausdrücklich das Problem Alkohol, denn nur das interessiert in diesem Zusammenhang.

Vielleicht vorab zu den Ausführungen von Frau Hoch: Es geht in keiner Weise darum, in Bremen oder Bremerhaven, wobei ich für Bremerhaven natürlich

nur eingeschränkt sprechen kann, den Selbsthilfegruppen den Boden zu entziehen, oder darum, dass wir nun überhaupt keine Angebote hätten, was Arbeitsplätze angeht, was aufsuchende Sozialarbeit zum Beispiel auch angeht, über den Sozialpsychiatrischen Dienst. Also, überlassen Sie das vielleicht den Haushaltsberatungen!

(C)

Wir haben überhaupt nicht vor, da den Boden zu entziehen, wir haben vielmehr vor zu versuchen, weitgehend auch das zu sichern, was Sie einfordern mit Planungssicherheit, damit es nicht immer von Jahr zu Jahr für die Beschäftigten dort um ihre eigene Existenz gehen muss

(Beifall bei der SPD)

und damit die Arbeit auch ein Stück blockiert wird. Also, lassen Sie uns diesen Teil vielleicht im Rahmen der Haushaltsberatungen besehen und uns jetzt dem zuwenden, was wir an Bewusstseinsveränderungen auch erreichen können in den Debatten und in den Aktionen, die wir vorhaben!

Es ist weniger ein Problem, dass es Alkohol gibt und dass Alkohol als gesellschaftliche Droge auch in unserer Kultur eine wichtige Rolle spielt. Alkohol kann durchaus, das werden Sie alle bestätigen, auch ein Genussmittel sein. Sie mögen vielleicht aber auch aus Ihrem persönlichen Lebensumfeld wissen, wie schleichend der Übergang vom Konsum zur Abhängigkeit ist. Wer kennt nicht eine Person, deren Abhängigkeit nicht nur sie selbst, sondern auch Freundschaften, Familien, Kinder zugrunde gerichtet hat? Oder denken Sie an Autofahrten unter Alkoholeinfluss, die die schlimmsten Konsequenzen mit tödlichem Ausgang oder schweren gesundheitlichen Folgen hatten! Dies im Vorfeld zu verhindern, darum geht es mir mit dem Debattenbeitrag im Ansatz auch heute, wobei ich glaube, Frau Sauer und Frau Hoch, dass die staatlichen Möglichkeiten des Eingriffs dabei auch eine natürliche Grenze haben.

(D)

Ich glaube, wir alle, nicht nur wir hier, sondern alle müssen uns auch überlegen, inwieweit wir nicht verpflichtet sind, auch frühzeitig einzugreifen. Frau Sauer hat vorhin gesagt, wir wollen nicht zuschauen, aber leider wird sehr oft nur zugeschaut. Wir alle kennen auch Leute, von denen wir sicher wissen, die haben da ein massives Problem, möglicherweise schon ein Suchtproblem, aber wir tun sehr wenig, weil wir uns scheuen, weil wir Angst haben vor dem Konflikt, weil wir nicht da irgendetwas lostreten wollen.

Die Suchtberater, die wir im öffentlichen Dienst beschäftigen, sind da ein ganz wichtiger Ansatz und leisten gute Arbeiten. Nur, wir können staatlicherseits nicht Suchtberater für die gesamte Gesellschaft organisieren, sondern das müssen auch viele in ihrem ganz persönlichen Verantwortungsbereich ganz persönlich übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Da sind wir alle sicherlich noch viel mehr gefordert, als wir das in der Vergangenheit wahrgenommen haben.

Der Senat steht durchaus im Einklang mit dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz von 1997 und dem Europäischen Aktionsplan 2000/2005 der Weltgesundheitsorganisation. Wir halten an den übergeordneten Zielen auch nach wie vor fest, die ich hier kurz noch einmal benennen möchte, nämlich ein verstärktes Bewusstsein für gesundheitspolitische Konzepte zu schaffen, mit denen die Schäden durch Alkohol vermindert werden können.

Das Risiko alkoholbedingter Probleme, die in gesellschaftlichen Zusammenhängen, beim Arbeitsplatz, bei Festen und Lebenssituationen, wie zum Beispiel bei Schwangerschaft entstehen, ist zu verringern. Die alkoholbedingten Schäden wie Todesfälle, Unfälle, Gewalttätigkeiten und Familienkrisen, die ja auch häufig mit Alkohol zu tun haben, sowohl vom Umfang als auch von ihrer tief greifenden Wirkung, sind zu verringern. Menschen, deren Alkoholverbrauch als gefährlich oder schädlich zu bezeichnen ist, und Alkoholabhängigen ist eine für sie angemessene zugängliche und wirksame Betreuung anzubieten. Kinder und junge Menschen und alle, die auch vielleicht keinen Alkohol trinken wollen, sind besser zu schützen vor dem von der Umwelt in diesem Zusammenhang leider auch oft noch ausgehenden Druck, sich doch zu beteiligen.

(B) Meine Damen und Herren, es geht um eine große Herausforderung, nämlich ein Problembewusstsein gegenüber einem schädlichen Umgang mit Alkohol in der Gesamtbevölkerung zu entwickeln und zu fördern und die Sensibilität für den anderen, der Probleme hat, zu stärken. Der Senat hat im vergangenen Jahr oder in den letzten Jahren verschiedene Aktionen auf den Weg gebracht, zum einen die Überprüfung des Gaststättengesetzes und da besonders den Apfelsaft-Paragraphen, der festlegt, dass mindestens ein nichtalkoholisches Getränk zum gleichen Preis und in der gleichen Menge wie das billigste alkoholische Getränk vorzuhalten sein muss, was von großer Bedeutung ist, denn wenn es billiger ist, Alkohol zu trinken, dann greifen vielleicht gerade Jugendliche auch lieber zu diesem Weg, als sich das teurere nichtalkoholische Getränk zu kaufen.

Wir haben die Aktion „Voll und Abgefahren“ gemacht, die neben der Presseresonanz auch eine Menge sehr nachdenklicher junger Leute erzeugt hat, die nämlich auf einem Verkehrsübungsplatz und in Begleitung von Fahrlehrern und -lehrerinnen zunächst ohne Alkohol und dann unter Alkoholeinfluss ihre eigene Fahrtüchtigkeit erproben konnten, und das hat schon Nachdenken hervorgerufen. Wir haben eine Fachtagung durchgeführt, Frau Hoch hat sie genannt, und ich bitte, wenn Sie jetzt ganz ehrlich in sich hineinhorchen, Ihre Reaktion auf den Titel hat gezeigt, dass wir alle doch auch vielleicht ein

Problem mit dem Umgang mit dem Thema Alkohol haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe deshalb in meinem Redebeitrag den Titel abgeändert und habe gesagt, die Fachtagung behandelt die besonderen Suchtprobleme von Frauen, weil ich mir gedacht hatte, welche Reaktionen deren Titel „Frauen trinken anders“ hier hervorrufen würde. Vielleicht sollten wir auch darüber einmal nachdenken!

Viele verschiedene Aktionen wird es auch in diesem Jahr geben, Punktnüchternheit ist angesprochen, das muss unser vorrangiges Ziel sein, in bestimmten Lebenssituationen, wo Alkohol zur Gefahr wird, die Punktnüchternheit zu erzielen. Ich kann Sie alle beruhigen, Sie müssen gar nicht besonders wachsam sein. Es wird nicht anderthalb Jahre dauern, bis wir jetzt aktiv werden, die Einladungen für das Aktionsbündnis für den verantwortlichen Umgang mit Alkohol im Lande Bremen sind unterschrieben, im März wird das erste Treffen stattfinden.

In anderen Nordländern laufen übrigens ähnliche Initiativen, und dies soll der Versuch sein, unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen, die Fachöffentlichkeit, die Medien, die Kirchen, Vereine, Betriebe und so weiter zusammenzuführen. Natürlich werde ich auch die Alkoholindustrie einladen und die Getränkeindustrie, die wir ja zum Teil auch hier in Bremen haben, weil sie, glaube ich, in dieser Frage in einer besonderen Verantwortung stehen und hier auch aufgefordert sind, deutlich zu machen, wie man verantwortlich mit dem von ihr produzierten Produkt umgeht.

Ich möchte aber auch in diesem Zusammenhang die politischen Parteien nicht vergessen, denn gerade Parteien spielen, was die Schaffung und Veränderung von Bewusstsein angeht, in unserer Demokratie eine wichtige, hervorgehobene Rolle, auch zu diesem Thema. Insofern bitte ich Sie bei unserer Kampagne, die dann Ende März beginnen wird mit einem ersten Zusammentreffen, um Ihre Unterstützung. Die Bildung und der Aufbau eines solchen Aktionsbündnisses sind ein erster Schritt, dann müssen Taten folgen in Form von gemeinsamen Aktionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Grundlage dieses Bündnisses. Das wird ein langer und hoffentlich gemeinsamer Weg, den wir zusammen dann gehen müssen, aber wir alle haben die gesellschaftliche Verantwortung, uns vor diesem Problem nicht wegzuducken. Ich bitte Sie, mit mir aufrecht an diesem Thema zu arbeiten! — Danke!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/219 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Damit ist der Antrag angenommen.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats, Drucksache 15/204, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Arbeitsmarkteffekte von ISP-Projekten

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 16. Dezember 1999
(Drucksache 15/155)

(B) Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sanierungsvereinbarungen, Koalitionsvertrag und Sanierungssicherstellungsgesetz verpflichten zu langjährig hohem Investitionsniveau und rückläufigen konsumtiven Ausgaben. Hinter diesem Vorsatz haben wir uns hier alle versammelt. Vielleicht waren einige von uns sich nicht über die Schmerzhaftigkeit dieser Selbstverpflichtung im Einzelnen klar, vielleicht hatten auch einige die Hoffnung, den eigenen Politikbereich vor allzu harten Einschnitten schützen zu können. Die Anmeldungen zum Stadtreparaturfonds sind ein Beispiel dafür, weil sie dessen Volumen bei weitem übersteigen, obwohl die Anmeldenden sicherlich davon überzeugt waren, sich auf das Notwendigste zu beschränken, und das zeigt, wie schwer es ist, grundsätzlich für richtig Befundenes in praktische Politik umzusetzen.

Meine Damen und Herren, insgesamt umfasst die Liste der auf Sanierung zielenden Großprojekte und kleineren, aber auch mittleren Vorhaben über fünf Milliarden DM Investitionsvolumen. Viele von ihnen erfordern nicht nur hohen Mitteleinsatz, sie sind auch sehr langfristig. Der Erfolg der hohen Investitionen wird sich zum Teil auch erst in späteren Jahren ein-

stellen, und dem steht hier und jetzt der Verzicht auf unverzichtbar Erscheinendes gegenüber.

(C)

Ich sage aber auch genauso deutlich, der Aussicht auf Tausende prognostizierter neuer Stellen steht die Erfahrung in Bremen und auch in Bremerhaven nach wie vor weit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit gegenüber.

Nicht nur von der Opposition und in der Öffentlichkeit, nein, auch in den eigenen Reihen werden wir gefragt, ob die beschwerliche Reise, an deren Anfang wir erst stehen, überhaupt ein Ziel hat. Können wir uns bestimmte Projekte leisten, wenn wir in anderen Bereichen, ich nenne nur beispielhaft den sozialen Bereich, den kulturellen Bereich, man kann die Diskussionen um den Erhalt der öffentlichen Bäder hinzuziehen, Einschnitte abverlangen, die schmerzhaft sind und diese der Bevölkerung zumuten? Können wir uns das überhaupt leisten? Das sind die Fragen, die für diesen Konflikt stehen und die wir auch mit diesem Antrag aufgreifen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen diese Fragen in meiner Fraktion sehr ernst und wollen entsprechend handeln. Investition um der Investition willen, meine Damen und Herren, wäre ebenso unverantwortlich wie Sparen um des Sparens willen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Wir wollen es daher nicht nur bei den grundsätzlichen Aussagen zu Weg und Ziel der Sanierung belassen, sondern jeden neuen Schritt, der aus der Haushaltsnotlage herausführt, noch genauer prüfen. Als zentrales Kriterium zur Bewertung aller Sanierungsaktivitäten gilt dabei für uns die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Wer mit Blick auf eine bessere Zukunft auf vieles verzichten soll, der hat Anspruch auf mehr als politische Versprechungen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir Sozialhilfeleistungen beschränken müssen und zugleich Hunderte von Millionen DM zum Beispiel für Tourismusprojekte bereitstellen, muss die Sinnhaftigkeit dieser Entscheidungen, von der wir zu überzeugen sind, auch nachgewiesen werden.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Anspruch, den andere, aber auch wir selbst an uns stellen, wollen wir erfüllen. Die Steigerung von Wirtschafts- und Finanzkraft ist dabei ein wichtiges und in allen Sanierungsvereinbarungen genanntes Kriterium.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

- (A) Werden Sie jetzt schon unruhig? Dieses Kriterium ist notwendig, aber allein nicht hinreichend, meine Damen und Herren. Die Reduzierung der Arbeitslosenquote ist ein mindestens gleichwertiger Maßstab für den Sanierungserfolg.

(Beifall bei der SPD)

Den Nachweis der Beschäftigungswirksamkeit der ISP-Projekte zählen wir zu einer der wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode. Wir sind daher entschlossen, meine Damen und Herren, Haushaltsmittel für ISP-Projekte dann zu bewilligen, wenn sie konkrete und nachvollziehbare Prognosen über direkte und indirekte Arbeitsmarkteffekte enthalten. Auch für von Senat und Parlament bereits abschließend genehmigte Projektfinanzierungen erwarten wir bis Ende April Angaben darüber, wann, wo und in welchem Umfang jede einzelne Investition neue Arbeitsplätze schafft oder vorhandene sichert beziehungsweise den Abbau begrenzt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) „Arbeitsmarkteffekte der ISP-Projekte“ lautet der Titel unseres Antrags, und das Bündnis für Arbeit unter der Leitung von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit vielen prominenten Befürwortern steht auch hierfür. Das ist unser klassisches sozialdemokratisches Profil. Wir erwarten, meine Damen und Herren, dass die vorgelegten Zahlen die in die Projekte gesetzten Hoffnungen erfüllen und Entlastungen am Arbeitsmarkt bewirken und dass auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte schließlich sagen werden, das Sanierungsprogramm hat sich gelohnt, es hat etwas für uns bewirkt.

Deshalb bin ich erfreut, dass ich dabei einen ebenso anerkannten wie prominenten Befürworter, nämlich Professor Rudolf Hickel, an meiner Seite habe, der mit zunehmendem Vergnügen mit Herrn Zachau einen Streit über Wirtschaftsstrukturpolitik in der „taz“ führt. Wir werden einiges daraus aufgreifen.

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Vergnügen ist auf unserer Seite!)

Wo Planungen notwendige Sparsamkeit oder unzulängliche Wirkung erkennen lassen, werden wir diese zurückweisen. Wir werden uns nicht einlassen auf vermeintlich schöne oder illusorisch begründete Versprechungen ohne konkrete Erfolgsaussichten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nichts zu verschenken, im Gegenteil! Wir wollen auch verhindern, dass möglicherweise pri-

vate Planer und Investoren von unserer Notlage profitieren.

(Beifall bei der SPD — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Warten Sie einmal ab! Sparsamer Mitteleinsatz, meine Damen und Herren, heißt aber zum Beispiel auch, dass wir nicht jeden Wunsch der neuen Gesellschaften einfach erfüllen. Für die BIG sowie ihre Schwestern und Töchter muss gelten „small is beautiful“!

(Beifall bei der SPD — Abg. **Z a c h a u** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie sie schon BIG nennen!)

Präsident Weber: Beantworten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte, Herr Abgeordneter Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Frau Kollegin, wenn Sie von der BIG reden, dann gilt das ja nicht nur für Investitionen von BIG und Wirtschaft, sondern sicherlich für alle Investitionen, wie Sie gesagt haben. Wenn wir gerade diese Woche in der Zeitung gelesen haben, dass die Gehwege in den Wallanlagen, obwohl sie nicht sanierungsbedürftig sind, erneuert werden, sind das auch Investitionen. Vielleicht können Sie mir ja erklären, was diese Investitionen im Hinblick auf Arbeitsplätze ausmachen.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Kollege Pflugradt, das gilt sicherlich für alle Projekte. Der Grundsatz muss klar sein. Sie haben sich ja auch hinter unserem Antrag dankenswerterweise versammelt. Es ist ein Antrag der großen Koalition.

(Abg. Frau **D r . T r ü p e l** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss man offensichtlich noch einmal betonen!)

Dass man Projekte unterschiedlich bewerten muss in ihren Arbeitsmarkteffekten, deshalb heißt es Effekte und nicht Plätze, ist mir dabei klar, weil ich auch zum Beispiel von der Begrenzung des Abbaus oder auch der Sicherung bestehender Arbeitsplätze gesprochen habe. Dass bei verschiedenen investiven Maßnahmen, man könnte auch den Straßenbau dazu nehmen, unterschiedliche Effekte erzielt werden in der Arbeitsplatzsicherung, ist klar.

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau **L i n - n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind die Wallanlagen jetzt auch schon im ISP?)

(C)

(D)

(A) Ich fahre fort! Der Ehrgeiz der Spezialisten in diesen Gesellschaften, meine Damen und Herren, muss wie unserer darauf gerichtet sein, definierte Ergebnisse mit minimalem Ressourceneinsatz zu realisieren. Zu sagen, wir brauchen Flächen, ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt und damit Lebensqualität der Stadt, geht am Ziel vorbei.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir erwarten sowohl von Wirtschaftsförderern als auch -ansiedlern intelligentere Lösungen als bloße Flächenbereitstellungen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Ach!)

Das sage ich nicht, meine Damen und Herren, um Sie möglicherweise auf dieser Seite zu ärgern, sondern das sage ich deshalb, und das ist auch der Ansatz, den mein Fraktionsvorsitzender mit dem Stichwort „Technopolis“ verfolgt, dass wir nämlich Einwohner in Bremen behalten und dass wir die Umlandabwanderung stoppen. Der Herr Kollege Perschau hat im Dezember dazu eine erneute Untersuchung vorgelegt und veröffentlicht, die klar und deutlich gesagt hat, die Umlandabwanderung ist insbesondere dann zu stoppen, wenn wir ein familienfreundliches Klima, eine familienfreundliche Qualität in unseren Städten haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört selbstredend auch so etwas wie die Attraktivität unserer Großstädte. Das ist unabdingbar. Ein Einwohner ist sehr viel wert, wie wir gestern Morgen auch festgestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das meiste kann dienen, meine Damen und Herren! Allerdings sage ich auch, quasi vorbeugend, Frau Dr. Trüpel, sollte sich herausstellen, dass das öffentliche Engagement bei einem Projekt reduziert werden kann, stehen die womöglich einzusparenden Gelder keinesfalls für konsumtive Zwecke zur Verfügung. Das hat das Parlament im Sanierungssicherstellungsgesetz gerade erst beschlossen und bekräftigt.

Erfolge der Sanierung treten kaum kurzfristig ein. In Kindergärten und Freizeitheimen, bei Sozialhilfe und Kultur muss heute gekürzt werden. Die erwarteten Steuer-, Finanz- und Arbeitsmarkteffekte stellen sich aber zum Teil erst in einigen Jahren ein. An der Entwicklung der Schlachte wird deutlich, welche Durststrecke zurückzulegen war. Während mehr als zehn Jahren Planung und Realisierung gab es reichlich Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Projek-

tes. Erst jetzt hat sich der Erfolg des Schlachte-Boulevards herausgestellt.

(C)

Wir sind überzeugt, dass diese und andere Investitionen, die wir heute beschließen, die unsere Nachfolger aber mitfinanzieren müssen, Basis für den Fortbestand des Landes Bremen sind. Die Argumentation ist allerdings kein Freibrief. Je weiter in die Zukunft unsere Entscheidungen wirken, desto sorgfältiger sind ihre Wirkungen auszuloten.

(Beifall bei der SPD)

Der Zugriff auf künftige Haushalte erscheint nur dann gerechtfertigt, wenn es hierzu keine Alternative gibt.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt immer eine Alternative!)

Wir sehen uns dabei im besonderen Maße zur Minimierung des Mitteleinsatzes und zur Maximierung von Transparenz in Planung und Entscheidung verpflichtet. Dahinter können sich sicherlich alle versammeln.

(Beifall bei der SPD)

Wenn uns aber der Wirtschaftssenator, Herr Kollege Hattig, wie geschehen, Finanzierungsmodelle vorlegt, die Mittel aus noch gar nicht existierenden Investitionsprogrammen benötigen, können wir das nur schwerlich hinnehmen. Wir stehen zu dem Beschluss, das sage ich genauso deutlich, bis 2010 eine Investitionsquote von 14,2 Prozent durchzuhalten. Aber es muss auch unverzüglich das so genannte WAP IV für die Zeit von 2000 bis 2004 und respektive 2010 vorgelegt werden, so wie es in der Koalitionsvereinbarung festgelegt ist. Dazu erwarte ich wirklich unverzüglich die Vorlage des Senats.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, abschließend sei nochmals klargestellt: Erstens, langfristig, aber auch kurz- und mittelfristig finanzierte Investitionsvorhaben finden dann Zustimmung, wenn dem entsprechenden Finanzierungsplan ein ebenso weit in die Zukunft reichender Plan beziehungsweise eine Prognose der Arbeitsmarkteffekte gegenübergestellt wird.

Zweitens: Wir müssen mit den erhaltenen Sanierungsgeldern sorgfältig umgehen und dabei sicherstellen, möglichst viel zu bewegen, das meiste soll und kann dabei dienen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, weil wir heute erst über diesen Antrag beschließen können, in Punkt zwei den Termin zu ändern, und zwar vom

(A) 30. März auf den 30. April 2000! — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *) : Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen Antrag der großen Koalition, das ist völlig richtig, und das, was in diesem Antrag steht, ist ja auch durchaus konform, glaube ich jedenfalls.

(Heiterkeit — Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Glauben ist nicht wissen!)

Vieles von dem allerdings, was hier eben von der langjährigen Senatorin Lemke-Schulte unter diesem Stichwort ISP genannt worden ist, hat mit ISP ja eigentlich in dem Sinne nichts oder nicht sehr viel zu tun.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Das war die Frage des Kollegen Pflugradt!)

(B) Dass wir Probleme haben mit Flächen, sowohl was den Wohnungsbau als auch was die Gewerbeflächenausweisung betrifft, das ist eben die Folge einer jahrzehntelangen verfehlten Wirtschafts- und Wohnungsbaupolitik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD)

Wäre in den letzten Jahrzehnten diese Politik nicht so geführt worden, dann hätten wir wahrscheinlich jetzt nicht das Problem, als Sanierungsland dastehen zu müssen.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Wir sind unverschuldet in die Lage gekommen! Urteil des Bundesverfassungsgerichts!)

Dann hätten wir das Sanierungsprogramm in solch einer Form gar nicht haben müssen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sollten wir einmal auf den sachlichen Kern dieses Antrages zurückkommen! Da stellen wir alle zusammen fest, dass das Investitionssonderprogramm die Grundlage der Haushaltssanierung und damit auch des Sanierungsprogramms ist. Die Ziele hat Frau Lemke-Schulte völlig richtig geäu-

*) Vom Redner nicht überprüft.

tet. Das steht auch in unserem Antrag. Das Ziel ist nämlich, die Wirtschafts- und Steuerkraft ebenso wie die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt in Bremen und Bremerhaven zu stärken. Das ist auch der Hauptpunkt, der in diesem Antrag angesprochen wird.

Wir verbinden natürlich mit dem ISP, und es wäre ja nun wirklich das Letzte, wenn wir das nicht täten, den Erhalt und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Deswegen ist es auch selbstverständlich, dass alle Maßnahmen, die mit dem ISP oder durch das ISP gefördert oder finanziert werden, auch untersucht werden müssen nach Arbeitmarkteffekten. Es ist daher auch sehr gut, wenn, sobald es fertig ist, auch einmal überprüft wird, was dabei herausgekommen ist.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann ja nicht schaden!)

Herr Zachau, wenn Sie eine Infrastrukturmaßnahme mit ISP-Mitteln, zum Beispiel die Erschließung von Straßen- oder Gewerbeflächen, durchführen, können Sie doch nicht anhand dieser drei Millionen DM, die Sie für den Straßenbau ausgeben, sagen, wie viele Arbeitsplätze dadurch entstehen werden. Das ist doch ein Blödsinn, was Sie damit verbinden wollen!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagen Sie doch!)

Arbeitsplätze entstehen doch nur, wenn Sie an den erschlossenen Straßen auch Gewerbe ansiedeln!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n - n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Grünen sind an vielem Schuld, der Antrag ist aber von Ihnen!)

Daher muss man erst einmal die Maßnahmen abwarten, bevor man über den endgültigen Erfolg oder Misserfolg reden kann. Wir haben aber Beispiele für den Erfolg, wenn Sie den Technologiepark nehmen. Es gibt auch Untersuchungen dazu, und es gibt einzelne Untersuchungen über den Arbeitmarkteffekt bei größeren Projekten, wie sie auch gemacht worden sind beim Universum oder bei der Columbuskaje.

(Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Universum gerade!)

Ja, es ist nun einmal so, dass wir darüber unterschiedlicher Ansicht sind. Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir wahrscheinlich ein Sonderinvestitionsprogramm in dieser Art und Weise nicht, und dann wären wir auch viel weiter zurück, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Es kommt doch auch nicht von ungefähr! Wir reden über die hohe Arbeitslosigkeit, es kommt aber doch nicht von ungefähr, wenn jetzt auch der Arbeitsamtsdirektor sagt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass erstmals erkennbar ist, dass wir Arbeitsplätze in neuen Bereichen, nicht in der alten Struktur, nicht im Dienstleistungs- und Tourismussektor schaffen werden, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 wesentlich verringern können. Das ist insgesamt ein Erfolg dieses Programms, meine Damen und Herren!

Präsident Weber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Linnert?

Abg. **Focke** (CDU): Ja!

Präsident Weber: Bitte, Frau Linnert!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Kollege Focke, wissen Sie eigentlich, wie viele Jahre das Investitionssonderprogramm schon alt ist und welche Regierung es in Bremen zu der Zeit, als es aufgelegt wurde, gegeben hat?

(Abg. **Zachau** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wer gegen die Klage war!)

(B) Abg. **Focke** (CDU): Das weiß ich ganz genau, nur weiß ich auch, dass Sie sich absetzen von diesem Programm, das sieht man doch jetzt wieder an jeder Ecke!

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Von dem, was Sie daraus gemacht haben!)

Arbeitsmarkteffekte werden sich zeigen aus dem ISP, aber nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristig, das ist auch angesprochen worden, und wir wollen auch, dass das überprüft und gesichert ist. Der Strukturwandel vollzieht sich eben nicht von heute auf morgen. Es hat auch keine sofortigen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, das habe ich eben gesagt, weil es mittel- und langfristig ist.

Die Strukturen müssen gewandelt, neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir bekommen auch neue Arbeitsplätze von draußen. Das ist hervorragend, jeder bringt uns nämlich 10.000 DM mehr Steuerkraft. Wenn wir jetzt noch genügend Flächen ausweisen würden, damit die Leute hier auch besser wohnen können, dann würden wir vielleicht auch mehr Einwohner hier behalten und keine an das Umland verlieren, meine Damen und Herren!

Das ist nach wie vor ein Problem. Es geht nicht darum, dass wir zu wenig Flächen haben in dieser Stadt, es geht darum, dass wir die Flächen falsch

eingeteilt haben in dieser Stadt. Wir können nach wie vor ein hervorragendes Grün haben, wir haben viel Naturschutz, aber wir müssen noch mehr tun, damit die Leute besser bei uns leben können, damit sie Grundstücke erwerben können.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Damit sie besser leben können! Das ist das Problem!)

Das ist noch lange nicht zu Ende, meine Damen und Herren! Das muss man sich klarmachen! Es ist noch nicht damit getan, dass wir hier ein Programm aufgelegt und gesagt haben, um Flächenbau brauchen wir uns jetzt nicht mehr zu kümmern, jetzt machen wir erst einmal nur noch Naturschutz. Das ist nicht der Fall. Wenn wir erfolgreich das ISP und das Sanierungsprogramm weiter durchstehen wollen, müssen wir auch noch an weitere Flächen heran, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe eben von den positiven Daten für den Arbeitsmarkt gesprochen, die ja auch vom Arbeitsamtsdirektor bestätigt worden sind. Nun haben wir gerade den Konjunkturbericht der Handelskammer bekommen, meine Damen und Herren. Nachdem es in den letzten Tagen wegen des etwas geringeren Wachstums 1999 so ein bisschen Verunsicherung gab —

(Abg. **Zachau** [Bündnis 90/Die Grünen]: Kleine Delle!)

Ja, eine kleine Delle! Das sage ich auch. Eine kleine Delle, weil wir noch längst nicht über den Berg sind! Wir haben die Strukturen noch nicht, die es uns erlauben, das anderweitig auszugleichen, wenn eine Struktur einmal ein Problem hat. Die Stahlindustrie hatte nun einmal Probleme im letzten Jahr. Deswegen wirkt sich das auch in Bremen besonders aus.

(Zuruf der Abg. Frau **Dr. Trüpel** [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie müssen nur zuhören, dann würden Sie das auch besser verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Alle Bereiche, insbesondere aber die Bereiche, die wir ja auch mit dem ISP stark forcieren, Tourismus, Einzelhandel und Dienstleistung, sind damit verbunden, sind spürbar im Aufwind in Bremen. Die Umfragen, die die Handelskammer bei den Unternehmen gemacht hat, sind alle positiv. Die Handelskammer geht davon aus, dass wir in Bremen und Bre-

(C)

(D)

(A) merhaven in diesem Jahr ein starkes Wachstum haben.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Weil die Politik der Bundesregierung greift!)

Sie geht davon aus, Herr Töpfer, dass dieses Wachstum über dem Bundesdurchschnitt liegen wird, und das macht uns sehr zuversichtlich, dass weitere Maßnahmen, die wir auch aus dem Investitionssonderprogramm beschlossen haben, greifen und dazu führen, dass wir der Sanierung wieder ein Stück näher kommen, meine Damen und Herren. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Allein schon die Tatsache, dass der Antrag „Arbeitsmarkteffekte des Investitionssonderprogramms“ nach fünf Jahren kommt, spricht doch für sich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Anders als immer behauptet worden ist, spricht es nicht gerade dafür, dass das die Hauptrelevanz ist. Man hätte sich um viele dieser Fragen vorher kümmern müssen. Wir und auch der Rechnungshof haben das immer angemahnt. Erst auf unseren Druck ist überhaupt die Frage der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auch in die Maßnahmen aufgenommen worden, die jetzt über den Kapitaldienstfonds abgewickelt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber ich bin mir mit meiner Kollegin Frau Lemke-Schulte einig, dass es verdammt wichtig ist, endlich genau hinzusehen, welche wirtschaftlichen Effekte und welche Arbeitsplatzeffekte mit den Projekten und Maßnahmen, die aus dem Investitionssonderprogramm finanziert werden sollen, denn wirklich verbunden sind. Da stehen wir eng an Ihrer Seite, und aus unserer Sicht wird es dringend Zeit, das genauer zu überprüfen, als es bisher der Fall gewesen ist. Darum sehen wir auch in diesem Antrag, den die große Koalition hier heute eingebracht hat, eine massive Kritik an der jetzigen Politik, die zwar light verpackt ist, aber natürlich drücken Sie damit aus, dass Sie mit den bisherigen Erfolgen und Effekten nicht zufrieden sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Man kann damit auch nicht zufrieden sein. Jetzt stellen wir fest, dass in den letzten Jahren unser Senator Perschau, Senator für Zweckoptimismus und positive Verkündigungen, ja immer schon gesagt hat, dass die Wachstumszahlen der letzten Jahre ISP-induziert gewesen seien. Wir haben damals schon immer gesagt, dass das aus unserer Sicht etwas mit Einmaleffekten zu tun hat, und offensichtlich ist das ja auch so, weil sich sonst gar nicht erklären ließe, warum die Wachstumszahlen 1999 bei 0,5 Prozent liegen.

Jetzt gehe ich ja mit Ihnen konform, dass Strukturwandel nur mittelfristig Resultate zeitigt. Das ist eine schwierige Aufgabe. Bisher sind diese Effekte aus der Strukturwandelpolitik noch nicht eingetreten, ob sie wirklich erfolgreich sein wird, können wir im Moment noch nicht beurteilen. Was wir aber sagen können, ist, dass die Effekte, die Sie bisher angeführt haben, offensichtlich noch keine Effekte des Strukturwandels sind. Von daher haben sich Herr Senator Perschau und die große Koalition, was die Wachstumszahlen der letzten Jahre anging, mit fremden Federn geschmückt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben hier Sachen vor sich her getragen und damit auch Ansprüche in die Welt gesetzt, weil es doch immer Ihre Maßstäbe waren, dass es ganz schnell gelingen wird, mehr Arbeitsplätze und auch überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in Bremen erzielen zu können.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:
Wahlkampf!)

Das ist offensichtlich nicht so, das waren in Wirklichkeit Wahlkampfparolen und Stimmungsmache, die durch die Bilanzen, die jetzt vorliegen, in keiner Weise gedeckt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Antrag, der vorliegt, ist in seinem Begründungsteil für uns rein legitimatorisch. Bis hin zu Herrn Hockemeyer wird jetzt verlangt, dass man das Investitionssonderprogramm überprüfen und neu justieren muss. Da hat er einfach Recht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sehen wir uns einmal Beispiele an, wie in der Vergangenheit mit der Frage der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und der Arbeitsmarkteffekte umgegangen worden ist. Erstes Beispiel: die Große Anfrage zur Carl-Schurz-Kaserne! Da steht dann in der Antwort, die Beschäftigungseffekte sind nur rudimentär darzustellen, die indirekten Beschäftigungseffekte können angeblich nicht beziffert werden. Das

(C)

(D)

(A) erst einmal zu der Praxis, wie bisher mit solchen Nachfragen umgegangen wurde!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die Stimmung ist gut!)

Das ist völlig unpräzise, keine klaren Aussagen.

Zweites Beispiel: Telematikplattform Bremen! Das wichtige Kriterium ist laut Senat Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, das hat Frau Lemke-Schulte eben ja auch noch einmal gesagt. In der Mitteilung des Senats sieht sich der Senat außerstande, Arbeitsplatzeffekte zu quantifizieren. Da frage ich Sie, meine Damen und Herren, was sollen diese Kriterien, wenn sie nicht operationalisiert werden? Wie überprüft der Senat eigentlich die selbstgesteckten Ziele?

Jetzt sehen wir uns einmal andere von Ihnen ja so gerühmte Projekte aus dem Investitionssonderprogramm an. Nach der heutigen Pressemitteilung, was den Ocean-Park angeht, kann man nur feststellen, es gibt nach wie vor keine klare Bankenzusage über die Finanzierung. Es ist ein elendes Trauerspiel um diesen Ocean-Park, er ist de facto gescheitert.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, wie wir hier vor Jahren verhöhnt worden sind, als wir diese kritischen Fragen gestellt haben.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch da haben Sie immer nur in Zweckoptimismus gemacht, alle kritischen Nachfragen sind als Vaterlandsverräterei beiseite geschoben worden, und jetzt stehen wir vor den Trümmern dieser Politik! Es gibt keine Alternativen, es gibt keine Planungstiefe für den Blauen Planeten. Man hat sich an Köllman gekoppelt, um jetzt nach fünf Jahren mit leeren Händen dazustehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]:
Und mit leeren Taschen!)

Das ist doch wirklich eine Katastrophe in der bremischen Wirtschaftspolitik.

Oder die Carl-Schurz-Kaserne! Das Projekt kommt nicht voran, oder sehen wir uns einmal das Space-Center an! 400 Millionen DM öffentlicher Gelder sollen in dieses Space-Center gehen, um 399 Arbeitsplätze zu schaffen.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Für wie viel Geld?)

Für 400 Millionen DM 399 Arbeitsplätze! Im Kulturbereich sollen für zwölf bis 15 Millionen DM 120 bis

150 Stellen wegfallen. Was sind das eigentlich für Maßstäbe?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Einmal will man 400 Millionen DM in die Hand nehmen und vernichtet auf der anderen Seite Arbeitsplätze, die alle in den Dienstleistungsbereich gehören. Wir wissen, dass wir eine größere Offensive noch im Dienstleistungsbereich brauchen. Das hat auch gerade der Bericht 1999 gezeigt, dass Bremen da noch ein großes Defizit hat. Man kann doch dann nicht mit einer solchen Summe staatlichen Geldes relativ wenig Arbeitsplätze schaffen und auf der anderen Seite einen wesentlichen Teil einer kontinuierlichen Arbeit in Bremen wegreißen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sehen wir uns einmal die Feinaufteilung an! Allein wenn es um den Anteil der GA-Mittel geht für das Space-Center, sollen zwölf Millionen DM in das Kino fließen und vier bis fünf Millionen DM in die Disco. Meine Damen und Herren, was ist das eigentlich für eine Wirtschaftsförderpolitik? Andere Kinos müssen das privat finanzieren, zu Recht, und auch Discos werden doch normalerweise nicht vom Staat finanziert, aber da fließen Gelder in den Space-Park, wo mit staatlichen Geldern Einrichtungen finanziert werden, die sich sonst ausschließlich über den privaten Markt finanzieren. Das ist Wettbewerbsverzerrung und hat mit einer Konzentration von Wirtschaftsfördermitteln überhaupt nichts zu tun!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus unserer Sicht lässt sich feststellen, was den Strukturwandel angeht, er ist nicht gezielt genug und früh genug eingeleitet worden. An dem Problem laborieren wir jetzt.

Ich will Sie einmal kurz darauf hinweisen, jetzt ist gerade die CeBIT eröffnet worden, und auch da stellt man fest, dass eines unserer großen Probleme ist, dass wir nicht entsprechend qualifiziertes Personal haben. Jetzt müsste man doch verlangen, dass gerade ein Land wie Bremen, das in einer Haushaltsnotlage ist, versucht, alles daranzusetzen, nicht nur nachholende Modernisierung zu betreiben, sondern ein Stück die Nase vorn zu haben. Diese Chance ist mit dem ISP, wie es bisher gestrickt worden ist, aber vertan worden. Ein großer Teil der Mittel war gebunden für Verkehrsprojekte, die nicht die entsprechenden kurzfristigen Arbeitsmarkteffekte haben, aber natürlich auch sonst nicht einfach so viel privates Kapital nach sich ziehen, und es ist ganz viel in die Gewerbeflächenangebotspolitik gesteckt worden. Ich glaube einfach, dass sich diese Schwerpunktsetzung jetzt rächt, weil sie nämlich nicht gezielt genug und schnell genug Strukturwandel eingeleitet hat.

(C)

(D)

(A) Wir haben in den letzten Jahren immer schon gesagt, es ging nie darum, dass wir das ISP abgelehnt haben, wie hier eben behauptet worden ist, sondern wir haben uns die ganze Zeit um die Größenordnung und um die Ausrichtung darüber gestritten, was denn wirklich Zukunftsinvestitionen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, diese Diskussion geht jetzt in der Stadt wirklich los, und zwar von den betroffenen Milieus bis weit hinein in die Handelskammer. Darum möchte ich noch einmal sagen, wenn Herr Hockemeyer sich angesichts der aktuellen Politik, und man kann ja nun wirklich nicht behaupten, dass der Ihnen fern stehen würde, aufgefordert fühlt, öffentlich zu sagen, eine Korrektur ist nötig, eine Neuorientierung der Sanierungspolitik ist nötig, dann ist das doch ein deutlicher Fingerzeig, dass Sie sich nicht so selbst mit Ruhm bekleckern können, wie Sie das hier heute getan haben. Dazu gibt es leider überhaupt keinen Anlass.

Wir stehen, und das ist ja auch eben von SPD-Seite angedeutet worden, in der Tat vor der Frage, das ISP noch einmal sehr genau anzusehen und die Frage zu stellen, was denn wirklich die Zukunftsinvestitionen sind. Aus meiner Sicht muss man mehr in Humankapital, in kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründungen und in den Dienstleistungsbereich stecken, als es bisher der Fall gewesen ist. Da gibt es leider eine deutliche Schiefelage der Architektur des Investitionsprogramms.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man jetzt nicht ganz schnell den Mut hat, hier zu einer Korrektur zu kommen, dann wird man die Chance, die Bremen mit diesem Sanierungsprogramm gehabt hat, verspielt haben. Deswegen verlangen wir, dass es ein Innehalten gibt und dass die Projekte, die jetzt noch anstehen, sehr genau überprüft werden, ob sie wirklich Zukunftsinvestitionen sind.

In dem Zusammenhang auch noch einmal eine Bemerkung zur Technologiepolitik! Aus meiner Sicht hat Herr Böhrnsen wirklich einen sehr guten und weitsichtigen Vorschlag gemacht. Gerade vor dem Hintergrund der modernen Technologien gibt es doch wieder die Chance auf eine andere Vorstellung der Stadtentwicklung überhaupt. Es war doch ein Resultat der Industriepolitik des neunzehnten Jahrhunderts, dass Arbeiten und Wohnen immer weiter auseinander gerückt sind wegen der Emissionen, wegen des Lärms. Wenn das aber jetzt nicht mehr der Fall ist, bietet sich doch die Chance für eine ganz neue Form der Integration von Wohnen und Arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, sowohl was die Wirtschaftsstrukturpolitik angeht, den Strukturwandel, als auch die Stadtentwicklung, müssen wir wirklich zu einer Vorstellung von Stadt des einundzwanzigsten Jahrhunderts kommen und dürfen uns nicht von alten Leitlinien, die historisch überholt sind, leiten lassen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn es in den letzten Jahren einmal richtig war, Technologieparks zu machen, muss man mittlerweile in dieser Form der Verparkung von Stadt überhaupt nicht mehr denken, sondern wir können zu einer ganz anderen Form von Integration kommen. Deswegen ist es richtig, die Stadt als Ganzes in den Blick zu bekommen und Technopolis als Leitlinie zu haben und sich nicht wie die CDU hinterwäldlerisch mit der Online-City zu bewegen und zu glauben, man müsste die letzten Grünflächen im Hollerland dafür plattmachen.

Ich glaube, gerade eine Politik, die in die Stadt hineingeht mit den Hightech-Angeboten und Dienstleistungen und auch Bereiche der Stadt innen nutzt, die frei geworden sind, weil die Industrien des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr à jour sind, die können wir nutzen. Wenn wir diesen Weg gehen und das ISP unter diesen Gesichtspunkten neu justieren, dann hat Bremen wirklich eine Chance, den Strukturwandel zu bewältigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet zu dem Wortbeitrag und einigen Passagen darin von Frau Dr. Trüpel. Mir geht es keineswegs darum, hier nur massive Kritik zu üben, wie Sie mir unterstellt haben, an dem Investitionsprogramm und dem, wozu wir verpflichtet sind auch nach Bundesverfassungsgerichtsentscheid. Ganz im Gegenteil! Dieses Programm zeigt seine Wirkung. Das ist ganz eindeutig. Wenn ich Ihnen nur einmal diesen Artikel vom 9. Februar zeigen darf, „*Hoffnung für den Arbeitsmarkt*“, ich darf nur kurz zitieren: „*Beste Januar-Zahlen seit neun Jahren, Amtsdirektor Havel verhalten optimistisch*“, dann freue ich mich darüber außerordentlich!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU —
Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die
Grünen]: Wir auch!)

Ich hoffe, das tun Sie auch. Es geht mir überhaupt nicht darum, hier das Klage lied wieder anzustimmen: Ich wusste schon vor fünf Jahren alles, was in zehn Jahren passiert. Das bewundere ich bei Ihnen

(A) immer so, diese Sicht weit in die Zukunft hinein. Mir geht es insbesondere darum, und ich denke, das ist auch aus dem deutlich geworden, was ich dazu vortragen habe, dass ein solches Programm kein statisches ist. Das sehen Herr Focke und die CDU-Fraktion ganz genauso. Es ist nichts Statisches. Deshalb dieser Antrag! Es ist eben insofern keine Kritik, sondern es ist ein noch genaueres Hinsehen und Beachten.

Die Frage der Wirtschaftlichkeit, meine liebe Kollegin Frau Dr. Trüpel, haben Sie nun wirklich nicht erfunden. Das kann ich hier nicht im Raum stehen lassen, dass erst auf Ihre Initiative hin die Frage der Wirtschaftlichkeit und der Wirtschaftlichkeitsberechnungen eine Rolle spielt. Ich weiß auch nicht genau, wie Sie zu dem Antrag hier stehen, aber offensichtlich kritisch, was ich auch schwierig finde, denn kritische Fragen, meine Damen und Herren, sind das eine. Aber entsprechend daraus Konsequenzen zu ziehen und entsprechende Programme vorzulegen, das ist das andere, und das tun wir damit.

(Beifall bei der SPD)

Projekte kaputtzureden: Ich habe hier nicht eines in Frage gestellt bis jetzt. Meine Damen und Herren, eine solche wirklich vorgeschobene Haltung beziehungsweise, was ich für sehr schwierig erachte, Projekte kaputtzureden ist für mich noch keine Politik, absolut nicht!

(B)

Sie haben sich eben positiv geäußert zu Technopolis. Das freut uns. Ich wollte Sie nämlich gerade fragen — man kann über Online-City, über Technopolis oder über Stadtentwicklung, wie wir Wohnen und Arbeiten zusammenbringen und was die Infrastruktur anbetrifft, reden, darüber kann man ja wirklich denken, wie man möchte, diese Diskussion nehmen wir ja jetzt auf —: Wo sind denn eigentlich Ihre Ideen?

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das, was Sie uns immer so vorwerfen! Wo sind Ihre Ideen? In mancher Hinsicht sind wir uns hier alle einig, in mancher Hinsicht haben wir noch erheblichen Beratungsbedarf, meine Damen und Herren. Das war mir noch einmal wichtig zu sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit diesem Beitrag, Frau Lemke-

*) Vom Redner nicht überprüft.

Schulte, bin ich nun völlig einverstanden und unterstreiche ihn voll!

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD — Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war die Pflichtübung!)

Das wollte ich doch noch einmal zumindest gesagt haben, weil ich beim ersten Beitrag zu Anfang etwas Probleme gehabt habe.

Aber ich möchte doch noch einmal sagen: Die ISP-Projekte, die wir beschlossen haben, haben wir ja nicht beschlossen, weil wir davon ausgehen, dass sie scheitern, sondern wir haben sie beschlossen, weil wir davon überzeugt sind, dass sie zu einem Erfolg führen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie der Ocean-Park!)

Da ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung natürlich gemacht worden, und da sind auch Arbeitsmarkteffekte untersucht worden, darüber haben wir eben gesprochen, und wir gehen davon aus, dass das anständige Ergebnisse mit sich bringt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch nicht!)

Glauben Sie nicht, dass wir so blöd sind und etwas beschließen, wovon wir nichts halten!

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD — Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Jedes Programm, auch das ISP, steht natürlich immer wieder auf dem Prüfstand, das ist doch ganz klar!

(Abg. Frau Linert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist keine Glaubensfrage!)

Das ist doch auch ganz normal! Es werden ja auch noch weitere Dinge bestimmt beschlossen werden, die aus dem ISP finanziert werden sollen, und die werden genauso intensiv untersucht wie andere auch. Es ist ja nicht so, dass wir das einfach abhaken und weglegen, Frau Dr. Trüpel. Es ist so, dass natürlich immer überprüft werden muss, ob es auch wirklich dazu führt, dass die Struktur sich hier in Bremen ändert, dass die Wirtschaftskraft gestärkt wird und dass Arbeitsplatzeffekte damit erzielt werden. Danach wollen wir auch als große Koalition konsequent handeln. — Danke!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

(A) Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Allein die Tatsache, dass die große Koalition diesen Antrag hier heute gestellt hat, verweist doch darauf, dass sie selbst einen Korrekturbedarf sieht beziehungsweise dass die Evaluierungszahlen ihr bisher nicht ausreichend erschienen. Diese Einschätzung teilen wir. Es ist einfach so gewesen, auch bei der Errichtung des Kapitaldienstfondsgesetzes, bei den Auseinandersetzungen im Vorfeld, was die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung angeht, dass wir Sie doch zum Jagen haben tragen müssen, damit das da hinein formuliert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber hinaus ist es natürlich von einer gewissen politischen Pikanterie, dass Sie in Ihrem Antrag formulieren, dass Sie politische Einigkeit darüber erzielt hätten, dass Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen in die einzelnen Projektanträge aus dem ISP einbezogen werden müssen. Das ist schlicht Landeshausordnungsordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Eigentlich lassen Sie hier das Parlament noch einmal etwas beschließen, was längst gesetzlich geregelt ist. Aber vielleicht ist das in diesen Zeiten ja schon viel, denn das ist leider nicht mehr üblich in diesem Land, dass die Gesetze auch wirklich eingehalten werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Glocke)

Präsident Weber: Frau Dr. Trüpel, habe ich das richtig gehört, dass Sie gesagt haben, dass in diesem Land keine Gesetze eingehalten werden?

(Abg. **Z a c h a u** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, sie hat gesagt, das ist nicht überall üblich!)

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe gesagt, dass in diesen Zeiten, wo ein Bundeskanzler Kohl sich hinstellen kann und sein Ehrenwort über das Gesetz stellt,

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Für alles muss er herhalten! — Abg. **T e i s e r** [CDU]: Dann haben Sie das abgesprochen!)

dass ich sage, dass vor diesem Hintergrund es in der Tat schon etwas Besonderes ist, wenn man noch ein-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

mal beschließt, dass man die Gesetze auch einhalten will.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zu dem Antrag und unserem Abstimmungsverhalten! Ich habe eben deutlich gemacht, dass wir mit dem Begründungstext nicht einverstanden sind, weil wir finden, dass das ISP in seiner jetzigen Struktur darin legitimiert wird und wir davon ausgehen, dass es in weiten Teilen zu einer Neujustierung kommen muss. Den Berichts Antrag und die genaue Evaluation finden wir allerdings richtig, weil wir auch genau wissen wollen, wie denn bisher die Effekte gewesen sind beziehungsweise dass es für die Projekte, die noch beschlossen werden müssen, mehr Zahlenmaterial gibt, als es bisher der Fall gewesen ist. Deswegen bitten wir um getrennte Abstimmung, den Berichts Antrag abzukoppeln von dem Begründungstext. Dann stimmen wir dem Berichts Antrag zu, den Begründungstext machen wir nicht mit. — Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Trüpel, wer etwas unternimmt, geht Risiken ein. Wer Risiken eingeht, kann auch in manchen Fällen danebenliegen.

(D)

(Abg. Frau **D r . T r ü p e l** [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig!)

Da, wo gehobelt wird, fallen Späne. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Das sind Sprüche, in denen steckt ein Stück Wahrheit.

Dieser Antrag rückt im richtigen Moment noch einmal das Erfolgsmoment Arbeitsplatzeffekte in den Mittelpunkt und ins Bewusstsein der Akteure, das ist wichtig, ohne dass da irgendetwas umgeworfen wird, ohne dass da irgendwie eine grobe Strategie völlig verändert werden soll, sondern es soll noch einmal geprüft werden, wo wird eigentlich etwas erreicht, wo liegen die Arbeitsplatzeffekte.

Zu behaupten, es hätte bislang keine positiven Arbeitsplatzeffekte gegeben, ist sicherlich sehr falsch.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben wir auch nicht behauptet! — Abg. **Z a c h a u** [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Trend stimmt nicht!)

Der Trend stimmt schon! Schauen Sie sich doch einfach an, welche Strukturanstrengungen hier erfolgt sind! Wenn man sich gerade auch die Vulkan-Krise

(A) vor Augen führt und die dort kompensierten Arbeitsplätze, die weggefallen sind und jetzt in neuen Strukturen aufgefangen wurden, dann, denke ich, ist das unter dem Strich ein sehr positives Ergebnis.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich frage mich, wie hoch die Arbeitslosigkeit heute wäre, wenn dieser Strukturwandel in dieser Art und Weise nicht vollzogen worden wäre. Unabhängig davon können Sie doch nicht bestreiten, dass die Richtung, in die gegangen wird, die richtige ist. Wir gestalten doch hier einen Strukturwandel, und neue Strukturen aufzubauen ist sicherlich immer sehr viel schwieriger, als bestehende Strukturen zu erhalten. Ich denke, das gelingt hier in akzeptabler Art und Weise.

Von falschem Zweckoptimismus zu reden ist in dem Moment vielleicht auch nicht der richtige Ton. Ich denke, in solchen Phasen ist auch ein Zweckoptimismus angebracht,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das müssen wir nicht auch machen!)

denn wenn man das nicht optimistisch angeht, wenn man nicht versucht, in dieser Stadt etwas positiv zu gestalten, sondern immer nur kritisch hinterfragt, dann ist das nicht der richtige Weg. — Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Intensität der Debatte zeigt ja, dass das geflügelte Wort nicht ganz ohne Substanz ist: Wirtschaft ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, dass Ihnen das nicht so ganz gefällt, verstehe ich schon, aber dass es immer wieder ein Anlass ist, trefflich zu streiten, finde ich in Ordnung, und ich will, soweit ich dazu in der Lage bin, meinen Beitrag leisten.

Frau Trüpel, vielleicht lesen Sie doch einmal eine bremische Tageszeitung, die ich mit gütiger Erlaubnis des Präsidenten zitiere über den Besuch Ihres Fraktionsvorsitzenden in Baden-Württemberg, Fritz Kuhn, der ausweislich dieser Zeitung Folgendes gesagt hat: „Dennoch wandte sich Kuhn gegen eine Politik des reinen Sparens. Diese würde nur zerstö-

ren. Sparen und Investieren laute das Gebot der Stunde. Da gehe Bremen einen vernünftigen Weg.“

(C)

(Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: In was?)

Vielleicht tauschen Sie doch einmal mit ihm Ihre Art der Betrachtung und seine Art der Betrachtung aus!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich darf so generell, wie Sie gelegentlich argumentieren, wenn Sie mir erlauben, diesen Satz noch zu Ende zu bringen, auch jetzt schon sagen: Ihr Problem ist, dass Sie ständig ja sagen, jedoch aber meinen. Sie sollten es einmal umdrehen, wenn ich etwas didaktisch sein darf! Sie sollten es einmal umdrehen und aber sagen, sehr nüchtern Ihre Entscheidung kontrollieren und dann zu einem Ja kommen, denn die Addition von Klagen ist auch noch keine Politik. Das zum Generellen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel?

Senator Hattig: Ja!

Präsident Weber: Bitte sehr!

(D)

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Anders als Sie, Herr Senator, war ich bei der Veranstaltung mit Fritz Kuhn dabei, weil ich ihn nämlich eingeladen habe. Der entscheidende Punkt ist, dass er gesagt hat, dass natürlich der Kurs Sparen und Investieren richtig ist, aber dass er dann auch weitergeredet hat und dass es dann nämlich genau um die Aufteilung ging, wo investiert wird, wie gespart wird, und er hat noch einmal deutlich gemacht, wie jetzt auch Herr Hockemeyer, dass man die Investitionen in gut ausgebildete Menschen, in kulturelles Ambiente und in die Qualifizierung der Arbeitskräfte in die Wirtschaftspolitik einbeziehen muss, und das gehört dann zur Vollständigkeit der Politik und des Zitats von Herrn Kuhn dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Senator Hattig: Ich danke Ihnen für die Aufklärung, aber wenn auch ich gelegentlich bei bremischen Tageszeitungen gläubig bin, so bitte ich, mir das nachzusehen!

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie Herrn Hockemeyer erwähnen, darf ich mindestens unterstellen, dass ich mit Herrn Hocke-

(A) meyer so oft einen Gedankenaustausch pflege, wie Sie das tun. Vielleicht ist der meinige mit ihm noch intensiver, weil wir in diesen Dingen seit Jahren, wie soll ich sagen, Geistesverwandte sind. Dass er die bremische Sanierungspolitik als veränderbar und notwendig insoweit bezeichnet, ist mir neu, aber ich werde nachfragen, ob da nicht auch ein anderer Kontext besteht, so wie Sie es gerade für Ihre Veranstaltung hier erwähnt haben.

Lassen Sie mich nun konkret auf den Antrag eingehen, den ich begrüße und von dem ich sage, dass er der Praxis unserer Wirtschaftspolitik entspricht und auch der Beschlusslage des Senats konkret!

Konkret zur Bitte, Anträge auf Haushaltsmittel aus dem ISP generell mit Abschätzungen zu den Arbeitsmarkteffekten zu versehen! Der wird bereits entsprochen. Schon bisher werden alle Anträge auf Mittel aus dem ISP daraufhin untersucht. Das belegt der BAW an mehreren Großprojekten — ich sage Columbusterterminal, ich sage Städtetourismus in Bremen und Bremerhaven, Universum, Technologiepark Universität —, und wir wissen aus diesen Untersuchungen, dass ein zusätzlicher Arbeitsplatz in Bremen etwa 9000 bis 10 000 DM zusätzlicher steuerlicher Erträge bringt.

(B) Zum Zweiten die Bitte, für ISP-Projekte, deren Abfinanzierung beschlossen ist, Bericht zu erstatten: Auch das werden wir tun. Wir werden einen Bericht zum 31. März 2000 insoweit erstatten. BAW und Prognos untersuchen bereits in einem Dreijahreszeitraum alle ISP-Projekte. Heute ist ein Drittel dieses Zeitraums verstrichen. Zum 31. März 2000, ich wiederhole mich, sind Aussagen zu allen ISP-Projekten möglich, wenn auch noch nicht umfänglich, aber so doch in Teilen, etwa Messehallen oder die Glocke. BAW und Prognos werden also einen solchen Zwischenbericht vorlegen, und ich bitte, dann entsprechend die Diskussion zu führen.

Der dritte Punkt, der Bitte, wegen der Vergleichbarkeit der Projekte einheitliche Prognoseverfahren hinsichtlich der Arbeitsmarktauswirkungen zu verwenden: Auch dieser Bitte wird entsprochen. Wir bemühen uns dabei um ein einheitliches Prognoseverfahren. Das ist wissenschaftlich in keiner Weise bis jetzt so einheitlich gegeben. In gewisser Weise leisten wir da Pionierarbeit. Wir bemühen uns darum.

Nun zum Generellen! Neue Arbeitsmarkteffekte werden sich durch das Investitions Sonderprogramm — das ist heute Morgen ja schon mehrfach gesagt worden — erst mittel- und längerfristig zeigen. Aber erlauben Sie mir, und nicht weil ich intransigent zu Ihren Argumenten bin, sofern es solche sind, sondern weil ich unverändert überzeugt bin, dass es so richtig ist, die Bemerkung, dass Bremen nur diese Alternative hat, seine Strukturen zu verändern, verkrustete Strukturen aufzubrechen und dabei zu einer neuen Mischung der bremischen Wirtschafts-

struktur zu kommen! Das mag man ja im Einzelnen so oder so kritisch beurteilen, aber im Generellen ist dieser Satz, so meine ich, richtig.

(C) Wenn Sie mir erlauben, nun auch etwas genereller auf das Umfeld einzugehen, denn wir leben ja weder auf einer Insel der Seligen noch auf einer solchen der Verdammten, sondern wir leben in einer Umwelt, bei der wir unser eigenes Tun konzentriert tun müssen, bei der wir aber auch nicht völlig ohne Einwirkung der Gesamtumstände sind! Benchmarking ist heute ein geläufiger Begriff im internationalen Wettbewerb, und er wird sich zunehmend auch auf Städte und Regionen konzentrieren. Die Frage, wie unterscheidet sich Bremen von Hamburg, Köln und Hannover, wird möglicherweise wichtiger in Zukunft, als sie es bis jetzt schon war.

(D) Wenn man Investitionspolitik betreibt, muss auch ich dazu sagen, dass solche Investitionen nie mathematische Gleichungen sind. Das sind sie schon nicht in Unternehmungen. Auch da wird immer aus der Gegenwart in die Zukunft interpoliert, um dann aus der Reflexion späterer Erfahrungen zu fragen, war es denn nun eine richtige Interpolation oder war es das nicht, und um wie viel schwieriger ist das bei strukturellen Veränderungen, bei denen man ja nicht konkret in betriebswirtschaftliche Betrachtungen gehen kann! Wer will mir denn beim Universum oder Rhodarium eine solche betriebswirtschaftliche Leistung konkret vorlegen? Das ist immer auch ein Abwägen politischen Willens. Wie will man in dieser Stadt in der Gesamtwirkung Veränderungen herbeiführen, wenn es eine auf mathematische Ergebnisse ausgerichtete, an dem jeweiligen Projekt festzumachende betriebswirtschaftliche Betrachtung ist? Das ist, nehmen Sie es mir bitte nicht übel, in der Theorie sehr liebenswürdig, aber in der Praxis unmöglich!

Trotzdem glaube ich feststellen zu können, dass wir in Bremen eine sehr positive auch regionale Gesamtwirkung haben. Das kann man an vielen Einzelheiten belegen, aber ich will es Ihnen ersparen, es sei denn, Sie nehmen mir die Zahl als Gesamtindikator ab, dass die Übernachtungen in Bremen ja doch nicht unbedeutend gestiegen sind, auf über eine Million Touristen, und es ist ja wohl nicht, wenn ich es so ausdrücken darf, die Müdigkeit der Betroffenen, sondern das Interesse an der Stadt, hier in dieser Stadt zu übernachten. Auch diese Art von Kausalität werden wir doch wohl noch einigermaßen wirtschaftlich einordnen können.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir, und den Satz wiederhole ich mit aller Energie, das tun, was wir tun müssen — und das sehe ich jetzt einmal aus einer etwas größeren Distanz, weil ich ja in Ihren Kreisen nicht groß geworden bin —, wenn wir das in der großen Koalition so tun, wie wir es tun, dann finde ich es auch für einen

(A) Wirtschaftssenator eine im Ganzen sehr angenehme Umgebung und Möglichkeit zu gestalten, was in der Sache und in der Einsicht als notwendig erkannt wird.

Gleichwohl, die Frage, in welchem Umfeld wir leben, hängt eben auch davon ab, wie die Bundesrepublik Deutschland sich im globalen Wettbewerb bestätigt, beweist, bewegt. Alles das ist geläufig. Ich will dazu, ohne im Einzelnen Stellung zu nehmen, nur die bekannten Begriffe nennen wie Globalisierung, Steuerreform, Sozialsysteme, Bündnis für Arbeit, alle diese Begriffe sind ja gefallen, und auch die Konjunktur spielt letztlich eine Rolle, wenngleich wir die Konjunktur nicht als — wie soll ich sagen — Retter unserer Situation betrachten sollten. Sowohl in Bremen als auch in Deutschland ist die Konjunktur eine angenehme Begleitung, aber sie ändert nicht unsere Strukturprobleme. Die müssen wir selbst anfassen!

Weil einige nun heute Morgen darauf hingewiesen haben, dass ja an den Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes letzten Jahres das Scheitern dieser Politik abzulesen sei, so will ich Ihnen zunächst, so hoffe ich, eine entgegenkommende Bemerkung machen. Wir neigen ja dazu, menschlich im Allgemeinen und in der Politik im Besonderen, die jeweiligen Zahlen so zu interpretieren, als sei unser Parteibuch gewissermaßen ein Reflex auf diese Entwicklung. Aber das ist es nicht! Wenn die Zahlen gut sind, dann sagt der Wirtschaftssenator hervorragend, ihr seht doch, wie gut wir arbeiten, wenn sie schlecht sind, sagen Sie, Frau Trüpel, für Ihre Fraktion, das ist doch alles Mist, was ihr da macht. Lassen wir es doch einmal offen! Nehmen wir die Übertreibung als das, was es ist, menschlich, und verkleinern und verwechseln wir dabei nicht die Fähigkeit, unsere Meinung über die Wirklichkeit darzulegen!

Noch einige Fakten: Alle wissen, ich darf es erinnern, dass wir im letzten Jahr, vor allem im ersten Halbjahr, eine relativ schwache Exportkonjunktur hatten. Lateinamerika, Asien, Russland sind dafür die Stichworte. Jedermann weiß, dass Bremen als Hafenstadt dem Export im besonderer Weise zugewandt ist. Dass sich das auf das Bruttosozialprodukt auswirkt, ist zumindest eine logische Erklärung.

Wenn ich mir dann die Verarbeitung ansehe: Die Stahlwerke Bremen haben einen Hochofen stillgelegt und neu gebaut. Auch das wirkt sich aus. Die Dienstleistung kommt erst allmählich in Tritt in Bremen. Es ist eben so, dass man nicht Wirtschaftspolitik mit einem Lichtschalter verwechseln kann — man schaltet an, und anschließend sieht man —, sondern es dauert seine Zeit. Mindestens ein Dimmer wäre, um im Bild zu bleiben, hier ein angemessenes Sprachbild. Wenn ich mir dann auch noch die Größe des Landes Bremen ansehe und die statistische Genauigkeit, die mit einer solchen Größe verbunden ist, meine ich, zumindest aus der Addition sol-

cher Punkte sollte man auch bei aller Lust zur Opposition vorsichtig sein, Schlussfolgerungen zu früh zu ziehen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt nicht!)

Wenn ich dann mit der gütigen Erlaubnis des Herrn Präsidenten auch Herrn Hickel zitieren darf, den ich ja gern zitiere, wenn ich denn dazu sachlichen Anlass habe! Das ist nicht immer der Fall, aber diesmal ist es so, also tue ich es gern. Er sagt: „Mit dem Investitionssonderprogramm ist der Strukturwandel in die richtige Richtung eingeleitet worden. Die positive Wirkung auf den neuen Wachstumstyp und die Beschäftigung braucht — leider — Zeit.“ Auch mein Satz! „Das Land Bremen befindet sich immer noch in einer tief greifenden Transformation aus traditionellen Strukturen zur Wissenschaft unterstützenden Produktion im Güter- und Dienstleistungsbereich. Bedrohliche alte Strukturen sind aufgebrochen worden.“ Da kann ich jedes Wort unterstreichen.

Ich füge auch in Gegenwart meines Finanzkollegen hinzu: Auch ich sehe die Frage, was ist eigentlich konsumtiv bei Schule und Kultur, differenzierter. Auch das sind Investitionen,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(B) die wir im Rahmen einer Wirtschaftsdiskussion auch nicht völlig vernachlässigen sollten, wobei ich ja jetzt auch einmal das alte Spiel machen kann: Zuständig ist ja der arme Finanzsenator, der es haushaltsrechtlich dann einigermaßen in die Ordnung bringen muss, während der Wirtschaftssenator da ja schon etwas großzügiger argumentieren kann. Aber im Kern bleibe ich bei dem Satz. Wir sparen doch nicht um des Sparens willen, so wenig wir investieren um des Investierens willen, sondern wir müssen die Strukturen dieses Landes verändern. Daran gibt es doch überhaupt keinen Zweifel!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn ich mir, Frau Trüpel, doch noch einmal die Bemerkung erlauben darf: Immer wieder dieses Ja, aber, ihr macht doch alles falsch! Entschuldigung, wenn ich das einmal in summa so reflektiere! Dann sagen Sie mir doch einmal, was Sie tun würden! Wenn ich Ihnen genau zuhöre, und das tue ich ja in jedem Fall, dann endet Ihre Art von Beschäftigungspolitik immer beim Steuerzahler. Sie haben viele Wünsche, und dann sagen Sie, ihr müsst dies tun, ihr müsst jenes tun,

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie geben doch das Geld aus!)

(C)

(D)

(A) und so entwickeln sich die Dinge. Das kann doch auch nicht unsere Zielsetzung sein.

Frau Lemke-Schulte, Sie haben völlig Recht, eine Investitionsquote von rund 14 Prozent für die Jahre aufrechtzuerhalten ist ein Herkulesakt, dazu die notwendigen Überlegungen, insonderheit auch finanztechnischer Art, haushaltsrechtlicher Art, recht frühzeitig vorzunehmen, um zu sehen, ob die Statik den Willen trägt. Da sind wir einer Meinung. Mein Haus arbeitet daran sehr intensiv, und ich hoffe, dass wir ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis vorlegen können.

Meine Damen und Herren, auch in einer solchen Diskussion muss immer wieder daran erinnert werden: Beschäftigungspolitik ist kein selbständiger Vorgang. Je selbständiger das Wort Beschäftigung gesagt wird, umso mehr ist die Gefahr, dass der Steuerzahler zum Schluss die Rechnung einlösen muss, gegeben. Beschäftigung ist nur möglich, wenn wir eine gute Wirtschaftspolitik machen. Alle Maßnahmen, die aus der Beschäftigungsüberlegung kommen, können allenfalls gute Wirtschaftspolitik begleiten, aber nicht ersetzen.

Nun auch noch dies: Es hört sich immer wieder so an, als seien wir — Frau Trüpel, Sie tun es ja gelegentlich so, und ich ziehe mir das einmal auf den Kopf, ich nehme den Hut, den ich nicht trage —

(Heiterkeit)

(B) die geborenen Gesundheitsbeten. Nun bitte ich, mit meinen dreißigjährigen Berufserfahrungen und dem einen oder anderen, was ich investiert habe, gehöre ich zu allen Leuten, aber nicht zu Gesundheitsbetern. Trotzdem sage ich Ihnen: Stimmungen sind ganz wichtig! Zur Erkenntnis gehört auch die Stimmung, und so gesehen ist Optimismus Pflicht! Zusammengefasst: Wir sind nicht selbstzufrieden, aber selbstbewusst, und dabei gedenke ich zu bleiben! — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Der Antragsteller hat gebeten, in Ziffer 2 das Berichtsdatum vom 31. März auf den 30. April zu korrigieren. Das wird dann so gemacht!

Des Weiteren ist beantragt worden, den vorliegenden Antrag zu teilen, die erste Abstimmung zu den Ziffern 1, 2 und 3 vorzunehmen und die zweite Abstimmung zu dem Berichtsteil.

Dann lasse ich über den ersten Teil abstimmen.

Wer dem ersten Teil des Antrags Drucksache 15/155 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Dann lasse ich über den zweiten Teil abstimmen.

Wer diesem zweiten Teil, dem Berichtsteil, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, das ist einstimmig geschehen.

Entwicklung des Carl-Schurz-Kasernen-Geländes in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen
der SPD und der CDU
vom 10. Januar 2000
(Drucksache 15/162)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000

(Drucksache 15/189)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Winther.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, dass das nicht gewünscht ist.

Wir treten dann in die Aussprache ein.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der allgemeinen ISP-Debatte von vorhin kommen wir jetzt zu einem konkreten Punkt, bei dem es auch um Arbeitsplätze und um Strukturveränderung geht, nämlich beim Carl-Schurz-Kasernengelände in Bremerhaven, einem 125 Hektar großen Gebiet. Wir wollen mit unserer Großen Anfrage heute einmal ein Fazit ziehen, nachdem die Amerikaner das Gelände vor sieben Jahren verlassen haben. Ich darf in Erinnerung rufen, damit haben 1000

(C)

(D)

(A) zivile Arbeitnehmer in Bremerhaven damals ihren Arbeitsplatz verloren, und dieser Rückgang konnte bis heute noch nicht in der Stadt aufgefangen werden.

Deshalb ist es auch richtig, dass in Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung vereinbart worden ist, Bremerhaven besonders zu stärken und dies unter anderem mit dem Schwerpunkt Carl-Schurz-Kaserne zu tun. Es handelt sich schließlich um das zweitgrößte Industriegebiet in dieser Stadt nach dem Fischereihafen. Erfreulich ist, dass die Nachschubeinheit der amerikanischen Streitkräfte in Bremerhaven verblieben ist mit 40 Personen, die dort noch ihren Arbeitsplatz haben. Diese Stelle ist ja für den Nachschub der US-Truppen in Deutschland und Europa von großer Bedeutung und besonders von großer Bedeutung für unsere Häfen, für den Umschlag, der in Bremerhaven stattfindet.

Meine Bitte an Sie, Herr Senator! Ich habe in der Antwort gelesen, dass beabsichtigt ist, diese Stelle umzusiedeln. Ich denke, das muss vorsichtig gemacht werden, um diese wichtige Einheit für unsere Häfen nicht aufs Spiel zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ein Lichtblick ist, dass inzwischen etwa wieder 200 zusätzliche Arbeitsplätze auf dem Gelände entstanden sind, wenn auch teilweise durch Umsiedlung von Betrieben aus der Stadt. Aber es sind Anzeichen dafür, dass sich die Fläche langsam füllt.

Zur Infrastrukturererschließung haben wir uns in der Vergangenheit auch durch Initiativen stark gemacht. Ich darf daran erinnern, dass 18 Millionen DM für eine neue Zufahrt direkt vom Industriegebiet Speckenbüttel ausgegeben werden und dass sechs Millionen DM für die Untersuchung für den kreuzungsfreien Ausbau des Überseehafenzubringers bewilligt worden sind. Gemäß Koalitionsvereinbarung erwarten wir aber auch die Bereitstellung der Mittel durch das Land für den Ausbau des Zubringers, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, den Norden der Stadt, da darf man nicht nur die Autoumschlagsfazilitäten sehen, den Containerumschlag sehen, sondern auch die benachbarten Gewerbegebiete Weddewarden-Ost und Speckenbüttel, zu einer Logistikdrehscheibe noch weiter auszubauen. Das ist aus meiner Sicht bisher nur ansatzweise erfüllt, wenn man sieht, wie viele freie Flächen wir noch im Carl-Schurz-Kasernengelände, in Weddewarden-Ost und in Speckenbüttel haben. Fast 200 Hektar stehen noch zur Verfügung. Dort im Norden der Stadt haben wir eben keine Flächenknappheit, und deswegen ist es wichtig, das Hauptaugenmerk darauf zu richten, wie es uns gemeinsam mit dem

Land, der Stadt Bremerhaven und der Hafenwirtschaft gelingt, dort vor allen Dingen Logistikbetriebe anzusiedeln, die die Arbeitsplätze ja bringen und binden. Ich halte das für einen ganz, ganz wichtigen Gesichtspunkt.

Unerlässlich ist der Bau einer Anlage für den kombinierten Ladungsverkehr, nicht nur wegen der Zielsetzung, mehr Verkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern, sondern weil das Teil eines Logistikzentrums sein kann und weil es Bundesmittel dafür gibt. Im Haushalt von Herrn Klimmt sind extra Mittel für die Umstellung auf den kombinierten Ladungsverkehr ausgewiesen. Dies sollten wir vom Land Bremen auch nutzen, auf solche Drittmittel zurückzugreifen.

Ein ärgerlicher Punkt ist, dass die Übertragung der Hoheit noch nicht erfolgt ist. Die Stadtbürgerschaft hat dem im November 1997 zugestimmt, die Stadtverordnetenversammlung hat im Dezember 1997 ebenfalls grünes Licht gegeben. Mittlerweile sind, glaube ich, schon 26 Monate ins Land gegangen, um eine solche Formalität zu klären. Das ist ein Zeitraum, den wir so nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD)

(D) Nun wird in der Vorlage zum Ausdruck gebracht, es wird dieses Jahr angepeilt. Ich habe aufgrund einer Nachfrage in der letzten Legislaturperiode einmal gehört, es werde Dezember 1998, dann hieß es, es werde Sommer 1999. Wir erwarten also, dass dieser Akt so schnell wie möglich vollzogen wird, damit wir dann auch das notwendige Grenzänderungsverfahren hier im Landtag beschließen können. Ich denke, dass es notwendig ist, Herr Senator, da den Druck auf die Verwaltung zu erhöhen, denn manche Bebauungspläne und Änderungen sind schneller über die Bühne gezogen worden, als das bei diesem Fall geschieht.

Abschließend möchte ich nun zum Gelände selbst sagen, es ist eine Trumpfkarte, diese Fläche zu haben, mit den angrenzenden Fazilitäten, die ich eben schon genannt habe. Ich finde, wir sollten versuchen, diese Trumpfkarte noch stärker auszuspielen. Es wird in erster Linie die Aufgabe der BIS sein, aber es ist aus meiner Sicht auch die Aufgabe des Wirtschafts- und Hafensensors, sich hier verstärkt dafür einzusetzen, dass es uns gelingt, mehr Betriebe auf dem Carl-Schurz-Gelände und damit mehr Arbeitsplätze anzusiedeln. — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

(A) Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man eben die Debatte zu den Arbeitsmarkteffekten von ISP-Projekten genau verfolgt hat, dann stellt sich für mich die Frage, ob wir mit der bisherigen Entwicklung des Kasernengeländes der ehemaligen Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven eigentlich den Ansprüchen von Frau Lemke-Schulte genügen.

Wenn Sie Ihrer bisherigen Argumentation aus der vorangegangenen Debatte treu bleiben wollen, meine Damen und Herren, dann müssen Sie sagen, eigentlich hat sich dies unter dem Gesichtspunkt, was wir bisher auf dem Carl-Schurz-Gelände erreicht haben, noch nicht als ISP-fähig erwiesen.

Da klatscht jetzt Herr Schramm, aber das zeigt eigentlich genau, dass nicht der Weg, den wir für das Carl-Schurz-Gelände gehen, falsch ist, sondern dass eine zu kurzzeitige Fristsetzung bei der Bewertung von ISP-Projekten der falsche Ansatz ist. Wir verfolgen mit dem Gelände der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven eine langfristige Strukturveränderung in Bremerhaven. Diese kann man nicht nach zwei Jahren oder drei Jahren abschließend bewerten und davon abhängig machen, ob man es weiter fördern will, sondern man muss das in längerfristigen Zeiträumen sehen, meine Damen und Herren. Das macht, meine ich deutlich, dass der Ansatz, den Frau Lemke-Schulte da in der eben geführten Debatte gewählt hat, falsch ist.

(B) (Beifall bei der CDU)

Herr Senator Hattig hat in der vorherigen Debatte gesagt, zur Wirtschaftspolitik gehöre auch Optimismus. Ich bin optimistisch, dass wir in den nächsten Jahren mit dem Kasernengelände mehr erreichen werden, als wir es in den vergangenen sieben-einhalb Jahren erreicht haben.

Es ist sicherlich erfreulich, dass wir dazu gekommen sind, dass auf dem Gelände, mit Ausnahme der Streitkräftebeschäftigten, 200 Menschen Arbeit gefunden haben. Herr Töpfer hat schon darauf hingewiesen, ein nicht zu verachtender Teil dieser Menge sind Betriebsverlagerungen gewesen, auch aufgrund von Infrastrukturprojekten, die wir gemacht haben. Insoweit, sage ich einmal, nimmt sich die Arbeitsmarktbilanz der bisherigen Verwertung des Geländes eher bescheiden aus, obwohl ich weiß, dass die Mitarbeiter der vorherigen Entwicklungsgesellschaft Bremerhavens sich intensiv darum bemüht haben, für dieses Gelände Betriebe zu akquirieren.

Deswegen stellt sich die Frage, meine Damen und Herren, welche politische Rahmenvorgabe wir für ein solches Gelände machen können. Ich muss sagen, gemessen an unseren bisherigen Ansprüchen ist das bisherige Nutzungskonzept für das Gelände

*) Vom Redner nicht überprüft.

der Carl-Schurz-Kaserne eher bescheiden. Ich sage das einmal so ganz kritisch.

(C)

Wenn ich Ihnen mit Genehmigung des Präsidenten aus einer Drucksache der dreizehnten Wahlperiode zitieren darf, da heißt es: „Die Wiedernutzung der Carl-Schurz-Kaserne ist angesichts der flächenmäßigen Gegebenheiten in Bremerhaven die letzte große Möglichkeit, neues Gewerbe zur Erhöhung der Lokoquote anzusiedeln. Das bedeutet, dass neben Logistik und Dienstleistungsfunktionen auch industriell verarbeitendes Gewerbe in enger Verbindung zu Import- und Exportaktivitäten vorgesehen werden sollte. Die hochwertig bebauten Teile des Geländes bieten sich für eine gewerbeparkähnliche Nutzung an.“ Dann geht es weiter: „Aus diesen Gründen soll schnellstens ein Nutzungskonzept vorgelegt werden. Dies soll unter anderem berücksichtigen: hafennahe Aktivitäten, Gewerbebetriebe, Distributionsangebote, überregionale Dienstleistungsangebote, Ansiedlung wissenschaftlicher Einrichtungen“ und so weiter.

Meine Damen und Herren, wenn ich Sie jetzt fragen würde, von wann dieses Nutzungskonzept datiert, Herr Töpfer nehme ich einmal aus, weil der ein gut sortiertes Archiv hat, dann würden Sie sagen, das könnte von gestern stammen.

Die Wahrheit ist, es stammt vom 19. 10. 1992, meine Damen und Herren! Schon damals haben wir hier in der Bürgerschaft auf unterschiedliche Anträge der CDU und aller damals im Parlament vertretenen Parteien darüber diskutiert, wie wir eigentlich dieses Gelände strukturell nutzen wollen, um für Bremerhaven auch im Norden der Stadt ein neues Standbein zu schaffen und unsere Abhängigkeit von den großen Industrien zu verringern. Damals haben wir uns schon sehr detaillierte Gedanken gemacht. Es hat Beiräte gegeben bei der EGB, es hat Beteiligungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Industrie- und Handelskammer, es hat zahlreiche Sitzungen gegeben. Am Ende dieser siebeneinhalbjährigen Beratungen muss ich eigentlich feststellen, dass mir bis heute der grüne Faden für dieses Gelände fehlt, was man damit machen will.

(D)

Es hat heutzutage keinen Sinn mehr, ein allgemeines Gewerbegebiet am Markt anzubieten. Dazu liegt Bremerhaven eben doch ein bisschen am Rande der Republik. Wir müssen eine inhaltliche Vorgabe für dieses Gewerbegebiet machen, um es zielgerichtet im Bereich des Transportwesens und der Logistik vermarkten zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen verbinde ich mit dieser Debatte die Hoffnung, dass in der senatorischen Behörde Anstrengungen unternommen werden, beispielsweise einmal eine Machbarkeitsstudie für ein solches Transport- und Logistikzentrum auf diesem Gelände zu

(A) untersuchen und insbesondere festlegen zu lassen, welche Infrastruktur hochtechnisierte Betriebe auf dem Bereich der Logistik und des Transportwesens brauchen.

Das ISL hat eine solche Studie bezogen auf dieses Carl-Schurz-Kasernengelände schon einmal vor einiger Zeit in Auftrag gegeben. Es hat in der senatorischen Dienststelle immer wieder Bedenken gegen eine KLV-Anlage gegeben, weil man gesagt hat, wir haben mit dem GVZ, was die Umschlagsaktivitäten betrifft, gemischte Erfahrungen, um es einmal vorsichtig zu sagen. Man soll so etwas nicht noch einmal von vorn experimentieren, meine Damen und Herren.

Mein Appell geht aber dahin, ein vernünftiges Institut einmal mit der Frage zu befassen, was für die Ansiedlung hochtechnisierter Betriebe in einem Transport- und Logistikgewerbegebiet erforderlich ist, was an Infrastruktur, Straße und Schiene, was an Datennetzen zur Verfügung gestellt werden muss, welche Gebäudestruktur benötigt wird. Nur mit solchen Vorgaben, meine Damen und Herren, kann man sich aus dem Markt der bundesweit vorhandenen Gewerbegebiete ausgliedern und etwas Besonderes schaffen, und wir sind in Bremerhaven etwas Besonderes mit dieser Perle direkt hinter dem Umschlag.

(B) Deshalb bin ich der Ansicht, ist es kaum vorstellbar, dass veredelnde Betriebe die umgeschlagenen Waren auf ihre Lkw verladen und in Süddeutschland verarbeiten, wenn wir direkt hinter der Kaje ein hervorragendes Gewerbegebiet mit staatlichen Mitteln, ISP-fähig, und eine Infrastruktur zur Verfügung stellen können, was bundesrepublikanisch einmalig ist. Deswegen verbinde ich mit dieser Debatte die Hoffnung, dass wir das in den nächsten Jahren schaffen. Der Zeitraum des ISP ist nicht unbegrenzt.

Ich sage jetzt einmal abschließend noch zu der als Anlage beigefügten Aufstellung, so wichtig die Neuordnung des Regenwasser- und Schmutzwassersystems auf diesem Gelände ist, es wird nicht dazu führen, dass es zu einer besseren Vermarktbarkeit führt, wenn wir Schwierigkeiten haben, dieses Gelände gewerblichen Immobilienmaklern, also Gewerbe-Immobilienmaklern, anzubieten. Ich habe gehört, es sind zehn angeschrieben worden, von denen acht nicht geantwortet haben und einer gesagt hat, er mache das, aber nicht auf Erfolgsbasis, sondern er brauche eine Vorabcourtage. Das zeigt eben, dass dieses Gewerbegebiet an sich, so wie wir es uns bisher vorgestellt haben, nicht zu vermarkten ist.

Alles, was an kleinteiligen Erfolgen auf dem Gelände bisher erreicht worden ist, denke ich, muss sich dem höherrangigen Ziel, ein einheitliches, vernünftiges, zukunftsgerichtetes Gewerbegebiet an dieser Stelle zu errichten, unterordnen. Ich hoffe,

das wir das in dem verbleibenden Zeitraum bis zum Auslauf des ISP auch schaffen. — Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspolitik der großen Koalition in Bremen gefährdet die Selbständigkeit des Landes. Die nackten Zahlen allein beim Wirtschaftswachstum belegen die Richtigkeit meiner Ausführungen. Die Stadt Bremen hat ein Wirtschaftswachstum von gerade einmal 0,5 Prozent. Das bundesweite Wirtschaftswachstum liegt bei 1,4 Prozent. Diese Tatsache ist eine klare und deutliche Bankrotterklärung Ihrer Wirtschaftspolitik im Land Bremen.

Meine Damen und Herren, ich habe die Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000 mit Interesse, aber auch mit Erschrecken gelesen. Wenn ich den Mitteleinsatz den geschaffenen Arbeitsplätzen gegenüberstelle, dann muss man das Arrangement der Bremer und Bremerhavener Wirtschaftsförderung als Flop des Jahres hinnehmen und bezeichnen. Ich gebe unumwunden zu, dass die Bemühungen von FBEG und der neugegründeten BIS ein einziges Desaster sind, aber die Bremer Kollegen sollen hier nicht hämisch über die Unfähigkeit der Bremerhavener Gesellschaften lachen, sondern sie müssen sich an die eigene Nase fassen, weil es kaum aus Bremen veranlasste Betriebsansiedlungen gibt.

(D)

Meine Damen und Herren, es müsste doch rein rechnerisch so sein, dass 25 Prozent der Betriebsansiedlungen in Bremerhaven vorgenommen werden müssten, dann sähe die Sache schon ganz anders aus. Wenn ich gleiche Standards bei dem Gesamtvergleich des Landes anlege, bedeutet das, dass Bremen verstärkt im Landesteil Bremerhaven aktiv werden muss. Jetzt rechnen Sie nicht die Investition im Überseehafengebiet mit, denn wie Sie alle wissen, ist das stadtbremitesche Gebiet.

(Abg. Frau **Hammers trö m** [SPD]:
Und das bleibt es auch!)

Meine Damen und Herren, die Deutsche Volkunion im Landesparlament ist die einzige Partei, die das Problem der Ungleichbehandlung zwischen Bremen und Bremerhaven deutlich anprangert. Auch die Bürger der Stadt Bremen werden einsehen und Verständnis dafür haben, dass es in beiden Städten den gleichen Strukturwandel geben muss. Sie haben aber zu Recht kein Verständnis dafür, dass Wirtschaftsförderungsmittel im Lande Bremen und hier insbesondere in der Stadtgemeinde Bremen verpulvert und verschleudert werden. Ich erinnere hier nur einmal an einen Luxusgarten, der hundert-

(A) ausende Besucher anziehen sollte, oder an ein Einkaufszentrum mit Rakete. Ich könnte die Liste Ihrer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik unendlich fortführen, aber leider habe ich nur begrenzte Redezeit, meine Damen und Herren!

In Bremerhaven hat man sich von Köllmann und dem Ozean-Park deutlich distanziert. Hier, Frau Dr. Trüpel, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass die DVU in Bremerhaven die einzige Partei war, die von Anfang an gegen diesen Ozean-Park gewesen ist! Auch in Bremen müssten unsinnige Projekte gestrichen werden. Nur gemeinsam mit Bremen und Bremerhaven wird sich die Zukunft des Landes absichern lassen. Aber eines möchte ich noch deutlich hinzufügen: Ein Bundesland Bremen wird es ohne Bremerhaven nicht geben!

Die Deutsche Volksunion wird sich einer vernünftigen Wirtschaftspolitik für das Land Bremen zum Wohle aller Bürger nicht verschließen. Da nutzt Ihnen auch kein noch so undemokratischer und schmutziger Versuch, die DVU-Anträge, wie zum Beispiel gestern Abend den DVU-Antrag Familienfürsorge, so lange hinzuzumogeln, also bis 18.00 Uhr, bis keine Pressevertreter oder Zuschauer mehr hier anwesend sind. Ich sage Ihnen aber gleich ganz klar und deutlich, diese undemokratischen Machenschaften werden auf Dauer keinen Erfolg haben. — Ich bedanke mich!

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Reden von Herrn Tittmann sorgen immer dafür, dass man als Nachfolgeredner vor einem leeren Haus reden muss. Das ist auf der einen Seite ärgerlich, aber auf der anderen Seite auch verständlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Zur Sache selbst ist zu sagen, dass mir der Kollege Röwekamp einiges an Argumenten vorweggenommen hat, allerdings ist die Quintessenz Ihres Redebeitrages ein bisschen bei mir nicht angekommen, weil sie diese Geschichte einerseits als Erfolg verkaufen, es auf der anderen Seite aber als großen Flop bezeichnen, dem ich eher auch zustimmen würde. Es ist ja so, dass dies in der Wirtschafts- und Sanierungspolitik des Bundeslandes Bremen ein Schwerpunktprojekt im ISP war. Es war damals mit 300 Millionen DM veranschlagt. Dann haben Sie 100 Millionen DM abgezogen für diese komische Köllmann-Geschichte, dann waren noch 200 Millionen DM übrig. Jetzt wollen Sie aber nur noch 93 Millionen DM bereitstellen, und Sie haben bereits 15 Mil-

*) Vom Redner nicht überprüft.

tionen DM verbaut. Es besteht also die große Gefahr, dass dieses Projekt, das eigentlich Schwerpunktprojekt war, in einer Sparkasse für andere Projekte endet, und das kann es doch wohl nicht sein, meine Damen und Herren!

Wir hatten 1992 schon einmal das Thema Carl-Schurz-Kaserne debattiert, solange reden wir schon darüber, und über konzeptionelle Fragen gesprochen und haben in einem kontroversen Prozess zwischen damals noch Hafensenator und Wirtschaftssenator festgelegt, dass dieses Gelände sehr wohl als Gewerbegebiet ausgewiesen werden soll mit dem Ziel, eine hohe Wertschöpfung für dieses Areal zu erreichen und eine hohe Lokoquote, und es nicht einfach nur als Autostellfläche zu missbrauchen.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

1995 hat dann das ISL eine Untersuchung gemacht, wie man mit diesem Gelände anders verfahren kann, und hat festgestellt, dass die bisherige Konzeption, man muss es leider sagen, letztendlich doch gescheitert ist und es keine Ansiedlungen von Dienstleistung und Büros gibt. Es hat keine Verwaltungsansiedlung gegeben, und es hat schon gar keine F- und E-Ansiedlungen gegeben. Die Debatte damals um die berühmte Meeresuniversität hat sich letztendlich auch in Luft aufgelöst. Das ISL hat empfohlen, diese Fläche dann anders zu nutzen, und hat gesagt, sehr wahrscheinlich positiv wäre die Entwicklung durch den Bau eines kombinierten Ladungs-Verkehrs-Zentrums, das so genannte KLV-Terminal, als Vor- und Nachlauf des Hafens- und Gewerbebetriebes. Hier gibt es bestimmte Chancen, dieses Gelände neu zu nutzen.

Das war allerdings, meine Damen und Herren, 1995. Wenn Sie heute über das Gelände gehen, dann sehen Sie weder einen Gewerbe- und Dienstleistungspark noch ein KLV-Terminal, noch besondere Ansiedlungen auf diesem Gelände, obwohl bereits 1995 ein starkes Interesse verschiedener Firmen an solch einem KLV-Terminal bekundet worden war.

1997 hat dann der Kollege Töpfer, dem das alles auch nicht ganz geheuer war, eine Anfrage in der Fragestunde an den damaligen Hafensenator Beckmeyer gestellt, was denn nun mit dem KLV-Terminal sei. Herr Beckmeyer hat in seiner unnachahmlichen Art geantwortet, es werde geprüft, im Prinzip sei alles sehr gut, aber sie wollten es prüfen.

Meine Damen und Herren, offensichtlich prüfen Sie heute noch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dabei liegen die Zahlen, und Herr Röwekamp hat noch einmal gesagt, er will noch einmal ein neues Gutachten in Auftrag geben, bereits alle vor. Die

(C)

(D)

- (A) Zahlen liegen seit 1995 vor! Solch ein KLV-Terminal sollte 40 Millionen DM kosten, sollte 75 Hektar an Fläche verbrauchen und ganze 15 Arbeitsplätze schaffen. Meine Damen und Herren, das sind zwei Arbeitsplätze pro Hektar, das ist nicht das Highlight, das wir uns unter einer Erhöhung der Wertschöpfung vorstellen, aber immerhin wäre es ein Ansatz gewesen, hier vielleicht einen Impuls zu geben für weitere Potentiale.

Bisher ist aber leider nichts geschehen. Ich staune doch, aber jetzt habe ich es begriffen, über den Optimismus, der auch in den Medien verbreitet wurde, dass 1000 bis 1500 Arbeitsplätze in fünf Jahren geschaffen werden. Jetzt weiß ich, warum, weil Herr Hattig gesagt hat, Optimismus sei Pflicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich denke, das bringt uns nicht wesentlich voran, meine Damen und Herren. Wünschen kann man viel. Wir wollen auch hier endlich Taten sehen.

Sie sagen in Ihrer Antwort des Senats, die ja sehr kurz und trocken ausgefallen ist, leider nicht, welche Konzeption Sie eigentlich jetzt weiterhin verfolgen. Gilt die alte Konzeption der Erhöhung des Wertschöpfungsanteils, Erhöhung der Lokoquote, oder gilt eine neue Konzeption? Welche soll es geben? Nur dann kann ich natürlich auch Erfolg oder Misserfolg anhand bestimmter Kriterien messen. Aber diese Bewertung nehmen Sie in der Senatsantwort leider nicht vor. Die wenigen Zahlen, die Sie angeben, sind meines Erachtens Nebelkerzen. Auch das ist gesagt worden. Fast 100 Prozent der angegebenen Ansiedlungszahlen und Arbeitsplatzzahlen sind der Erfolg von Umsiedlungen aus dem Stadtgebiet in dieses Gelände. Hier kann man nicht von einer erfolgreichen Ansiedlungspolitik des Senats sprechen.

- (B) Was leider konzeptionell nicht auftaucht, was ich gut gefunden hätte, wären die Potentiale, die auch gutachterlich schon unterlegt worden sind, nämlich dieses Gelände in Verbindung mit einem KLV-Terminal zu entwickeln als Lebensmittel-Konsolidierungs-Zentrum, vielleicht als Großmarkt- und Frischezentrum, um den Bananenimport hier noch einmal zu bündeln, als Textil-Logistik-Zentrum und, was auch aus ökologischer Sicht ganz wichtig ist, als Nahrungsmittel-Logistik-Zentrum, um die Nahrungsmittelexporteure, die zu wenig Potential haben, um in bestimmte Länder zu exportieren, hier zu bündeln und Nahrungsmittelgüter aus dem regionalen Umland hier zu bündeln, und dann sozusagen konzentriert von diesem Zentrum aus zu exportieren. Das wäre auch eine sehr anspruchsvolle logistische Aufgabe, was weitere Innovationen nach sich ziehen würde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich auf eine richtig große Gefahr für dieses Gelände aufmerksam machen, und das ist ziemlich neu. Ich habe mich versichert, dass ich das hier auch so sagen kann. Es ist zu befürchten, dass Eurogate und die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, die über ein gewisses Monopol in Bremerhaven im Umschlag und an der Kaje verfügen, vorhaben, ein großes Containerdepot und ein Containerreparaturzentrum einzurichten,

(C)

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das habe ich schon in der Deputation vor zehn Tagen angesprochen, Herr Schramm!)

sozusagen ein Megadepot mit einer Fläche von 150.000 Quadratmetern, und zwar direkt neben dem NTB-Terminal an der Kaje. Das hätte zur logischen Folge, dass die Betriebe, die auf dem Carl-Schurz-Gelände bereits in diesen Geschäften Containerdepot und Containerreparatur tätig sind, in ihrer Existenz gravierend gefährdet sind, denn es geht hier nicht um einen marktkonformen Wettbewerb, sondern um Quersubventionierungen und Bevorteilung der Eurogate in diesem Geschäft und einen Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Firmen, die sich bereits auf dem Carl-Schurz-Gelände angesiedelt haben. Das kann doch wohl nicht das Ziel von Wirtschaftspolitik in Richtung kleinerer und mittlerer Betriebe sein, meine Damen und Herren!

(D)

Ich denke, der Senat hat vielleicht auch die Aufgabe, die Pläne, wenn sie dann der Realität entsprechen oder wenn sie so aussehen, wie ich hier gesagt habe, hier noch einmal darzulegen oder darauf hinzuwirken, dass diese Pläne nicht in die Realität umgesetzt werden.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Ich habe doch um Berichterstattung in der Deputation gebeten!)

Zumindest fordern wir den Senat auf, hier eine gewisse Transparenz herzustellen, um zum Schutz der kleineren und mittleren Betriebe auf diesem Gelände zu operieren, meine Damen und Herren, denn das ist auch der Sinn von Bestandspflege auf diesem Gelände, von der man bisher auch noch wenig gesehen hat.

Nach unseren Recherchen ist es so, dass weder über die Anlage eines KLV-Terminals noch über die Errichtung neuer Containerdepots mit den ansässigen Firmen auf diesem Gelände gesprochen worden ist. Das ist sozusagen ein Negativbeispiel für Bestandspflege der Wirtschaftspolitik in Bremerhaven. So kann es nicht sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Vielleicht ist auch die Politik der Entwicklungsgesellschaft Bremerhaven sowieso die Ursache vieler Probleme in diesem Bereich, wie man noch einmal näher untersuchen muss. — Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Carl-Schurz-Kaserne als Projekt ist ein wesentliches Vorhaben für die weitere Strukturverbesserung Bremerhavens. Es ist vor allem ein Angebot an die mittelständische Wirtschaft. Ich darf daran erinnern, dass wir das Gelände seinerzeit vom Bund zu einem relativ günstigen Kaufpreis erworben haben. Das war nur möglich, weil wir mit der Erschließungsabsicht auch einen Erschließungszeitraum, der schon damals auf mindestens zehn bis fünfzehn Jahre befristet war, verbunden haben. Das bitte ich bei der Effizienz dieser Investition miteinzubeziehen.

(B) Deshalb darf ich noch einmal daran erinnern, dass wir die Erwartungen von Anfang an nicht allzu hoch geschraubt haben, aber gleichwohl teile ich die Auffassung, dass wir im Laufe der Zeit zunehmend auch mit der Erweiterung Bremerhavens in seiner Hafenskapazität hier gute Bedingungen geschaffen haben. Die Entwicklung bis heute ist zufrieden stellend, aber sie ist in keinsten Weise euphorisch. Von den zurzeit 230 Arbeitsplätzen auf dem Carl-Schurz-Areal sind 100 bisheriger Bestand einschließlich der US-Army, und bei den weiteren 130 Arbeitsplätzen handelt es sich um in Bremerhaven neu entstandene Arbeitsplätze.

Herr Töpfer, ich teile Ihre Meinung. 26 Monate, um diesen beschlossenen Akt nun auch in der Praxis umzusetzen, ist sicherlich eine Zeit, bei der man nachdenken muss, was in den Verwaltungen abläuft, aber hier erlaube ich mir, sine ira et studio darauf hinzuweisen, es handelt sich darum, dass wir die so genannten naturschutzfachlichen Bausteine aus Bau und Umwelt noch nicht haben. Sie waren für August 1999 zugesagt. Es wird seine Gründe haben, das unterstelle ich jedenfalls, aber ich werde nachfassen. Jedenfalls, das haben Sie ja erwähnt, ist mit der Übertragung dieses Bereiches auch die unmittelbare Verknüpfung und Bedeutung dieses Gebietes für die Bremerhavener Entwicklung und für die Bremerhavener Zuständigkeit verdeutlicht worden.

Ich denke, ich muss nichts Weiteres sagen. Herr Schramm, wenn ich Ihnen zuhöre, ich bitte, mir das so fröhlich nachzusehen, wie ich das „fröhlich“ meine, stelle ich mir gelegentlich vor, Sie seien Wirtschaftssenator. Ich glaube, der Begriff „Optimismus“

würde selbst bei Ihnen Schwierigkeiten haben. — Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/189, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Personalcontrolling Band III

Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2000
(Drucksache 15/180)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Windler.

(D) Abg. Frau **Windler** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Chancengleichheit von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft ist ein Thema, das auch im Jahr 2000 von Frauen und Männern weiter vorangetrieben werden muss. Alle Diskussionen, Berichte und Debatten über das Personalcontrolling Band III, das heißt über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, tragen dazu bei, unsere Gesellschaft immer wieder aufs Neue zu sensibilisieren. 1997 hatten wir in Bremen einen Erwerbsbevölkerungsbestand von 447.413 Menschen, davon 220.443 Frauen. Das sind 49,3 Prozent im Alter von 18 bis 65 Jahren. Damit ist das Ziel des Landesgleichstellungsgesetzes bis auf 0,7 Prozent fast erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Das klingt erst einmal sehr positiv. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass in einigen Bereichen Frauen noch völlig unterrepräsentiert sind, zum Beispiel in den Führungspositionen.

Meine Damen und Herren, Bremen war das erste Bundesland, das ein Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet hat, und ich meine, dieses Gesetz greift mehr und mehr. Es ist bundesweit sogar eines der weitgehendsten. Sicherlich muss in den Köpfen der Gesellschaft all das noch mehr wachsen, was im Gesetz steht. Aber, meine Damen und Herren, steter Tropfen höhlt den Stein. Finanzsenator Hartmut Perschau ist als Dienstherr der SKP jetzt im Senat

(A) für das Landesgleichstellungsgesetz verantwortlich, das er sehr ernst nimmt, und das freut uns natürlich sehr.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD —
Abg. E c k h o f f [CDU]: Er wird nur gerade von einer Frau abgelenkt!)

Wir erzählen es ihm nachher noch einmal!

Es wurden noch nie so viele Frauen bei der Polizei und bei der Feuerwehr eingestellt wie in den letzten zwei Jahren. So sind zwei Drittel der neu eingestellten Frauen bei der Polizei unter 35 Jahre alt. Der Frauenanteil an Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildung ist mit 45,5 Prozent erfreulich hoch. Im Bereich der Informationsverarbeitung lag der Frauenanteil sogar bei 53,4 Prozent. Erfreulich ist auch, dass der Frauenanteil in den Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst kontinuierlich zunimmt. Ebenso ist hervorzuheben, dass sich die Frauenrepräsentanz bei den Neueinstellungen deutlich erhöht hat.

Die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes lässt sich auch in den verschiedenen Dienststellen feststellen. 18 Dienststellen haben in diesem Berichtszeitraum einen Frauenförderplan neu erstellt. Die CDU erwartet, dass im nächsten Bericht endlich alle Dienststellen Frauenförderpläne vorgelegt haben werden. Wir als CDU-Fraktion fordern dies seit Jahren bei jeder diesbezüglichen Diskussion, und wir haben Schwierigkeiten damit, es nachzuvollziehen, dass es auf diesem Gebiet immer noch weiße Flecken gibt.

(B) Meine Damen und Herren, nicht zu verstehen ist, dass die im Landesgleichstellungsgesetz vorgesehene rechtzeitige und umfassende Beteiligung der Frauenbeauftragten in ihren Dienststellen unterschiedlich realisiert wird. So sollten doch gerade die Frauenbeauftragten vermitteln und Lösungen finden. Dies muss man ihnen aber auch ermöglichen. Wir haben im Bundesland Bremen mehr als 100 Frauenbeauftragte, die sich mit großer Sorgfalt und persönlichem Einsatz um die Rechte und Belange der Frauen kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen allen sagt die CDU hier ihren ausdrücklichen Dank für ihre meist sehr schwierigen Aufgaben.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte die Dienststellen ohne Frauenbeauftragte noch einmal mit Nachdruck auffordern, eine Frauenbeauftragte zu benennen.

Meine Damen und Herren, auch an der Bremer Universität werden heute vermehrt Frauen eingestellt, aber leider ist in Führungspositionen ihre Repräsentanz noch sehr unbefriedigend. Der Bericht

zeigt uns, dass die jährliche Berichterstattung ein wichtiger Schritt zum Aufbau eines Controllingverfahrens ist, um die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes besser zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang danken wir der Landesgleichstellungsstelle mit ihren Mitarbeiterinnen für die Erstellung dieses umfangreichen Berichts und die kontinuierliche Arbeit für Frauen im Lande Bremen. Auch in Zukunft wird die CDU dies nachdrücklich und tatkräftig unterstützen. — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst einmal das Positive am Anfang: Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich, dass dieses Jahr der Umsetzungsbericht des Landesgleichstellungsgesetzes erstmals vom Senator für Finanzen vorgelegt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Perschau hat ja auch schon von Frau Windler verbale Streicheleinheiten dafür bekommen. Eine lange Forderung, die hiermit erfüllt wurde!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Er lässt sich gern streicheln! — Heiterkeit und Beifall)

So kann sich die ZGF mit ihren knappen personellen Ressourcen verstärkt um die Hilfestellung der Frauenförderung und um die Kontrolle der Umsetzung kümmern.

Meine Damen und Herren, jetzt nun zum vorliegenden Bericht selbst! Er bezieht sich nur auf die Dienststellen des Kernbereichs der öffentlichen Verwaltung. Somit treffen alle Aussagen und Interpretationen nur auf diesen Kernbereich zu. Weiterhin ist es betrüblich, dass es immer noch Dienststellenbereiche gibt, die das Landesgleichstellungsgesetz überhaupt nicht beachten. Die Vorreiterrolle, die der öffentliche Dienst in der Umsetzung der Gleichstellung einnehmen wollte, ist damit schlicht und einfach nicht erfüllt.

Das wird deutlich an den Zahlen der Beförderungen im gehobenen Dienst. Hier wurden bei einem Frauenanteil von 51,5 Prozent nur 30,6 Prozent der Frauen bei der Beförderung berücksichtigt. Ich denke, dass hier nicht nur die Qualifikation eine Rolle gespielt hat. Das zeigt zum Beispiel, dass Frauen in den Seminaren für Führungs- und Führungsnach-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) wuchskräfte zwar unterrepräsentiert sind, ihr Anteil an den Seminaren jedoch höher ist als ihr Anteil an den Leitungsfunktionen insgesamt. Das heißt verkürzt: Es gibt zu wenig Frauen in den Führungs- und Führungsnachwuchsseminaren, aber noch weniger Frauen in den Funktionen.

Ich teile nicht die Meinung, meine Damen und Herren, dass dies ein Indiz dafür sein kann, dass der Frauenanteil in der Zukunft für die Leitungsfunktionen ansteigen wird. Wir Frauen stehen hier nicht in guten Schuhen, sondern die Schuhe drücken hier noch gewaltig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um hier eine nachhaltige und zukunftsorientierte, gerechte Veränderung zu erreichen, muss noch kräftig nachgebessert werden. Eine langfristige Personalplanung, nicht nur für den Anteil der Frauen, sondern auch für eine ausgewogene Altersstruktur, ist hier von Nöten. Wege müssen eröffnet werden, die Frauen kontinuierlich in die Aufstiegsmöglichkeiten einbeziehen.

Frauen sind immer noch bei den befristeten Verträgen überproportional vertreten. Das macht die Planung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig bis zum Teil unmöglich. Gleiches gilt überwiegend auch für die Teilzeitbeschäftigung. Auch hier sind Frauen in der Anzahl die Spitzenreiterinnen. Sie nehmen oftmals einen Karriereknick in Kauf, und Teilzeitbeschäftigung für Führungskräfte wird kaum angeboten. Dies gilt ebenso für die Rückkehr in den Beruf, zum Beispiel nach dem Erziehungsurlaub.

(B) Doch nun einiges zu den Frauenförderplänen: Die zunehmende Zahl von Dienststellen, die Frauenförderpläne erstellt haben, ist zwar positiv zu sehen, jedoch enthalten die wenigsten Zeit- und Zielvorgaben. Doch Frauenförderpläne dürfen nicht nur Makulatur sein. Ohne Zeit- und Zielvorgaben ist eine Überprüfung der Einhaltung ziemlich sinnlos, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es besteht die Gefahr, dass Frauenförderpläne ohne diese Messinstrumente zur Alibifunktion verkommen. Frauenbeauftragte sollen diese Frauenförderpläne nicht erstellen. Nein, die Führungsebene einer Dienststelle oder eines Betriebes ist für den Inhalt und auch für die Umsetzung verantwortlich. Deshalb hat es Logik, wenn ich fordere, dass das Landesgleichstellungsgesetz in die Aus- und Weiterbildung einbezogen werden muss. Frauenförderpläne sind nicht der Streusel auf einem Kuchen. Streusel dient der Optik, und auf eine solche Optik können wir Frauen verzichten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Frauenförderpläne sind das Instrument, das zur Entwicklung einer Geschlechterdemokratie von Nöten ist. Frauenbeauftragte können ihre Arbeit nicht nebenbei machen, meine Damen und Herren. Die zwingende Aufgabe von Dienststellenleitungen ist es, den Frauenbeauftragten den zeitlichen Rahmen und die notwendigen Informationen einzuräumen und die Möglichkeit, an allen Frauen betreffenden Entscheidungen tief teilzunehmen. Dies muss endlich ein Selbstverständnis werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin hat der Parlamentsausschuss den Senat aufgefordert, Vorschläge zu erarbeiten für Dienststellen, die das Landesgleichstellungsgesetz nicht oder kaum berücksichtigen. Wird daran gearbeitet?

Doch nun, meine Damen und Herren, zu dem großen Problem, das mit der Ausgründung entsteht! Mit Ausgründung meine ich den auch in Bremen so beliebten Prozess der Verlagerung von kommunalen Aufgaben auf neu gegründete Gesellschaften. Dieser Prozess findet in großem Stil statt, wie wir alle wissen. Überall, wo Ausgründungen stattfinden, haben die schwer erkämpften Frauenförderpläne keine Anwendung mehr. Gerade dann, als sich Frauenförderung im öffentlichen Bewusstsein in Form von Gleichstellungsplänen endlich durchgesetzt hatte, wurden diese Institutionen bereits wieder von einer anderen Realität eingeholt. Da kann der öffentliche Dienst noch so viel Vorbildfunktion haben, wenn der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer weiter sinkt und der Anteil in den bremischen Gesellschaften immer weiter steigt, müsste doch hier eingegriffen werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann muss überlegt werden, wie Frauenförderung in den Gesellschaften verbindlich verankert werden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Jetzt noch ein zweiter Aspekt desselben Problems! Zum Teil finden ja nicht einmal Ausgründungen in Gesellschaften statt, sondern es werden verstärkt Aufträge an private Anbieter vergeben. Dazu ein Beispiel, das uns allen durch die Medien in den letzten Wochen bekannt wurde, das Beispiel der Reinigungskräfte! Da wird nach dem Motto, billiger putzt besser, der Tarifvertrag Innenreinigung gekündigt, gekündigt mit der Konsequenz, dass keine Neueinstellungen im öffentlichen Dienst vorgenommen werden. Stattdessen werden Fremdreinigungsfirmen eingesetzt. Hier gibt es dann keine Frauenförderpläne mehr, die zum Beispiel dafür sorgen, dass Arbeitszeiten familienverträglich gestaltet werden kön-

(A) nen oder dass die Reinigungskräfte an Fortbildungsveranstaltungen und Weiterbildung teilnehmen können. Aber dies genau wäre notwendig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass uns die positiven Entwicklungen in dem Bericht nicht entgangen sind wie zum Beispiel, dass sich der Frauenanteil bei den Neueinstellungen erhöht hat. Schön, aber das Gesetz ist ja auch schon zehn Jahre alt, und wir Frauen müssen immer noch die Einhaltung und die konsequente Umsetzung einklagen, und das machen wir auch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb dürfen Sie auch in Zukunft mit uns rechnen.

Die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes ist Aufgabe des gesamten Senats, meine Damen und besonders meine Herren. Deshalb möchte ich hier und heute anregen, dass beim nächsten Mal der Präsident des Senats den Bericht vorstellt. Ich würde mich darüber freuen. — Ich bedanke mich vielmals!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wulff.

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden mir erlauben, zu Beginn meines Beitrags aus einem Artikel des Grundgesetzes sowie aus der bremischen Landesverfassung zu zitieren. Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes lautet wie folgt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Auch die bremische Landesverfassung erhebt in Artikel 2 folgendes Postulat: „Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Das Land, die Stadtgemeinden und die anderen Träger der öffentlichen Verwaltung sind verpflichtet, für die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter in Staat und Gesellschaft durch wirksame Maßnahmen zu sorgen.“ Ich betone das Wort „wirksam“.

Wenn sich auch die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen für die Gleichberechtigung der Geschlechter im zwanzigsten Jahrhundert grundlegend verbessert haben, gilt es auch auf diesem Gebiet festzustellen, Recht haben und Recht bekommen sind oftmals zweierlei Dinge!

Meine Damen und Herren, das Gesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst

des Landes Bremen, das so genannte Landesgleichstellungsgesetz, wird in diesem Jahr zehn Jahre alt.

(Beifall bei der SPD)

Es wurde im November 1990, übrigens noch von einer Bremischen Bürgerschaft mit absoluter Mehrheit der SPD, verabschiedet.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es auch, hervorgerufen durch das bekannte damalige „Kalanke-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs, Irritationen gab und 1998 allerdings eine nur kleine Änderung in Paragraph 4 vorgenommen wurde, hat sich unserer Auffassung nach das Landesgleichstellungsgesetz im Großen und Ganzen bewährt. Von seiner Zielsetzung haben wir nichts zurückzunehmen, seine praktische Umsetzung jedoch kann verbessert werden.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt sollten wir bei der Debatte aber nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, dass es sich um ein Gesetz für den öffentlichen Dienst handelt und entsprechende Vorschriften für die Privatwirtschaft weitgehend fehlen. Es sprechen folgende Zahlen für sich: Im Kernbereich des bremischen öffentlichen Dienstes waren 1997 zirka 11.000 Mitarbeiterinnen beschäftigt. Damit betrug die Frauenquote 50,7 Prozent. Beim größten privaten Arbeitgeber in Bremen beträgt der Frauenanteil ausweislich eines Firmenprospektes demgegenüber nur etwas mehr als fünf Prozent. Ich meine, damit hat dieser große Betrieb tatsächlich nur einen Stern in seinem Firmenzeichen verdient und nicht etwa vier oder fünf Sterne.

(Beifall bei der SPD)

Nun aber zurück zum vorliegenden Personalcontrollingbericht für den bremischen öffentlichen Dienst! Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Senats von 1997, in dem er erstmalig den Senator für Finanzen gebeten hat — bisher wurden die Berichte nämlich von der ZGF erstellt —, die vom Landesgleichstellungsgesetz geforderte Datenaufbereitung für das Land und die Stadtgemeinde Bremen ab 1998 in die Jahresberichte zum Personalcontrolling einzubeziehen. Weiterhin begrüßen wir die Ankündigung, dass die Betriebe nach Paragraph 26 Absatz 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung, also Eigenbetriebe, und die Sonderhaushalte nach Paragraph 15 Landeshaushaltsordnung sowie die Berichte über die Zustände in der Stadtgemeinde Bremerhaven ab 2000 in die Berichterstattung regelmäßig einbezogen werden sollen.

(C)

(D)

(A) Es ist festzustellen, die Datenlage hat sich insgesamt verbessert. Hat sich aber damit auch die tatsächliche Lage der Frauen im öffentlichen Dienst verbessert? Ich möchte positiv erwähnen, dass die Ausbildungsquote, was die Mädchen betrifft, 54,1 Prozent beträgt. Das ist sicherlich ein sehr positiver Effekt, der eingetreten ist. Auch die Situation bei den Neueinstellungen hat sich in den letzten Jahren verbessert. So beträgt der Anteil der Mitarbeiterinnen im Alter unter 35 Jahren sogar 61,3 Prozent, und es ist abzusehen, dass dadurch der Frauenanteil in den nächsten Jahren steigen wird.

Negativ möchte ich vermerken, dass nur 11,2 Prozent der Mitarbeiterinnen im höheren Dienst beschäftigt sind. Hier gibt es noch einiges zu tun! Man sieht das auch daran, dass nur 22,5 Prozent der Leitungsfunktionen von Frauen wahrgenommen werden. Die einzige Ausnahme dabei ist der Bereich des Lehrpersonals. Dort beträgt der Frauenanteil bei den Leitungsfunktionen 38,6 Prozent. Das liegt daran, dass es eben viele Schulleiterinnen gibt. Insgesamt gibt es in dem Bereich noch viel zu tun!

(B) Außergewöhnlich ist, dass wir heute im Plenum den Bericht bereits debattieren. In der Vergangenheit haben wir immer erst im Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau dieses Thema beraten und dann dem Plenum einen Bericht des Ausschusses mit einer Beschlussempfehlung vorgelegt. Ich möchte darum seitens der Koalitionsfraktionen beantragen, dass wir den heutigen sehr umfangreichen Bericht und Anlagenband zum Personalcontrolling, Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes, zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau überweisen. Wir werden dann die Detailfragen hier in einer weiteren Debatte ausführlich erörtern können. — Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Ich bitte Sie, keine Gespräche im Parlament zu führen! Das können Sie nachher beim Kaffeetrinken machen!

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist in der Tat der erste Bericht dieser Art, der in einem Land der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt worden ist. Weil das so ist, haben wir und unsere Mitarbeiter die Ehre, zu der nächsten Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten eingeladen zu werden, um dieses Pilotprojekt mit seinen besonderen Kennziffern, in dieser Qualität der Datenverarbeitung und -aufarbeitung vorzustellen, weil die Gleichstellungs-

beauftragten der Länder diesen Bericht als besonders vorbildlich betrachten und gern erreichen wollen, dass andere sich an diese Form des Berichtswesens anpassen. So viel vielleicht zu der Qualität des Berichts!

(Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich etwas zu den realistischen Bewertungen sagen, damit man nicht immer so ritualisierte Debatten darüber führt, dass man hinterher nicht mehr erkennen kann, was denn nun gut und was schlecht ist!

Ich glaube, einer der ganz entscheidenden Indikatoren sind ein paar Zahlen, die man einfach sehen muss. Einige sind genannt worden. Wir haben zurzeit von unseren 23.362 Beschäftigten 11.856 Frauen, das bedeutet 50,7 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wenn Sie das mit dem Frauenanteil der Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft vergleichen, so liegt dort der Frauenanteil bei 43,7 Prozent, bei uns in Bremen im öffentlichen Dienst bei 50,7 Prozent. Es gibt eine weitere Zahlenrelation, auf die Frau Wulff eben schon hingewiesen hat, die besonders wichtig ist, denn die Frage ist doch, wenn wir einmal ein bisschen ehrlich und vernünftig miteinander umgehen wollen, wie wir den Frauenanteil erhöhen können. Das geht doch wohl nur durch Neueinstellungen.

(D) Wenn Sie sich das ansehen und sich vergegenwärtigen, dass der Frauenanteil bei den unter Fünf- unddreißigjährigen im öffentlichen Dienst bei 61,3 Prozent liegt und der Frauenanteil bei den über Fünf- undfünfzigjährigen bei 43,4 Prozent liegt, dann kann ich Ihnen glaubwürdig versichern, die letzte Zahl werden wir nicht verändern können, weil wir keine fünfundfünfzigjährigen Frauen zusätzlich in den öffentlichen Dienst einstellen. Wir werden nur die Zahl von 61 Prozent Frauenanteil bei den unter Fünf- unddreißigjährigen durchwachsen lassen können. Wenn wir bei der Einstellungsquote bleiben, dann wird mit Sicherheit in zehn Jahren der Gleichstellungsbeauftragte ein Mann sein.

Das ist so, meine Damen und Herren! Ich sage das in dieser Eindeutigkeit, weil ich einfach glaube, wir müssen sehen, was getan wird und was nicht getan wird. Wenn Sie sich den Anteil der Führungskräfte ansehen, dann haben wir bei uns einen Anteil von 22,5 Prozent. In der gewerblichen Wirtschaft liegt der Anteil bei 13 Prozent. Deshalb ist es so, relativ gesehen, dass man immer sagen kann, wir haben das Ziel, die Parität, noch nicht erreicht. Woran liegt denn das bitte schön? Warum ist das bei den unter Fünf- unddreißigjährigen so? Warum haben wir bei den unter Fünf- unddreißigjährigen auch bei den Hochschulabsolventen und bei der Einstellung in den höheren Dienst inzwischen eine ausgeglichene Quote mit im letzten Jahr sogar einem Überhang an weiblichen Arbeitskräften im akademischen Bereich

(A) und damit für den höheren Dienst? Weil heute natürlich mehr Frauen im Verhältnis zu früher, bei den über Fünfundfünfzigjährigen sieht man das in der Statistik sehr genau, gleichwertige Hochschulabschlüsse machen!

Bei der Zahl gleichwertiger Hochschulabschlüsse mit der Tendenz zu einer Erhöhung der Frauenquote, im Verhältnis zu dem Männeranteil sind wir jetzt bereits über 50 Prozent, bedeutet das natürlich, dass von unten nicht nur Reinigungskräfte sozusagen weiblicherseits, die den größten Anteil der Arbeiter ausmachen und deswegen den Frauenanteil bei den Arbeitern so groß machen, einsteigen, sondern dass hier natürlich in die Führungsfunktionen, und zwar bereits mit dem Ausbildungsabschluss in den höheren Dienst eingestiegen wird mit der sich daraus ergebenden Erwartung, dass ein so proportional ausgeglichener Einstieg in den höheren Dienst auch vermutlich zu einer proportionalen Besetzung von Führungspositionen in der Zukunft kommt.

Wir haben nach wie vor die Situation, die ich beklage, meine Damen und Herren, aber die man der Sachlichkeit wegen auch zur Kenntnis nehmen muss, wenn wir Abteilungsleiterstellen in A 16 oder der B-Besoldung ausschreiben, ist der Anteil zwischen männlichen und weiblichen Bewerbern zehn zu eins. Der Bewerber, nicht der Entscheidungen! Diesen Sachverhalt kann ich nicht beliebig umdrehen, sondern er wird sich herauswachsen. Worauf wir Einfluss haben, das ist die Frage der Neueinstellungen, das ist die Frage der Personalauswahl, die wir betreiben. Ich glaube, dass wir für diese Art der Personalauswahl, für die Auswahl der Arbeitskräfte mit akademischem Abschluss und der Einstellungen wenig Tadel verdient haben.

(B) Wenn wir heute sagen, wir haben eine Frauenquote bei den unter Fünfunddreißigjährigen von über 60 Prozent und das eingedenk der Tatsache, dass wir in den großen Personalkörpern, zum Beispiel bei der Polizei und der Feuerwehr, naturgemäß einen niedrigeren Frauenanteil als Männeranteil haben —

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür haben wir im Lehrerbereich naturgemäß einen höheren!)

Insbesondere bei den Grundschullehrern! Auch dort ist es so, dass wir gern im Grundschulbereich eine Erhöhung des Männeranteils hätten und dass wir natürlich auf der anderen Seite auch sehen, dass wir in verschiedenen Bereichen, wie bei der Polizei, ein erhebliches Anwachsen des Frauenanteils haben. Von 1993 bis 1997 hat sich der Frauenanteil verdoppelt, innerhalb von vier Jahren! Wir haben in den letzten zwei Jahren außerordentlich hohe Frauenanteile auch bei der Polizei eingestellt. Wir werden dies auch weiter tun. Nur stellt sich am Ende die Frage, ob die Frage der Gleichstellung ganz prin-

zipiell bedeuten muss, dass jedes Berufsbild, das ja ganz unterschiedlich geprägt ist, nicht auch durchaus geschlechtliche Präferenzen haben darf.

(C) Ich halte es für relativ normal, dass wir bei der Polizei einen höheren Männeranteil haben und bei den Grundschullehrern einen höheren Frauenanteil haben. Ob das in diesen Scheren auseinander gehen muss, die wir in der Vergangenheit hatten, ist eine ganz andere Frage. Worum es mir geht, meine Damen und Herren, ist schlicht das Augenmaß. Worum ich bitte, ist, dass wir auch dort, wo wir sozusagen wirklich gut sind im Ländervergleich, das auch anerkennen. In dem Bereich der Frauenanteile in der Ausbildung, bei den jungen Einstellungen, bei den Hochschulabgängern sind wir vorbildlich, und auch in der Frage der Führungskräfte sind wir im Ländervergleich Spitzenreiter. Deshalb kann ich doch nicht immer so tun, als seien wir in diesen Dingen überdurchschnittlich schlecht! Wir sind überdurchschnittlich gut in dieser Frage!

(Beifall bei der CDU)

Weil das so ist, stört es mich natürlich nicht, wenn die Vertreter der Grünen sich als die Spezialisten für schlechte Stimmung präsentieren. Wir sind sicherlich die Spezialisten für bessere Stimmung!

(Beifall bei der CDU)

(D) Wir haben vor allen Dingen den großen Vorteil, dass die Fakten und die Daten für uns sprechen, und das wird auch in Zukunft so sein!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Es ist beantragt worden, den Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes zu überweisen, wenn ich das richtig verstanden habe, an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau zur Beratung und Berichterstattung.

Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist das somit einstimmig beschlossen. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es ist fast 12.45 Uhr. Wir hatten gestern das gleiche Problem, aber ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.44 Uhr)



- (A) Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.32 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Landesbreitbandnetz in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen
der SPD und der CDU
vom 26. Januar 2000
(Drucksache 15/182)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/205)

Wir verbinden hiermit:

Zukunft des Landesbreitbandnetzes in Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft sichern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Februar 2000
(Drucksache 15/222)

Als Vertreter des Senats Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

- (B) Herr Senator, möchten Sie die Antwort auf die Große Anfrage hier mündlich vortragen? — Das ist nicht der Fall.

Es erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen. — Das ist der Fall.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Pünktlich zum Beginn der CeBIT befasst sich dieses Haus, ein modernes Haus, mit einem innovativen Thema. Da der Herr Senator darauf verzichtet hat, die Antwort des Senats mündlich vorzutragen, möchte ich gleich noch einige Erläuterungen zum Landesbreitbandnetz in vereinfachter Form geben.

Es kommt heute darauf an, politisch richtige Entscheidungen für die Zukunft zu treffen und auch für die Zukunft des Landesbreitbandnetzes und der sie managenden Gesellschaft Bremen Brightline Projekte GmbH. Ich werde den Namen dieser Gesellschaft im Fortlauf mit BBL abkürzen. Was ist nun das Landesbreitbandnetz? Das Landesbreitbandnetz ist eine Netzinfrastruktur, die durch Anmieten und Zusammenschalten von Glasfaserleitungen entstanden ist. Es verbindet in Bremen und Bremerhaven die wichtigsten Institutionen der Wissenschaft und auch große Unternehmen. Sie können das in der Antwort des Senats in der Anlage eins nachlesen.

Diese genannten Glasfaserleitungen, und jetzt machen wir auch noch einen kleinen Englischkurs, werden von unterschiedlichen City Carriern angemietet. City Carrier sind Telekommunikationsunternehmen oder Netzanbieter. Im vorliegenden Fall des Landesbreitbandnetzes befinden sich Leitungen von der Telekom, von der Nordkom, von der Brekom und jetzt EWE TEL, früher ÜNH, im Eigentum dieser Netzanbieter. Dies sage ich deshalb so deutlich, falls jemand auf den Gedanken kommt, man könne nun das Landesbreitbandnetz verkaufen. Was einem nicht gehört, kann man nun einmal nicht verkaufen!

Leider muss ich jetzt auch noch ein bisschen technischer werden, aber ich hoffe, es interessiert Sie trotzdem. Die Übertragung auf diesem Landesbreitbandnetz, man nennt es ja auch Datenautobahn, erfolgt mit einer Geschwindigkeit von 155 Megabit pro Sekunde.

(Abg. Frau **L e m k e - S c h u l t e** [SPD]:
Wahnsinn! Was heißt das?)

Wahnsinn ist das erst, wenn ich Ihnen erkläre, dass die Ihnen sicherlich bekannten ISDN-Leitungen eine Übertragungsgeschwindigkeit von 64 Kilobit pro Sekunde haben, erst dann wird der Unterschied deutlich. Wieder ein kleiner Hinweis für Techniker: Sollten jetzt einige auf die Idee kommen, dieses Landesbreitbandnetz sei technisch schon längst überholt, denn es gibt ja inzwischen auch ADSL-Leitungen mit einer Übertragungsrate von neun Megabit pro Sekunde, die wesentlich günstiger ist, so muss ich dazu sagen, diese ADSL-Leitungen sind Zugangsleitungen und mit einem Landesbreitbandnetz als Infrastruktureinrichtung nicht zu vergleichen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es kommt hinzu, und das möchte ich auch noch erklären, dieses Landesbreitbandnetz ist eine Kommunikationsplattform. Das heißt, die dazugehörige Gesellschaft, die zwar erst später gegründet worden ist, verwaltet eine Telekommunikationsplattform, und diese Telekommunikationsplattform ist ein Weg für Bremens Zukunft und dient auch der Regionalentwicklung in diesem Bundesland. Es integriert Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Diese lange bestehende Forderung, Wirtschaft und Wissenschaft zu verbinden, Wirtschaft und Wissenschaft kooperieren zu lassen, wird nun wirklich erst mit diesem Landesbreitbandnetz und mit dieser Infrastruktur erfüllt.

(Beifall bei der SPD)

In seiner Antwort geht der Senat davon aus, dass im Zuge der Privatisierung des Kabelnetzes der

(C)

(D)

- (A) Deutschen Telekom künftig Breitbandigkeit von Privaten angeboten werden kann, und sieht zudem das Landesbreitbandnetz in einem ordnungspolitisch problematischen Wettbewerb zu privaten Anbietern. Dieser Annahme liegen nach Meinung der SPD-Fraktion Fehleinschätzungen zugrunde, was ich jetzt darlegen möchte.

Es ist festzustellen, dass Breitbandigkeit nur dort von den so genannten City Carriern angeboten wird, wo diese Carrier einen Markt, sprich Umsatz, vermuten. Für die Deutsche Telekom sind Bremen und Bremerhaven nicht Zielgebiet mit oberster Priorität. Für Bremerhaven war sogar zunächst angedacht, Breitbandigkeit erst 2003 anbieten zu können. Ich darf dazu mit Genehmigung des Präsidenten aus der Zeitschrift „Net-Investor“ 12/99 zitieren: „Die Deutsche Telekom behält sich vor, die zur Verfügung stehenden Bandbreiten künstlich zu reduzieren.“ Aktuell konnte man gestern der Presse entnehmen, dass die Telekom ihre Breitbandnetze in Nordrhein-Westfalen verkauft hat. Das wäre ja nun wirklich eine Schande, wenn wir unsere Unternehmen, die künftig auf Breitbandigkeit angewiesen sind, von unternehmerischen Entscheidungen der Netzanbieter abhängig machten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Besonders schlimm würde ich das finden, weil gerade mit solch einem Netz auch Bremerhaven die Anbindung an das Land findet, die es verdient.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es ist nun in der Vergangenheit gerade ein Unternehmen aus Bremerhaven gewesen, das dieses Landesbreitbandnetz in besonderer Weise nutzen konnte, Produkte darauf entwickeln konnte und ein Produkt so anbieten konnte, dass die Telekom es weltweit vermarktet

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Und auf der
CeBIT einen Stand hat!)

und auf der CeBIT einen Stand hat, wie ich gerade gehört habe.

Es reicht auch nicht aus, potentiellen Nutzern ein schnelles Netz zur Verfügung zu stellen. Im Unterschied zu ISDN-Leitungen mit Internet kann ein Unternehmer nach Anschluss an ein Landesbreitbandnetz nicht jubeln: Ich bin drin! So einfach ist das nicht! Ein Landesbreitbandnetz eignet sich auch nicht für den privaten Nutzer. Nun würde ich das gern Herrn Eckhoff erklären,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

der in seinem Papier zu Online-City davon spricht, auch Studenten an das Landesbreitbandnetz anzuschließen. Das ist natürlich völlig überflüssig. Ich darf nur darauf hinweisen, dass fast alle Studentenwohnheime zurzeit mit ISDN-Leitungen versehen sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Studenten können online surfen. Eine Schwierigkeit wird sich künftig erst dann ergeben, wenn das deutsche Forschungsnetz, über das die Studenten zurzeit kostenlos surfen können, die Mietverträge ändert, das heißt, Mitte des Jahres werden diese Mietverträge mit dem deutschen Forschungsnetz auslaufen. Wenn man dann über dieses Netz regionale Kommunikation betreiben möchte, müssen wir Leitungen nehmen, die über Oldenburg gehen und zurück nach Bremen kommen. Das könnte man sich ersparen mit der Fortführung der Infrastruktur Landesbreitbandnetz.

Nun weg von der Wissenschaft hin zur Wirtschaft! Es geht auch um die Gesellschaft BBL, die ich zu Beginn meiner Rede genannt habe. Diese Gesellschaft managt das Netz, hat sehr viel mehr Aufgaben, wie Sie der Antwort des Senats entnehmen können, und muss Unternehmen, die Breitbandigkeit nutzen wollen, Hilfeleistung bieten. Das ist ganz anders als bei ISDN-Leitungen. Unternehmen, die an ein solches Landesbreitbandnetz angeschlossen sind oder die sich Breitbandigkeit von irgendeinem Netzanbieter mieten, können nun nicht miteinander kommunizieren, weil die Netze unterschiedlicher Anbieter nicht kompatibel sind. Es muss also eine Plattform geschaffen werden, die diese Kompatibilität herstellt.

Darüber hinaus schafft es diese Gesellschaft BBL, Nutzergruppen zu bilden, ich denke da an Themen wie Telelearning, gestern haben wir von lebenslangem Lernen gesprochen, das gehört dazu, Telemedizin, Vitapolis ist da ein Thema, das künftig in unserem Bundesland wichtig wird, oder auch im Zusammenhang mit der internationalen Universität die Ansprüche an das Internet zwei mit zwei Gigabit Übertragungsleistung. Es ist auch ein Unterschied, ob wir Unternehmen in Bremen haben, ich nenne vielleicht Dasa und DaimlerChrysler, die natürlich selbstverständlich für sich allein an ein Landesbreitbandnetz angeschlossen sind. Sie haben weltweit die entsprechenden Partner, mit denen sie kommunizieren können, aber das können wir nicht auf den Bereich kleine und mittlere Unternehmen übertragen. Ich bin der Meinung, kleine und mittlere Unternehmen sind immer noch die Zielgruppe unserer Wirtschaftsförderungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch hinzuzufügen, dass mit kleinen und mittleren Unternehmen nicht nur die gemeint sind,

(C)

(D)

- (A) die in der Kommunikationsbranche tätig sind. Es sind auch die Unternehmen gemeint, Handwerker, alle möglichen, die künftig auf diese Netze angewiesen sind. Die müssen wir zukunftsfähig machen, damit sie im Wettbewerb bestehen können, insbesondere dann, wenn sie Zulieferbetriebe für große Unternehmen sind.

Ich antworte vielleicht immer auf Vorwürfe, die im Gespräch um das Landesbreitbandnetz entstehen. Dann gibt es Aussagen, dieses Landesbreitbandnetz sei ja schon längst überholt. Technisch gebe es schon wieder etwas ganz anderes. Gerade die Gesellschaft BBL befasst sich im Moment mit Neuerungen, mit neuen Kommunikationswegen, terrestrische Wege sind das, das heißt Funksteuerung, Fernsteuerung, Funkleitungen.

Ich möchte noch einmal auf die Antwort des Senats zurückkommen. Mir ist gänzlich unverständlich, dass der Senat sagt, da das Landesbreitbandnetz bisher eine Test- und Demonstrationsplattform war, hat die Wirtschaft sich nicht bereit erklärt, daran teilzunehmen. Es ist aus meiner Sicht genau umgekehrt. Nur mit so einer Testplattform war es eigentlich möglich, neue Unternehmen mit dieser Technik vertraut zu machen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass bisherige Mittel der Wirtschaftsstrukturpolitik einfach nicht anwendbar sind auf neue Technologien. Man kann nicht nur Projekte fördern, ein bisschen Geld bereitstellen und hoffen, das läuft schon. Das klappt eben nicht!

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Frau Kollegin, ich mache es ungern, weil es Ihre erste Rede ist, aber achten Sie bitte auf die Redezeit!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Ich lege los und bin auch gleich am Ende! Ich möchte erwähnen, dass ich gar kein Verständnis dafür habe, dass dann ein Multimediereferent in der Presse davon spricht, dass das Landesbreitbandnetz eine Spielwiese der Wissenschaft ist. Es kommt darauf an, neue Technologien und auch dieses Landesbreitbandnetz in die Wirtschaftsstrukturpolitik aufzunehmen. Es muss dort verankert werden, es muss im WAP verankert werden, es muss im ISP verankert werden und eine Finanzierung erfahren. Es geht eben nicht, nur Flächen auszuweisen, wir haben das vorhin im Beitrag von Herrn Röwekamp zum Carl-Schurz-Gelände gehört, da kann ich sagen, es gibt ein Unternehmen, das sich gern dort ansiedeln möchte, aber nur unter der Bedingung, dass es einen breitbandigen Anschluss erhält. Nach 16 Jahren WAP, das können wir aus anderen Bereichen lernen, ist es auch einmal nötig umzudenken!

Wir unterstützen also die Aussage des Senats, das Landesbreitbandnetz so lange zu finanzieren, bis ein Privater dies zu gleichen Konditionen und Dienstleistungen kann. Ich gehe nicht davon aus, dass dies bald der Fall sein wird. Im Übrigen, was soll denn ein Kompetenzzentrum für breitbandige Leistungen, wenn man das Landesbreitbandnetz dazu nicht erhalten will?

Erlauben Sie mir, Herr Präsident, zu dem Antrag der Grünen! Es ist ja nun einmal nicht zu ändern.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ich gebe mich für dieses Mal geschlagen, Frau Kollegin! — Bitte schön!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Ich und wir als SPD-Fraktion lehnen den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ab, nicht naturgemäß und auch nicht, weil ich das muss, sondern aus Überzeugung, weil ich glaube, dieser Antrag ist ein Schnellschuss, den wir lieber noch einmal im Ausschuss behandeln sollten. Er erfasst nicht den Kern. Er trifft zwar in der Überschrift den Kern, behandelt dann aber nur die Gesellschaft und weniger das Landesbreitbandnetz. Insofern bitte ich, dass wir uns dann im Ausschuss lieber noch einmal darüber unterhalten. — Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Frau Kollegin, war das ein Antrag auf Überweisung?

(Abg. Frau **Busch** [SPD]: Nein!)

Danke!

Das Wort hat der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Land hat frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt. Bereits 1996 wurde mit dem Angebot breitbandiger Übertragungswege das Landesbreitbandnetz ins Leben gerufen, und wir waren damit anderen Regionen und Städten weit voraus. Bremen betreibt damit, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, eben jenen Strukturwandel, den Sie eben in einer Debatte angeblich noch vermisst haben, den Sie aber gerade auch an diesem Beispiel sehen können. Wir reden eben nicht von Breitbandstraßen in irgendwelchen Stahlwerken, wie ein Kollege hier eben sagte, sondern jetzt von der Breitbandautobahn, vom Breitbandnetz.

Ich gratuliere denjenigen, die auch bei uns das eine oder andere dicke Brett bohren mussten oder den einen oder anderen dicken Betonstapel, um die

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) se Dinge ins Leben zu rufen. Man kann es eben nicht so einfach anfassen wie manche Dinge, sondern die Erfolge sind sozusagen im Verborgenen und oft mehr virtuell und nicht so physisch anfassbar. Was zunächst nach der technischen Bereitstellung einer Infrastruktur aussah, ist längst ein sehr komplexes Gebilde geworden aus Projektakquisition und -durchführung, Beratung, Betreuung, Öffentlichkeitsarbeit, also weit mehr, als nur die Zurverfügungstellung von Technik!

Wir müssen sicherlich regelmäßig überprüfen, ob das wirtschaftspolitisch Gewollte eigentlich auch erreicht wurde. In der Antwort des Senats sind ja eine Reihe von Projekten auch aufgezeigt worden, die initiiert wurden. Ordnungspolitisch ist gerade bei einer solchen, ich nenne es einmal staatlichen Veranstaltung — noch ist es doch eine rein staatliche Veranstaltung — zu prüfen, ob sich nicht vielleicht auch eine Eigendynamik ergibt und man sich mit sich selbst beschäftigt. Darüber müssen wir nachdenken.

Das Ziel des Landesbreitbandnetzes — das ist wirklich das eigentliche Ziel — ist es, eine kritische Masse zu generieren. Kritische Masse bezeichnet das, was notwendig ist, um vorhandene technische Strukturen und Anwendungen zur Marktfähigkeit zu entwickeln. Das ist das eigentliche Ziel, und wir müssen Firmen und Institutionen eine geeignete Infrastruktur anbieten, das ist auch eben gesagt worden, auch gerade kleinen und mittelständischen Betrieben. Das sind die eigentlichen Aufgaben dieser Gesellschaften, insbesondere aber auch der Bremen Briteline.

(B) Unsererseits gilt es immer wieder, drei Messpunkte anzulegen, an denen sich diese Gesellschaften auch messen müssen: Wir müssen erstens offen sein für private Beteiligung künftig an der Gesellschaftsstruktur. Ich denke, das ist wichtig. Wir müssen zweitens sicherstellen, und der Senat legt darauf auch Wert, dass keine Wettbewerbsverzerrung stattfindet. Möglicherweise gibt es demnächst schon bald andere private Anbieter, die sich in gleichem Maße in diesen Feldern betätigen, und auch die einzelnen Projekte müssen natürlich wettbewerbsneutral sein.

Drittens müssen wir — Frau Busch ist darauf eingegangen — die technische Entwicklung betrachten. Es gibt künftig, man kommt sich bei den Begriffen ja schon vor wie ein Abc-Schütze, ADSL und andere Techniken, die auch eingesetzt werden, mit denen wir im Land Bremen umgehen lernen und Beratungskompetenz bündeln müssen. Das ist, denke ich, schon eine wichtige Auflage. Innerhalb dieser drei Messpunkte, innerhalb dieses Rahmens müssen wir, denke ich, auch mittelfristig Planungs- und Investitionssicherheit geben, mehr aber auch nicht. Diese Dinge müssen wir regelmäßig überprüfen.

Meine Damen und Herren, staatliche Gesellschaften wie die BBL zum Beispiel, die darauf ausgelegt sind, eine kritische Masse zu erreichen, sollten sich

eines Tages überflüssig machen. Das kommt bei staatlichen Veranstaltungen eigentlich selten vor, aber das ist letztendlich auch eines Tages das Ziel. Dieser Tag ist noch nicht in Sicht, auch wenn zahlreiche Firmen und Institutionen, es ist gesagt worden, Dasa, Krankenhäuser, Hochschulen und so weiter, an dieses Landesbreitbandnetz angeschlossen sind und für die dieses Netz unverzichtbar ist. Künftig geht es mehr darum, noch Managementstrukturen aufzubauen, eben diese Bereiche Beratung, Betreuung, Testfeldumgebung auszuweiten.

Vieles spricht aber auch dafür, dass wir das im Sinne eines Kompetenzzentrums, wie der Senat es ja auch ankündigt, bündeln. Ich sage nur, egal, ob wir nun Online-City machen oder von Technopolis weiterhin träumen: Wir brauchen eine gebündelte neutrale Kompetenz in Bremen, die sich als Ansprechpartner dafür zur Verfügung stellt und natürlich auch aktiv Akquisition betreibt, und da könnte sicherlich Ausgangspunkt auch diese BBL sein.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Grünen! Frau Stahmann, Sie machen einen fatalen Fehler in Ihrem Antrag. Sie reden nur von Strukturen. Das ist eigentlich ungewöhnlich. Ich bin nicht bereit, auch wenn Sie vielleicht das Ziel haben, das wir haben, Private an dieser Gesellschaft irgendwann zu beteiligen, möglichst bald sicherlich, da schon so einen Proporz festzuschreiben. Ich finde, das greift etwas kurz.

Im Übrigen — das nur am Rande — wäre der Senat nicht gegenüber dem Parlamentsausschuss verpflichtet. Das Geld kommt immer noch woanders her. Entweder berichten wir gegenüber der Bürgerschaft oder der Deputation für Wirtschaft und Häfen, da gehört es nämlich eigentlich hin. Insofern sind das auch formale und inhaltliche Gründe, die gegen den Antrag der Grünen sprechen. Wir lehnen den Antrag daher ab.

Meine Damen und Herren, wir werden in Kürze das noch weiter vertiefen, denn wir wollen hier nicht isoliert — und auch deshalb macht ein solcher isolierter Antrag keinen Sinn — über das eine oder andere Projekt entscheiden. Wir werden in Kürze hier in dieser Runde über das Landesprogramm Informations- und Mediennutzung reden. Wir wollen darüber reden, wie die Projekte in Bremen miteinander vernetzt sind und miteinander zu tun haben, und wir wollen nicht irgendwelche einzelnen Baustellen hier behandeln. Insofern gehört dieses Landesbreitbandnetz und alles, was sich darum künftig entwickelt, auch noch einmal in eine Debatte in den nächsten Wochen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

(C)

(D)

(A) Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *) : Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein älterer Herr, der im neunzehnten Jahrhundert lebte, verlangte von seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern: Wenn eine Sache populär ist, prüfe sie dreimal! Zwei relativ frisch ausgegründete Gesellschaften des Landes Bremen sind hier Thema. Frau Busch hat ja schon wunderbar die Technik dargelegt, und auch die Position der CDU dürfte klar geworden sein. Beide Unternehmen arbeiten stark innovativ in der IuK-Branche, geben Impulse für die regionale Wirtschaftsförderung.

Die Gesellschaft BBL ist eng mit dem Landesbreitbandnetz verbunden, und auch das Landesbreitbandnetz ist mit der X-Gate Projekte GmbH eng verbunden. Diese Verknüpfung ist für die kommende Diskussion sehr wichtig. Es ist angesprochen worden, dass die Zukunfts- und Zugangstechnologie ADSL, SDSL, Funktechnologien, terrestrische oder via Satellit, Richtfunktechnologien im Kommen sind.

Frau Busch hat darauf hingewiesen, und ich möchte das noch einmal betonen, dass das Anwendungen sind, die sich eher auch für Privathaushalte eignen, wenn zum Beispiel irgendwann Videos auf den PC heruntergeladen werden oder Telelearning-Projekte zu Hause vollzogen werden, aber die Verschmelzung und Übertragung von Bild, Ton und Daten braucht breitbandige Anwendung und Übertragung. Eine öffentlich-private Kooperation ist meiner Ansicht nach für BBL lohnenswert. Derzeit ist es ja die hundertprozentige Tochter der Bremer Innovationsagentur, BIA.

(B) Wir Grünen fordern den Senat mit dem vorliegenden Antrag auf, die Entwicklung der ausgegründeten Gesellschaft BBL in eine öffentlich-private Kooperation zu forcieren. Das aus gutem Grund! Ich möchte Ihnen das begründen.

Die Laufzeit des Breitbandnetzes endet zum Jahresende, und die ausgegründete Gesellschaft soll dann noch anderthalb Jahre existieren. Das hat mich etwas verwirrt, als ich die Unterlagen durchgelesen habe. Ein Netz abzubauen erfordert eigentlich eine relativ kurze Zeit. Ich denke, diese Zeit bis 2001 sollte man nutzen, um eine lohnenswerte Perspektive aufzubauen, und damit sollte man auch heute schon beginnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Antwort des Senats enthält mir eindeutig zu viele Ausdrücke wie „gegebenenfalls“, „eventuell“, „wäre möglich“, „wäre denkbar“. Etwa 70 Unternehmen in den Gründerzentren, so habe ich es gelesen, in Bremen und Bremerhaven haben eine eigene Auffahrt auf das Landesbreitbandnetz, was man auch als Datenhighway bezeichnen könnte. Die

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Dasa, das Kongresszentrum, Gewerbegebiet Flughafen, Hochschulen, wissenschaftliche Einrichtungen im Bundesland, auch Schulen sind angebunden. Ich denke, da ist auch noch eine Perspektive, die Senator Lemke interessieren könnte, diese Technologie auch in Verbindung mit den Schulen zu bringen. 20 weitere Firmen in Bremen und Bremerhaven möchten einen Anschluss haben und warten darauf, dass ihnen eine Perspektive angeboten wird, denn endet dieses Projekt, sind sie nicht bereit einzusteigen. Die Zukunft ist ungewiss, und wer steigt schon in etwas ein, wovon er nicht weiß, was da im nächsten Jahr passiert?

Zum Gründungsklima eines Multimediastandortes gehört eine professionelle Beratung, die den Kunden im Auge behält und nicht zuerst nach seinem Portemonnaie schielt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der verstärkte Einsatz von neuen Technologien in den kommenden Jahren wird zeigen, dass eine qualitativ hochwertige Beratung im IuK-Sektor ein nicht zu unterschätzender Faktor ist in der regionalen Wirtschaftsförderung. Der Vorteil bei BBL ist, dass wirklich eine Beratung, ich sage einmal, für ganz einfach gestrickte Leute angeboten wird, aber auch auf ingenieurtechnischem Niveau beraten wird. Das ist für Unternehmen wirklich sehr wichtig.

(D) Heute ist Bremen Briteline ein Kompetenzzentrum. Trennt man das Landesbreitbandnetz ab, überlässt das Feld den privaten Telekommunikationsanbietern allein, werden keine neuen Erfahrungen durch BBL gewonnen. Zur Nutzung wären wesentlich höhere Entgelte als heute fällig, da bin ich mir fast sicher. Die bisherige Kompetenz würde versiegen, ein Kompetenzzentrum BBL wäre wie ein Brunnen ohne Grundwasser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist kurzsichtige Politik! Weitsichtig wäre es, die Hochschulen, Universitäten und die kleinen und mittleren Unternehmen, KMU kurz genannt, hier an Bord zu holen. Das sind diejenigen, die ein Eigeninteresse haben an der Weiterentwicklung dieses Netzes.

Das Landesbreitbandnetz ist ein Testbett. Es ist nicht vor Absturz und Kollaps gesichert. Es ist immer in Entwicklung. Experimente sind erwünscht, und neue Ideen für die Weiterentwicklung sind auch immer wieder erforderlich. Ich denke, es ist mit den Unternehmen genauso wie mit alten und jungen Menschen. Jedes Unternehmen kommt irgendwann in die Lage, über den Einsatz von Multimediotechnologien nachzudenken, und nicht jedes Unternehmen ist finanziell so gepolstert, dass es über ein Konto oder einen Innovationstopf das Know-how für die Einführung dieser Technologien bereitstellen kann.

(A) Oftmals braucht ein Unternehmen eine qualitativ hochwertige Beratung und Zeit zum Ausprobieren und Fehlermachen. Deshalb ist das Landesbreitbandnetz auch so wertvoll in Zusammenarbeit mit dieser Gesellschaft BBL, weil hier genau Zeit und Raum ist, ohne unternehmerisches Risiko neue Potentiale zu erproben und auch manche wieder über Bord zu werfen, um etwas anderes zu versuchen.

Auf der Suche nach Innovationen sind die Unternehmen also, das habe ich eben gesagt, und ich denke, das stärkt auch den Standort Bremen und wirbt für die Stadt nach außen. Vielen Firmen sind die Möglichkeiten dieser Technologien noch längst nicht klar, und mittelständische Unternehmen scheuen die Kosten. Diese Infrastruktur finden wir Grünen natürlich gut, sonst hätte ich diesen Antrag nicht gestellt. Wir sehen im Landesbreitbandnetz ein Instrument zur regionalen Wirtschaftsförderung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir über einen Multimediastandort Bremen reden, gehört für uns diese Informationsinfrastruktur unweigerlich dazu. Breitbandige Kommunikationsnetze, das ist in allen Fachzeitschriften nachzulesen, sind zukünftig ein wichtiger Standortfaktor. Sie dienen auch der Ansiedlung. Ich weiß von Suse Linux, dass sie sich gleich nach dieser breitbandigen Anwendung erkundigt haben. Das stand auch groß in der Zeitung, dass es für Bremen ein großer Erfolg ist, dass diese Firma nun hierher kommt. Ich denke, das wird in diesem Punkt klar geworden sein.

(B) Zur Firma X-Gate möchte ich noch sagen: X-Gate arbeitet im Bereich der Hafenlogistik eng mit Unternehmen der bremischen Transportbranche zusammen als Landesinstrument. Dort wird schon ein Betreibermodell mit einer Drittelparität gemacht. Ich denke, es ist auch nicht nachteilig, sonst wäre es wahrscheinlich schon aufgegeben worden. X-Gate benötigt das Landesbreitbandnetz für seine Kunden aus der Hafenlogistik als Datenautobahn. Das Hochgeschwindigkeitsnetz kann mehr als das normale Telefonnetz und Internet, und, ich sage es noch einmal, ATM-Technologie ist keine Eintagsfliege.

Die Daten werden so übermittelt, dass kein Datenstau eintreten kann. Die Übertragungsgeschwindigkeit ist stets gleich bleibend extrem hoch, für Firmen und Institutionen der genannten Wirtschaft und Wirtschaftsbereiche mehr als attraktiv. Mit Städten wie Amsterdam, Antwerpen, Chicago, Manchester befindet sich Bremen doch in außerordentlich guter Gesellschaft beim Einsatz von breitbandigen Technologien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, es sprechen allerhand Gründe dafür, an die Gründung einer Public private partnership heranzugehen. Wir

Grünen sehen im Landesbreitbandnetz die Chance, den Strukturwandel aktiv zu begleiten, auch wir als Parlament. Das Entstehen neuer Arbeitsplätze durch den Einsatz von Informationstechnologien muss planvoll gefördert werden. Synergien von Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand vermögen in diesem Fall mehr zu leisten als einer allein, und ich glaube und möchte es noch einmal betonen, BBL hat sich mit dem Landesbreitbandnetz einen Namen gemacht, und ich glaube, es ist wie sonst im Alltag, wenn einer gut arbeitet, kommen auch andere gern dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gehen wir davon aus, dass sich so etwas herumspriecht und nicht nur im Verborgenen glänzt, dann war Bremen Vorreiter und hat sich einen Standortvorteil erarbeitet!

Liebe Fraktionen der SPD und der CDU, ich beantrage hiermit die Überweisung des Antrags an den Ausschuss Wirtschaft und Häfen, Herr Schramm freut sich schon darauf. Es bleibt nur noch die Frage offen, quo vadis, Senator Hattig? — Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alles Wesentliche ist gesagt. Da kann sich der Senator auf das aus seiner Sicht Wesentliche zu einer solchen Investition begrenzen und konzentrieren, und das heißt wirklich: Steuergelder geben wir hinein, wie lange tun wir das, und wie sehr lässt sich der Vorgang rechnen? So gesehen ist eine solche Investition, auch wenn sie strukturverbessernd ist, auch wenn sie einen sehr modernen Touch hat, nüchtern und sachlich zu prüfen.

Herr Jäger, Sie haben völlig Recht, was gewollt ist, und was wir erreicht haben, muss in kürzeren Abständen untersucht werden, als das bei normalen Investitionen der Fall ist, denn die Lebenszeit solcher Investitionen, das gilt sowohl für ihre Chancen als auch für ihre Risiken, ist heute wesentlich kürzer. Das ist ja ein Kriterium einer globalisierten Wirtschaft, die zunehmend international vernetzt ist, dass die Fehler relativ schnell eine Dramatik erreichen, die „tödlich“ werden kann.

Das Breitbandnetz ist eine solche Chance. Deswegen haben wir sie in Bremen bisher genutzt und unterstützt. Es ist ein Standortvorteil, wenn wir es denn richtig machen. Darum sind wir bemüht. Bisher sind vor allen Dingen wissenschaftliche Einrichtungen damit befasst, so etwa die Dasa und auch das Projekt X-Gate. Jetzt geht es darum, an das private Investitionsrisiko und die private Investitionsbereit-

(C)

(D)

(A) schaft zu kommen. Das Netz muss an Private herangeführt werden mit all den Vorbehalten, die dabei zu bedenken sind. Wir dürfen über Steuergelder keine Wettbewerbsverzerrungen herbeiführen. All dies haben wir ja heute Morgen schon in einem anderen Zusammenhang diskutiert, und gegebenenfalls ist auch die Qualität einer solchen Infrastrukturmaßnahme daraufhin zu fragen, wie denn der private Investor bereit ist, die Chancen anzunehmen.

Ich sage noch einmal, um das aufzuwärmen, bedienen wir uns der steuerlichen Möglichkeiten, um gerade für die kleineren und mittleren KMU-Unternehmen einen besseren Zugang zu veranlassen. Aber ich wiederhole, bei so viel Sachverstand im Parlament kann ich mich auf diese Betrachtung begrenzen. Wir werden im Senat die weitere Entwicklung sorgfältig beachten. Wir haben abgesprochen, dass wir für den Sommer über die Zukunft des LBN noch einmal diskutieren werden, dann ein Konzept zur Verfügung haben, so hoffe ich, das ich aus heutiger Sicht kritisch zuversichtlich betrachte. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(B) Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/222 an die Deputation für Wirtschaft und an den Ausschuss für Medienangelegenheiten zu überweisen, wobei die Deputation für Wirtschaft federführend sein soll.

Wer für die so beantragte Überweisung an die Deputation für Wirtschaft und den Ausschuss für Medienangelegenheiten ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Überweisung ab.

Ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/222 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen und
Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats, Drucksache 15/205, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Versorgungsstrukturen für Diabetiker im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen
der SPD und der CDU
vom 27. Januar 2000
(Drucksache 15/185)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000

(Drucksache 15/206)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Hoppensack.

Frau Senatorin, wünschen Sie die Antwort des Senats hier mündlich vorzutragen? — Das ist nicht der Fall.

(D)

Wird eine Aussprache gewünscht? — Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Markus.

Abg. Frau **Markus** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Krank sein bedeutet häufig Verzicht. Chronisch krank sein heißt vielfach lebenslanger Verzicht auf die Dinge, die für uns selbstverständlich sind: keine spontanen Genüsse, leben nach festem Zeitplan, abhängig sein von Medikamenten. Ziel von Gesundheitspolitik muss es daher sein, so weit wie möglich zur Lebensqualität chronisch Kranker beizutragen und alles zu tun, um die Gefahr von Zusatz- und Folgeerkrankungen zu minimieren. Um dieses Ziel zu erreichen und sicherzustellen, sind Vorsorge- und Versorgungsstrukturen zu schaffen, die dies möglich machen.

Eine der häufigsten chronischen Erkrankungen ist Diabetes. Rund fünf Prozent aller Deutschen leiden an dieser Stoffwechselkrankheit, wir nennen sie laienhaft Zuckerkrankheit. Im Land Bremen leben demnach also mehr als 30 000 Diabetiker. Um die Versorgung dieser 30 000 Bürgerinnen und Bürger kümmern sich in Bremen zertifizierte Fachabteilungen in drei Kliniken. Das ist wahrhaftig eine über-

(A) durchschnittlich gute Versorgung. Dem stehen in der ambulanten Versorgung in Bremen acht niedergelassene Internisten mit anerkannter diabetologischer Zusatzqualifikation gegenüber. In Bremerhaven gibt es das leider noch nicht. Im ganzen Land Bremen gibt es keine einzige von den Krankenkassen anerkannte diabetologische Schwerpunktpraxis, eine Praxis, die sich ausschließlich um Diabetiker mit ihren Nöten und Problemen kümmert. Damit bildet die Hansestadt Bremen, das Land, das Schlusslicht unter allen Bundesländern.

Auch der für eine möglichst hohe Lebensqualität und die Verhinderung von Folgeerkrankungen bedeutsame Bereich der Patientenschulung ist in Bremen deutlich unterentwickelt. Strukturierte und qualifizierte Schulungen finden nur in den Kliniken statt.

Die Schulungen von Hausärzten sind, so die Auskünfte von Fachleuten, nicht umfassend und meistens viel zu allgemein, und das hat auch seine Gründe. Die Honorare für Schulungsangebote sind nicht kostendeckend und bieten Ärzten keinen Anreiz, ihre Patienten umfassend zu schulen und sie außerhalb der medizinischen Betreuung weiterhin zu begleiten. Vermutlich werden auch in Bremen, wie im ganzen Bundesgebiet, 85 Prozent der Diabetiker ungenügend geschult oder sind sogar ungeschult. Aus diesem Mangel resultieren wiederum zahlreiche Folgeerkrankungen.

(B) Bundesweit anerkannte Behandlungsstandards und wissenschaftlich fundierte Leitlinien, die schon in allen Bundesländern längst praktiziert werden, sind im Land Bremen nicht eingeführt. Die Kooperation zwischen niedergelassenen Praxen und Kliniken ist nicht ausreichend strukturiert und koordiniert, und die Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Behandlung ist nicht ausreichend und nicht verbindlich.

Das unbefriedigende Fazit für Bremen lautet: Es klafft eine Lücke zwischen der Behandlungsqualität und den medizinischen Möglichkeiten. Konkret und auf den Punkt gebracht bedeutet dies, die ambulanten Versorgungsstrukturen müssen weiterentwickelt werden, die klinischen Angebote müssen zurückgefahren werden. Sie werden viel zu häufig benutzt, weil Ärzte zu schnell einweisen. Diese Situation muss dringend verbessert werden. Die vom Gesundheitsressort initiierte Diabeteskommission ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen, dass dieses aus Patienten, Ärzten und Kassen gebildete Gremium schnell ein Versorgungskonzept mit gestaffelten Behandlungsebenen und klar definierten Übergängen zwischen allen Ebenen vorlegt. Ein qualifiziertes Schulungsangebot für die Patienten muss Bestandteil des Konzeptes sein. Sinnvoll erscheint es, qualifizierte Hausärzte mit der Ba-

sisversorgung von Diabetikern zu betrauen und diese Leistungen, ich habe dies vorhin erwähnt, so zu honorieren, dass die Motivation, einen Patienten eher aus finanziellen Gründen in die Klinik zu überweisen, entfällt.

Für komplizierte ambulante Behandlungsschritte und systematische Schulungen sollten Spezial- und Schwerpunktpraxen bereitstehen, deren Aufgaben jedoch noch konkret definiert werden müssen. Dies wäre der unverzichtbare Zwischenschritt in der Versorgungskette. Fachabteilungen in Krankenhäusern wären dann erst die dritte Ebene eines gestuften Behandlungskonzeptes, für dessen Nutzung auch hier noch konkrete Kriterien entwickelt werden müssen.

Zusätzlich ist sicherzustellen, dass Behandlungskonzepte den unterschiedlichen Bedürfnissen sowohl der verschiedenen Erkrankungstypen als auch der von Erwachsenen und Kindern Rechnung tragen. Die Übernahme der in anderen Regionen bereits erprobten Modelle einer optimierten Versorgung von Diabetikern wäre auch aus unserer Sicht zu begrüßen, denn man muss das Rad nicht neu erfinden.

(Beifall bei der SPD)

Im Ergebnis soll eine bessere Behandlungsqualität die Lebensqualität der Betroffenen und zugleich die Wirtschaftlichkeit der Behandlung erhöhen. Kurz-sichtige Einsparbestrebungen der Krankenkassen wirken in diesem Sinn kontraproduktiv und letztlich kostensteigernd. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Peters.

Abg. **Peters** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eines möchte ich vorwegschicken, Frau Markus, ich selbst bin Diabetiker, und das Leben heißt da nicht nur Verzicht. Mittlerweile gibt es so viele Möglichkeiten auch für uns Diabetiker, am ganz normalen Leben mit all dem, was andere auch erfreut, teilzunehmen. Ganz besonders ist dies wichtig für Kinder, für sie ist Verzicht am schwersten, wenn sie diese Erkrankung haben. Ich glaube, da muss man auch einmal loben, heute gibt es auf dem Markt eine ganze Menge, leider viel zu teuer. Dies nur vorweg!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Jetzt zu meinen Ausführungen und zu der Antwort des Senats! Bevor ich zu den Versorgungsstrukturen für Diabetiker in Bremen etwas sage, lassen Sie mich doch ein paar allgemeine Ausführungen machen! Offiziell gibt es etwa vier bis fünf Mil-

(C)

(D)

(A) lionen Diabetiker in Deutschland, davon etwa 30.000 in Bremen. Man geht aber in ganz Deutschland von einer Dunkelziffer von zirka acht Millionen aus. Das heißt, zehn Prozent unserer Bevölkerung sind an Diabetes erkrankt. Viele wissen noch gar nichts von ihrer Erkrankung. Jährlich entstehen Kosten für Behandlungen in Höhe von 2,3 Milliarden DM. Folgende Neu- beziehungsweise Folgeerkrankungen entstehen jährlich: 6000 bis 8000 Erblindungen, 28.000 Amputationen, 4000 Nierenerkrankungen mit Dialyse, 35.000 tödliche Herzinfarkte. Ich möchte dies deutlich sagen, damit man diese Krankheit nicht unterschätzt.

Warum sage ich das alles? Es ist ganz, ganz wichtig, eine vernünftige Versorgungsstruktur zu haben. Nun aber zu den Antworten, zu den Fragen und den Konsequenzen aus meiner Sicht dazu!

Zur Prävention! Als Erstes möchte ich eine Definition des Diabetes mellitus vorwegschicken, weil das gleich wichtig ist, um zu verstehen, warum ich Ihnen die unterschiedliche Versorgung erläutere. Der Diabetes mellitus, wie Sie schon sagten, allgemein Zuckerkrankheit genannt, ist eine chronische Störung des Kohlehydratstoffwechsels, der durch einen teilweisen, das ist der Typ zwei der Diabetes, oder völligen, das ist der Typ eins der Diabetes, Ausfall des Hormons Insulin entsteht.

(B) Bei dem Typ-eins-Diabetiker ist Vorsorge kaum möglich. Entweder ist er von Geburt an erkrankt, oder er erkrankt plötzlich und unvorhersehbar daran. Beim Typ-zwei-Diabetiker, auch Alterszucker genannt, es kann schon ein zweijähriges Kind sein, das den Alterszucker hat, plädiere ich in erster Linie auf Eigenverantwortung der Bevölkerung. Hier sollte jeder, der gefährdet ist, beizeiten vorsorgliche Harn- oder Blutzuckertests durchführen lassen. Dies ist zum Beispiel möglich bei Ärzten, Apothekern oder beim Diabetiker-Bund.

Bei allen anderen Menschen wäre es wünschenswert, bei routinemäßigen Blutuntersuchungen automatisch einen Zuckertest zu machen. Es ist dabei in noch intensiverer Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerung deutlich zu machen, dass mit dieser Volkskrankheit, ich möchte sie so bezeichnen, weil doch sehr viele daran erkrankt sind, manche sagen auch Wohlstandskrankheit, das hat vielleicht auch eine Ursache, nicht sorglos umgegangen werden darf, denn es bleibt nicht nur bei Diabetes, sondern die Folgeerkrankungen sind wesentlich gravierender. Hier sind zu befürchten: Gefäßleiden, Erblindung, Störungen des Nervensystems, Nierenschäden und andere Erkrankungen.

Es ist aber auch notwendig, den chronisch Kranken die Angst vor dem Diabetes zu nehmen, ihnen das Bewusstsein zu vermitteln und zu stärken, dass sie mit dieser Krankheit leben und alt werden können. Meine Mutter ist 86 Jahre alt, sie lebt seit 40

Jahren mit Diabetes, lebt immer noch und ist nicht erblindet.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das auch werden!

(Beifall bei der CDU — Abg. F o c k e [CDU]: Und so lange im Parlament!)

Nein, ich will auch noch etwas vom Leben haben!

(Heiterkeit und Beifall)

Dazu müssen Diabetiker sich noch viel Wissen über ihre Krankheit aneignen und es ständig erweitern. Dazu komme ich aber gleich noch einmal. Nur so können sie gemeinsam mit ihrem Diabetologen oder mit ihrem Hausarzt die Krankheit beherrschen lernen und ein fast normales Leben führen.

Zur Behandlung in der Antwort! Ich möchte deutlich machen, dass in Krankenhäusern mit diabetologischen Fachabteilungen eine ausgesprochen gute und hohe Betreuung, Behandlung und Schulung durchgeführt wird. Aus persönlicher Erfahrung kann ich dies ganz besonders für das ZKH Bremen-Nord bestätigen. Bei niedergelassenen Ärzten ist die Behandlung sehr unterschiedlich. Dies gibt auch die Antwort her. Schwerpunktpraxen fehlen gänzlich.

Zur Schulung! Hier ist es unabdingbar, dass alle Diabetiker, ich betone alle, intensiv geschult werden. Leider ist es bisher nur Patienten möglich, die in eine Klinik eingewiesen werden, an einer guten Schulung teilzunehmen. Es ist aber doch ein Unding, wenn Diabetiker nur zur Schulung in ein Krankenhaus eingewiesen werden und dadurch die Krankenkassen zirka 500 DM am Tag kosten!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hieraus ergibt sich meines Erachtens, dass unbedingt ambulante Schulungen durchgeführt werden müssen. Diese Schulungen sind im Moment, meine ich, sinnvollerweise bei den Fachabteilungen der Krankenhäuser anzusiedeln, weil das Know-how dort vorhanden ist. Die Schulungen sind für alle Diabetiker sehr wichtig, denn viele Menschen gehen noch heute zu sorglos mit ihrer Krankheit um, und zwar nach dem Motto: Ein Stück Torte macht ja nichts. Es sollten aber auch regelmäßige Nachschulungen angeboten werden.

Zu den weiteren Antworten lassen Sie mich aus bestehenden Diabetes-Vereinbarungen einige Lösungsbeispiele zitieren! Im Gegensatz zu Bremen gibt es solche Vereinbarungen in Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Sachsen und Baden-Württemberg. Diese sind weitestgehend gleich, sie weisen aber auch noch Mängel auf.

(C)

(D)

(A) Als Ziele der Vereinbarungen werden die Verbesserung der Qualität der Versorgung und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit angestrebt, insbesondere auch bezüglich der kostenintensiven Folgeerkrankungen und der Notwendigkeit der stationären Behandlung. Außerdem sollen die Diabetiker in die Lage versetzt und nachhaltig veranlasst werden, ihre Lebensführung auf Dauer an die Erfordernisse ihrer chronischen Erkrankung anzupassen. In allen Verträgen übernimmt der Hausarzt die Grundbetreuung und die regelmäßigen Kontrolluntersuchungen. Die diabetologische Schwerpunktpraxis ist zuständig für Neueinstellungen des Zuckers, eine befristete Mitbehandlung und für Schulungen.

Beide Ebenen sind zu vorgegebenen Kooperationsformen verpflichtet, immer auf der Grundlage eines Gesundheitspasses. Stationäre Einweisungen, außer in Notfällen, können nur nach gemeinsamer Konsultation von Haus- und Schwerpunktarzt erfolgen. Außerdem ist die Honorierung der Ärzte gerechtfertigt und somit auch Anreize für Ärzte zu einer guten Behandlung gegeben. Bei uns belastet die Behandlung von chronisch Erkrankten die Budgets der Ärzte erheblich.

(B) Aus den Antworten zu den Fragen und aus den Erfahrungen der Länder mit Verträgen ergeben sich für mich nachfolgende Forderungen für Bremen: Erstellung von Leitlinien und verbindliche Behandlungsstandards, Schaffung von Schwerpunktpraxen, keine Konkurrenz zwischen Haus- und Schwerpunktärzten, bessere Vergütungsanreize, Aufgabe der finanziellen Zurückhaltung der Kostenträger, umfassende Schulung aller Diabetiker, bessere Aufklärung aller Bürger über diese Volkskrankheit.

Lassen Sie mich zum Schluss noch die Erklärung des Deutschen Diabetiker-Bundes vortragen, die ich voll unterstütze, mit Genehmigung des Präsidenten! Ich zitiere nur daraus, ich lese nicht alles vor. Sie fordern unter anderem in ihrer Erklärung, „eine grundsätzliche, eine optimale Diabetiker-Betreuung gemeinsam mit Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenversicherung in die gesundheitlichen Aufgabenstellungen einfließen zu lassen, die Zusammenarbeit des Deutschen Diabetiker-Bundes mit den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassen künftig zu intensivieren und die Modelle der Diabetiker-Betreuung in den Ländern endlich zu verbindlichen Regelungen in der gesamten Bundesrepublik zu überführen, durch die Kassenärztliche Vereinigung das Netz der diabetologischen Schwerpunktpraxen auszubauen und die vernetzten Versorgungsstrukturen von den Hausarztpraxen über die diabetologischen Schwerpunktpraxen bis hin zu den Fach- und Rehabilitationskliniken zu schaffen, durch die Deutsche Diabetiker Gesellschaft verbindliche Leitlinien zur Behandlung und Qualitätsbewertung auszuarbeiten und durchzusetzen,“ — was ich auch ganz wichtig finde — „den hohen Stellenwert der Selbsthilfearbeit für die materiellen und finanziel-

len Mittel der Kostenträger, der Länder und Kommunen anzuerkennen und steuerliche Gleichstellung mit den Übungsleitern sicherzustellen.“

Zum Abschluss: Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, damit auch Bremen möglichst bald eine vernünftige Versorgungsstruktur erhält! — Danke!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach intensiver Beschäftigung mit dem Thema „Versorgungsstrukturen für Diabetiker im Land Bremen“ muss ich leider feststellen wie meine Vorrednerin und auch mein Vorredner, dass unser Bundesland innerhalb der Bundesrepublik zu einem Entwicklungsland in diesem Bereich zählt.

Es ist gesundheitspolitisch zum Beispiel überaus problematisch, dass es bis heute keine Schwerpunktpraxen gibt. Es gibt keine landesdeckenden Schulungsangebote für die Betroffenen und ihre Angehörigen. Da ich aber eine positiv denkende Frau bin, sehe ich auch Licht am Horizont. Nach dem In-Kraft-Treten der Gesundheitsreform entwickelt sich hier eine große Chance, diese Defizite konkret und zielorientiert anzugehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da die Gesundheitsreform besonders die integrierte Versorgung, die Selbsthilfegruppen und die Qualitätssicherung sowie die Prävention stärkt, sind die Grundlagen für eine positive Entwicklung gelegt.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat sich in den Jahren 1997 und 1998 bemüht, mit den Krankenkassen eine Schulungsvereinbarung abzuschließen. Dies wurde damals mit dem Hinweis auf zu hohe Kosten bei ungünstiger Versicherungsstruktur abgelehnt. Das führte dazu, dass die Kassenärztliche Vereinigung die Initiative zur Optimierung der Diabetesbehandlung nicht weiterführte. Auch gab es zahlreiche Gespräche des Deutschen Diabetiker-Bundes und der Kassenärztlichen Vereinigung mit dem Ziel, die Anerkennung von Schwerpunktpraxen für Diabetologen zu installieren. Auch dies hat die KV abgelehnt.

Ich möchte an dieser Stelle keine Schuldzuweisungen machen, aber, meine Damen und Herren, dieser Prozess war auf keinen Fall patientenorientiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Natürlich und selbstverständlich müssen wir über Vergütungen von Leistungen reden, doch zuallererst über die Zielsetzung und über die Verbesserung der Versorgung, nämlich zum Wohle der Patienten. Ich frage mich, meine Damen und Herren: Warum ist es bei uns in Bremen nicht zu Modellversuchen einer vernetzten Versorgung von Diabetikern gekommen, zu Modellversuchen wie in anderen Bundesländern auch? Wo hat hier die Gesundheitspolitik versagt? Diese Fragen müssen wir uns hier stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Sie
als gesundheitspolitische Sprecherin auch!
Sie können doch einen Antrag stellen! Nun
man los!)

Frau Hammerström, ich habe „wir“ gesagt, ich bitte darauf zu achten! Ich denke, dass wir Probleme auch gemeinsam lösen können!

Die Weltgesundheitsorganisation hat schon 1989 in einer Deklaration festgestellt, dass Folgeerkrankungen des Diabetes ein Problem in allen Ländern und in allen Altersgruppen sind. Die Zusammenarbeit zwischen Diabetes-Experten und Patientenorganisationen ist die wichtigste Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation der Diabetiker. Die Selbstbehandlung und Beratung und Unterstützung sind wesentliche Grundlagen. Nur so kann eine bessere Lebensqualität und eine längere Lebenserwartung erreicht werden. Hier fällt dem Hausarzt eine wichtige Koordinationsaufgabe zu, wie es in der Gesundheitsreform vorgesehen ist.

- (B) Es ist eine Voraussetzung im Rahmen der Qualitätssicherung und der Kontrolle einer so komplexen Erkrankung wie des Diabetes, dass die Betroffenen optimal und interdisziplinär betreut werden. Es ist schlimm für die Patienten, wenn die Untersuchungsergebnisse nicht strukturiert dokumentiert werden und somit größtenteils nicht vorhanden sind. Teure und belastende Doppeluntersuchungen könnten den Patienten erspart werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Daten- und Dokumentationsbögen dürfen nicht nur in den Institutionen vorhanden sein, sondern müssen auch den Betroffenen zur Verfügung stehen. Hier ist der Patient als wichtiger Partner zu sehen, als Partner im Umgang mit seiner Krankheit.

Die Eigenverantwortung sowie die Selbstbestimmung des Patienten sind zu unterstützen. Der Diabetiker muss lernen, auf Körpersignale zu achten. Er muss die Mahlzeiten berechnen können und die Blutzuckerkontrollen selbstständig durchführen. Nur so sind langfristig Folgeschäden zu verringern. Die fehlende Infrastruktur für die Diabetesbehandlung hat in Bremen und Bremerhaven zu vielen unnötigen Krankenhauseinweisungen geführt, meine Da-

men und Herren. In den Krankenhäusern mit dem Schwerpunkt Diabetes allerdings besteht in Bremen und Bremerhaven ein sehr guter Behandlungsstandard, auch dies wurde hier ja vorhin schon erwähnt.

(C)

Hier werden auch Schulungen für die Blutzuckermessung und Ernährungsberatung durchgeführt, und zwar individuell auf die Lebensweise des Patienten ausgerichtet. In Bremerhaven gibt es darüber hinaus zwei Arbeitskreise, in denen niedergelassene Ärzte, Klinikärzte und Apotheker sowie Patienten vertreten sind. Das ist ein guter Ansatz, der ausgebaut werden muss, um nicht nur einen geringen Teil der Diabetiker zu erreichen. Da ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsreform die Prävention ist, meine Damen und Herren, sind die Rahmenbedingungen für den Ausbau dieses Ansatzes geschaffen worden. Jetzt gilt es, ihn verstärkt umzusetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Besonders die Häufigkeit dieser Erkrankung, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, macht gesundheitspolitisches Handeln notwendig. Die Prävention liegt hier besonders in der Vermeidung von Folgeerkrankungen. Bei Kindern und Jugendlichen, bei denen ein Verdacht dieser Erkrankung besteht, müssen spezielle Antikörper-Screenings durchgeführt werden, insbesondere dann, wenn Diabetes in der Familie bekannt ist.

(D)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen wichtigen Punkt ansprechen, nämlich den sozialmedizinischen Aspekt! Diabetiker stehen gelegentlich vor großen familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Problemen, meine Damen und Herren, wie andere chronisch Kranke auch. Sie erwarten dann von ihren Ärzten nicht nur eine medizinische Versorgung, sondern darüber hinaus auch Lebenshilfen. Diese können nicht allein vom Arzt bearbeitet werden. Auch dies ist nur im Zusammenspiel verschiedener Institutionen zu erreichen. Arbeitgeber und die allgemeine Öffentlichkeit verbinden im Allgemeinen mit dem Wort Diabetes eine ärztlich bescheinigte Einschränkung der Leistungsfähigkeit. Dies ist unberechtigt und benachteiligt die Betroffenen. Auch hier ist Aufklärungsarbeit erforderlich.

Ich hoffe, dass wir bald zu einer Verbesserung der Versorgungsstrukturen im Land Bremen kommen und dass der kommende Diabetesbericht, der uns vom Senator für Gesundheit vorgelegt werden wird, die von mir aufgezeichneten Handlungsnotwendigkeiten enthält. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

(A) **Senatorin Adolf:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus der Mitteilung des Senats ist Ihnen bekannt, wie sich die Versorgungssituation von Diabetikern in Bremen derzeit darstellt. Auch die Vorrednerinnen und Vorredner haben das ausgeführt. Ich möchte Ihnen daher im Folgenden vielleicht zunächst vermitteln, wie es überhaupt zur Beschäftigung meines Hauses mit dieser Thematik kam. In meinem Haus ist im Übrigen eine besondere Zuständigkeit für dieses Thema organisiert worden, weil eben gesehen wurde, dass wir daran auch mit Nachdruck arbeiten müssen.

Es ist wohl unbestritten, dass die Effektivität unseres Gesundheitssystems unter anderem an der starren Trennung seiner verschiedenen Sektoren leidet, nämlich an der Aufspaltung in die ambulante, die stationäre und die rehabilitative Versorgungsebene, und besonders betroffen von dieser Problematik sind zum einen alte und zum anderen chronisch kranke Menschen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diese Patientengruppen, die sich über viele Jahre und wechselnd zwischen den Versorgungsebenen in ärztlicher Behandlung befinden, brauchen in viel stärkerem Maße, als das bisher gewährleistet ist, flexible Versorgungsstrukturen, und diese müssen sich an ihrem wechselnden Krankheitszustand orientieren, ansonsten kommt es für die Patienten zu Brüchen in der Versorgung, zu Ineffizienz und Einbußen in der Behandlungsqualität und nicht zuletzt damit dann auch für das Gesundheitssystem zu erhöhten Kosten.

(B) Wir wissen, dass die Entwicklung von Versorgungsketten, die engere Verzahnung insbesondere des stationären und des ambulanten Sektors, aber auch der pflegerischen und der rehabilitativen Bereiche Handlungsfelder heutiger Gesundheitspolitik sein müssten, nicht zuletzt, um Qualitätsverbesserungen und finanzielle Entlastungen miteinander zu vereinbaren.

Eine derartige Optimierung unseres Systems hängt dann entscheidend von der Kooperationsbereitschaft der handelnden Personen ab, nämlich Hausärzten, Fachärzten, stationär tätigen Ärzten, Pflegekräften und Rehabilitationseinrichtungen. Ihre Kommunikation unter- und miteinander funktioniert aber nur, wenn die Strukturen diese vorgeben und unterstützen. Gemeinsame Nutzung von Räumen, Geräten und von Schulungspersonal in der Diabetes-therapie könnten vertraglich vereinbart werden. Angemessene Übermittlung von Diagnosen und Voruntersuchungen zur Vermeidung von Doppeluntersuchungen, die Abstimmung gemeinsamer Behandlungskonzepte zwecks kontinuierlicher Behandlungsqualität und Ähnliches könnten Gegenstand sektorenübergreifend vereinbarter Richtlinien sein.

In der Diabetestherapie, und damit komme ich nun zu Ihrer Anfrage, liegt die Problematik der Schnittstellen offen zutage, und deshalb haben die Entwicklungen auf diesem Gebiet im letzten Jahrzehnt eine Vorreiterrolle für andere Erkrankungen eingenommen. Diabetes ist eine chronische Krankheit, überwiegend Auswirkung der ungesunden Lebensführung in unserer Wohlstandsgesellschaft. Sie gilt in den westlichen Gesellschaften als Volkskrankheit. In Deutschland ist inzwischen jeder Fünfte über 60 Jahre alte Diabetiker, mit steigender Tendenz. Die Erkrankung beginnt meist im mittleren Lebensalter und entwickelt gravierende Folgen oft erst im Alter. Bei der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung wird also Diabetes eine zunehmend größere Rolle spielen.

Allerdings wissen wir, sowohl seine Entstehung wie auch die schweren Folgeschäden, die hier schon genannt sind wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Nierenleiden bis zu Dialyseabhängigkeit, Erblindung und Amputationen wären mit einer gesundheitsbewussten Lebensführung und einer mehr präventiv statt kurativ ausgerichteten Medizin sowie einer konsequenten Stoffwechseleinstellung durchaus zu verhindern, ganz abgesehen von den möglichen ökonomischen Einsparungen, gehen wir doch derzeit bundesweit davon aus, dass zirka zehn Prozent der Mittel der gesetzlichen Krankenversicherung für die Diabetesbehandlung ausgegeben werden. Das ist ein gigantischer Betrag.

(D) Dass die Optimierung der Versorgungsstrukturen wie der Rationalisierungsreserven auch in Bremen noch nicht ausgeschöpft ist, das können Sie der Antwort des Senats unschwer entnehmen. Dass wir aber ein Entwicklungsland wären, glaube ich, ist doch ein bisschen zu hoch gegriffen. Ich glaube, wir haben Versorgungsstrukturen, die wir optimieren können, und nicht zuletzt deshalb haben wir uns auch diesem Thema mit einer besonderen Zuständigkeit genähert. Wir leben aber, das habe ich schon versucht zu sagen, auch davon, dass die Beteiligten im Gesundheitswesen auch daran mitarbeiten, diese Optimierungen vorzunehmen, und sensibel dafür sind.

Wir werden noch im März dieses Jahres einen ausführlichen Bericht zu dieser Thematik vorlegen. Ich bin aber auch sehr froh, dass sich inzwischen unter Leitung der Ärztekammer Bremen, die auch dafür die Federführung haben muss aus meiner Sicht, eine Diabeteskommission mit Beteiligung unterschiedlichster Akteure konstituiert hat. Diese Kommission wird die Umsetzung integrierter Versorgungsstrukturen vor Ort in Angriff nehmen. Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen und einige Krankenkassen haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, ihren Teil dazu beizutragen, und mit diesen Ansätzen sind wir, meine Damen und Herren, glaube ich, auf einem guten Weg für Bremen.

Ich erhoffe mir noch in diesem Jahr die ersten sichtbaren Erfolge dieser Kooperation, und so wäre

- (A) es dann möglich und wünschenswert, dass das Projekt Diabetes, das wir hier beginnen, Schnittstellen in Nahtstellen umwandelt und damit auch Vorbild für den gesundheitspolitischen Umgang mit anderen chronischen Erkrankungen sein kann. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/206, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Sicherstellung vertragsgemäßer Leistungen im Schienen-Personen-Nahverkehr durch die Deutsche Bahn AG

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000
(Drucksache 15/187)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

- (B) Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Ausbau des Containerterminals IV

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 7. Februar 2000
(Drucksache 15/194)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hafenwirtschaft hat nach der Umstrukturierung der BLG und der Anbindung der Eurogate den Weg in die Privatisierung der Hafenwirtschaft bestritten. Meine Damen und Herren, das heißt, nicht von Staats wegen, sondern wirtschaftliche Entscheidungen spielen eine große Rolle in den Betriebsführungen. Das ist prinzipiell zu begrüßen. Das heißt, wenn der Staat sich jetzt vollkommen heraushalten würde, gäbe es keine Probleme. Aber, meine Damen und Herren, die wirtschaftsschwache Region Bremerha-

ven braucht als Wirtschaftsfaktor die Häfen. Jetzt zeigt sich eine Entwicklung, in der eine andere wirtschaftsschwache Region, nämlich der Raum Wilhelmshaven, Überlegungen anstellt, Strukturverbesserung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durchzuführen. Das ist verständlich. Aber genauso muss es verständlich sein, wenn wir für unsere Häfen eintreten. Ein Investitionswettbewerb zwischen Bremerhaven und Wilhelmshaven nutzt niemandem.

Dass die Privaten kostenlose Angebote, Infrastruktur annehmen, wo dies angeboten wird, ist verständlich, aber ein Kampf zwischen Niedersachsen und Bremen um Hafenskapazitäten muss verhindert werden und darf es nicht geben. Die Friedlichkeit, mit der Niedersachsens Minister Fischer durch unsere Häfen schleicht, und die Erklärung der guten Zusammenarbeit zwischen den Häfen kennen wir doch zur Genüge. Ich erinnere hier nur einmal an die Fischereikrise in den siebziger Jahren, Wirtschaftskrieg zwischen Bremerhaven und Cuxhaven, oder aber an den Gewerbegebietskampf zwischen Bremen und Bremerhaven auf der einen und den Umlandgemeinden auf der anderen Seite.

Meine Damen und Herren, die Bereitstellung von Einfamilienhausgebieten in den Umlandgemeinden ist doch zum Schaden von Bremen und Bremerhaven. Die alte Phrase „Stadt, Land, Hand in Hand“ ist doch schon längst überholt. Die Volksweisheit, mir ist das Hemd näher als die Hose, bestimmt doch das Handeln Niedersachsens. Es geht um Arbeitsplätze in Bremerhaven, die wir dringend benötigen. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. Darum müssen die Beschlüsse zur Hafenerweiterung endlich umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, es ist schädlich, wenn Mitglieder aus dieser Bürgerschaft, wie der Abgeordnete Töpfer als Bremerhavener, sich gegen den wichtigen Strukturwandel und den Hafenausbau aussprechen. Herr Töpfer, die vielen Arbeitslosen werden es Ihnen bei der nächsten Wahl mit Sicherheit danken.

Die Tatsache dürfte sogar Ihnen klar sein, aber ich will es Ihnen trotzdem noch einmal verständlich erklären: Mehr Umschlag bringt mehr Beschäftigung. Meine Damen und Herren, die große Bedeutung des Containerterminals für den Arbeitsmarkt betonte auch der Betriebsrat von Eurogate. Das Umschlagsunternehmen mit 1400 Beschäftigten fordert wie die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen die rasche Realisierung von CT IV, weil trotz des Ausbaus von CT III a dieser schon bald an seine Kapazitätsgrenzen stoßen wird.

Meine Damen und Herren, die Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven hat ein klares Votum für den Terminalausbau gegeben. In diesem Punkt muss jetzt auch die Bürgerschaft mit einer Stimme für den Hafenstandort Bremen/Bremerhaven sprechen. Ich weiß, gleich wird wieder einer von Ihnen hier nach

(C)

(D)

- (A) vorn kommen und krampfhaft versuchen, in einer inhaltslosen Rede scheinheilige Worte zu finden, um meinen sachlich fundierten Antrag ablehnen zu können. Das kennen wir doch alles.

(Heiterkeit)

Einige Provinzjournalisten der in Bremerhaven ansässigen „Nordsee-Zeitung“ müssen dann wieder einmal unwahr schreiben, dass Tittmann sich nie zu kommunalpolitischen Themen geäußert hat, aber das glaubt ihnen sowieso keiner mehr. Bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass das, was Sie mit der Bremerhavener Bevölkerung in Sachen CT IV betreiben, und nicht nur in Sachen CT IV, ein Spiel mit dem Feuer ist, das schon viel zu lange brennt! CT IV ist eine absolut notwendige Ausbaustufe des Überseehafens. Schon jetzt platzt der Überseehafen aus allen Nähten. Das Potential an interner Produktivitätssteigerung ist ausgeschöpft und erschöpft. Stimmen Sie deshalb aus einer sozialpolitischen Verantwortung gegenüber den vielen Arbeitslosen überparteilich diesem DVU-Antrag uneingeschränkt zu! — Ich bedanke mich, meine Damen und Herren!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

- (B) Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir wirklich schwer, Herr Tittmann, auf Ihre Rede zu antworten, nicht nur, weil Sie nichts gesagt haben,

(Beifall bei der CDU und bei der SPD —
Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das glaube ich
Ihnen gern!)

sondern weil Sie sich hier verhalten wie ein Wolf im Schafspelz. Das, was Sie gestern Nachmittag zum Beispiel hier abgezogen haben, macht es offensichtlich, Sie versuchen, hier Allgemeinplätze zu belegen, um dann im zweiten Zug Ihre menschenverachtenden rechtsradikalen und hetzerischen Reden hier zu halten.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass Sie dann von Ihrer Führungsleitstelle noch falsch informiert werden, macht dies noch offensichtlicher.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Genau das
meine ich!)

Wir gehen Ihnen daher nicht auf den Leim. Wir brauchen Sie nicht, um CT IV umsetzen zu wollen, wir brauchen Sie auch nicht, um CT III a umsetzen zu wollen, deswegen steige ich hier inhaltlich erst

gar nicht in die Debatte ein, denn es gibt die Beschlüsse schon, Herr Tittmann. Vielleicht sollten Sie, wenn Sie Ihre Reden aus München dann irgendwann abschreiben, auch einmal eine Minute in der Bibliothek der Bürgerschaft verbringen, da können Sie nämlich sehen, wie die Beschlusslage aussieht.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Setzen Sie das
doch um! Sie brauchen das doch nur um-
zusetzen!)

Dass dies nun bei einzelnen hier in diesem Hause nicht auf breite Zustimmung stößt, ist auch vollkommen klar. Da gibt es unterschiedliche Positionen, aber ich finde das dann schon ein bisschen merkwürdig, wenn Sie hier ein Bild von einzelnen Abgeordneten an die Wand malen, so nach dem Motto, der Abgeordnete Töpfer hätte es zu verantworten, dass es so und so viele Arbeitslose gibt.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Das habe ich
nicht gesagt!)

Ich finde, dies ist eine infame Art und Weise, wie Sie hier dieses Haus missbrauchen,

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen — Abg. T i t t -
m a n n [DVU]: Bleiben Sie bei der Wahr-
heit!)

damit Ihre Volkszeitung oder wie Sie das Ding da nennen, entsprechend berichtet. Ich weiß nicht, wie Sie das mit der Berichterstattung machen, Sie müssen sich ja auch ein bisschen abheben von Ihren Vorgängern, die sich ja dadurch ausgezeichnet haben, dass sie sich nicht besonders ausgezeichnet haben.

Der Vollständigkeit halber ist zu sagen, die große Koalition steht hinter CT IV, auch wenn Einzelne vielleicht eine andere Position haben. Die Position der Grünen ist dazu auch klar. Deswegen brauchen wir da nicht allzu intensiv in die Diskussion einzusteigen. Wir sind auf einem guten Weg. Ich glaube, dass der Senat an der Stelle auch bald entsprechende Beschlüsse vorlegen wird.

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Von daher ist es, glaube ich, sinnvoll, Ihren Antrag dahin zu überweisen, wohin er gehört, in die Ablage, damit wir mit diesem Thema auch nicht mehr allzu viel zu tun haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(C)

(D)

- (A) Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/194 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)
- Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Gesetz über die Arbeitnehmerkammer
im Lande Bremen**
- Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000
(Drucksache 15/198)
1. Lesung
- Als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.
- (B) Wir kommen zur ersten Lesung.
Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer das Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen, Drucksache 15/198, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen])
- Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
- Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8
vom 15. Februar 2000**
(Drucksache 15/202)
- Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.
Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (C) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
- (Einstimmig)
- Gesetz zur Änderung des Bremischen
Besoldungsgesetzes**
- Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 23. Februar 2000
(Drucksache 15/220)
1. Lesung
2. Lesung
- Wir kommen zur ersten Lesung.
Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.
- Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Oberbürgermeister in Bremerhaven und die große Koalition in Bremerhaven haben uns dringend darum gebeten, den Ihnen hier heute vorliegenden Antrag als Landesgesetzgeber in erster und zweiter Lesung zu beschließen.
- (D) Grundlage dieses Ersuchens ist nicht nur die Koalitionsvereinbarung in Bremerhaven, sondern auch ein einstimmiger Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses der Stadtverordnetenversammlung, der um zügige Behandlung des Anliegens gebeten hat.
- (Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Wann haben die das denn beschlossen?)
- Der Oberbürgermeister hat in einem Schreiben an die Fraktionen der Regierungskoalition Folgendes mitgeteilt und das Anliegen wie folgt begründet, ich zitiere: „Es soll ein Büro des Oberbürgermeisters unter Leitung des Magistratsdirektors gebildet werden. In diesem Büro sollen die Teilbereiche Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaft und Verwaltungsmodernisierung für den Magistrat koordiniert werden. Man ist sich darüber einig, dass die Funktion des Magistratsdirektors nach der Besoldungsgruppe B 4 anzuheben ist. Außerdem soll nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers die Stelle als politischer Beamter an die Berufungszeit des Oberbürgermeisters gekoppelt werden.“

(A) In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen,“ so weiter Oberbürgermeister Schulz, „dass die Funktion durch die Schaffung des Büros, das dem einer Magistratskanzlei entspricht, eine besonders hohe Aufwertung mit einem Höchstmaß an Verantwortung erfährt. Diese zentrale Funktion an der Verwaltungsspitze ist für die Effizienz der Magistratsarbeit von größter Bedeutung.“

Was auch wichtig zu wissen ist, ich zitiere aus dem Brief des Oberbürgermeisters fort: „Bremerhaven hat seit 1990“, ich füge hinzu, also seit zehn Jahren, „in der Verwaltungshierarchie abgesehen von den Magistratsmitgliedern lediglich einen Spitzenbeamten, nämlich als Magistratsdirektor in der Besoldungsgruppe B. Hieran“, so der Oberbürgermeister, „soll auch weiter festgehalten werden. Die enge und auch politische Anbindung an die Wahlzeit des Oberbürgermeisters macht es notwendig, die Stelle künftig nach B 4 auszuweisen und darüber hinaus die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzunehmen.“

Das Schreiben geht noch ein bisschen weiter, und wir werden dann gebeten, „die Sache zügig voranzutreiben, damit die Umsetzung in Bremerhaven noch mit in die Haushaltsberatungen für das Jahr 2000 einfließen kann“, so der Oberbürgermeister.

(Unruhe — Glocke)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Ich darf um mehr Aufmerksamkeit und Ruhe bitten!

Abg. **Töpfer** (SPD): Ich habe gestern schon darauf hingewiesen, dass die Haushaltsberatungen in Bremerhaven schon begonnen haben und dass diese Stabsabteilung beim Oberbürgermeister schon in diesem Monat eingerichtet werden soll. Von daher ist es vernünftig, wenn wir diesen sachlichen Argumenten von Bremerhaven Folge leisten. Bremerhaven selbst kann es nicht tun, weil das Sache des Landesgesetzgebers ist. Es ist eindeutig in dieser Sache. In Bremerhaven ist allerdings die Finanzierung dieser Hebung über den Haushalt zu sichern.

Sie wissen, dass wir bis in die letzte Legislaturperiode hinein einen Sonderbeauftragten für Wirtschaftspolitik in der Stadt gehabt haben. Diese Funktion gibt es auch nicht mehr, das soll zum Beispiel vom Magistratsdirektor mit koordiniert werden. Auch vollkommen klar ist, das möchte ich auch an die Öffentlichkeit sagen, dass die Hebung auf B 4 den strengen Kriterien der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, KGSt, in Köln entspricht. Die Kriterien, die dort für eine B-4-Stelle vorgesehen sind, werden in Bremerhaven voll erfüllt. Auch das möchte ich hinzufügen.

Wir sagen deswegen von Seiten der SPD-Fraktion und sicherlich auch von der CDU-Fraktion, dass wir hier inhaltlich nachvollziehbare Argumente sehen. Diesen Argumenten können wir uns nicht wi-

dersetzen. Bremerhaven kann es nicht über ein Ortsgesetz regeln, hier geht nur eine landesgesetzliche Regelung.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum wohl?)

Ich denke, dass alle Gründe dafür genannt worden sind, so zu verfahren. Sie sind sachdienlich, und deswegen bitte ich um die Zustimmung dieses Hauses in erster und zweiter Lesung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen *): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Art und Weise, wie dieser Gesetzesantrag in diese Bürgerschaft eingebracht worden ist, lässt schon darauf schließen, dass hier offensichtlich andere als sachliche Kriterien der Hintergrund der ganzen Maßnahme sind. Früher hatte man dafür ein Wort, das fing mit F an und hörte mit Z auf, aber so etwas Böses sagen wir hier ja nicht mehr.

Herr Töpfer, Sie haben für mich keinen einzigen sachlichen Grund gebracht, warum denn diese Angelegenheit nun so dringlich ist, dass Sie erstens nach einer Beschlussfassung der kommunalen Gremien, die meines Wissens im Dezember letzten Jahres erfolgte, nun unbedingt unmittelbar vor der Sitzung dieser Bürgerschaft dies im Februar so kurzfristig einbringen. Gut, Sie haben darauf verwiesen, dass es eine Koalitionsvereinbarung gibt, das ist ja offensichtlich neuer Verfassungsbestandteil in Bremen. Wenn die Koalition etwas vereinbart, dann ist es heilig, aber ich finde, das ist trotzdem sachlich nicht richtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben es eingebracht und sagen, Bremerhaven kann da gar nichts machen, sie brauchen den Landesgesetzgeber. Ja, warum denn wohl? Damit wir hier in angemessener Form beraten und das überprüfen, ob das sachlich gerechtfertigt ist! Es gibt hier nämlich eine ganze Menge Fragen, zum Beispiel: Was ist mit der Finanzierung? Da sagen Sie, es sei im Kommunalhaushalt enthalten, und begründen damit sinnigerweise die Eile, weil sich ja Bremerhaven völlig überraschend in den Haushaltsberatungen befindet.

Ich würde gern wissen, inwieweit diese Stelle unter Umständen aus Landesmitteln finanziert wird, inwieweit nicht, das möchte ich wenigstens überprü-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) fen. Ich weiß jetzt nicht, wie das ist, aber weil das eine über Landesgesetz geregelte Stelle ist, wir haben ja für bremische Beamtinnen und Beamte einen einheitlichen Beförderungstermin, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Gilt das eigentlich auch für Bremerhaven?

Wenn sich die Kommune anders entschieden hat, gilt das vielleicht nicht wenigstens für die per Landesgesetz definierten Stellen in Bremerhaven? Das hat ja eine gewisse Vorbildfunktion. Was soll ein bremischer Polizeibeamter, der sich wesentlich niedriger in der Besoldung befindet, davon denken, wenn es in Bremerhaven möglich ist, leitende Beamte einmal zwischendurch zu befördern? Das ist in sich nicht schlüssig.

Was ist eigentlich die inhaltliche Begründung, das möchte ich gern einmal überprüfen, wenn Sie sich hier hinstellen, aus einem Brief zitieren, der mir zum Beispiel als Vorsitzendem des Haushalts- und Finanzausschusses und auch den anderen Parlamentariern überhaupt nicht bekannt ist. Ich finde, das ist keine ausreichende Begründung, sondern ausnehmend schlechter Stil, wie hier etwas inhaltlich begründet wird. Warum wird eine Stelle auf Dauer per Gesetz angehoben, wenn es, soweit ich das verstanden habe, aber das sage ich mit aller Vorsicht, doch im Wesentlichen um die Anerkennung der Arbeit einer Person geht, die jetzt schon auf dieser Stelle sitzt?

(B) Schließlich würde ich gern wissen, wie sich die Anhebung in das Besoldungsgefüge der per Landesgesetz definierten Stellen einordnet, also wie sie in Relation zu anderen vergleichbaren Stellen steht. Sie sehen, es gibt Fragen über Fragen, die zu klären reicht keine Koalitionsvereinbarung aus, und es reicht auch nicht aus, dass der Bürgermeister sich etwas wünscht, sondern darüber muss sachlich schon genauer diskutiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben hier in Bremen für so etwas ein Verfahren, nämlich dass der Haushalts- und Finanzausschuss mit dieser Sache befasst werden muss. Das stelle ich auch ausdrücklich fest. Ich möchte, dass dieser Antrag entweder sofort oder nach der ersten Lesung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wird, um diese Fragen zu klären.

Politisch möchte ich Ihnen auf den Weg geben, die Bremerhavener haben dieser Tage ein Signal gesandt, dass sie ein Defizit von über 100 Millionen DM haben. Sie haben darauf hingewiesen, dass diverses Vermögen verkauft werden muss, auch solches Vermögen, das für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Ob das in einer solchen Situation, in einer solchen Notlage dieser Stadt das richtige politische Signal ist zu sagen, aber jetzt als eine wesentliche

Maßnahme heben wir unseren Magistratsdirektor um zwei Stellen an, finde ich, muss man überlegen.

Ich finde, es ist das falsche politische Signal an dieser Stelle. Deswegen bitte ich Sie, gerade vor dem Hintergrund der Zweifelhaftigkeit des Signals, machen Sie es nicht so eilig, damit erhöhen Sie nur die Anrühigkeit, die politische Angreifbarkeit dieser Maßnahme! Wir möchten Sie bitten, mit uns darüber sachlich im Haushalts- und Finanzausschuss zu diskutieren, und deswegen überweisen Sie bitte diesen Antrag! — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Zachau, vielleicht hätte es der Debatte gedient, wo ist er denn jetzt?

(Abg. **Z a c h a u** [Bündnis 90/Die Grünen]: Hier!)

Nein, Sie suche ich nicht! Ich suche Ihren Bremerhavener Abgeordneten. Er saß da gerade noch und ist jetzt hinausgegangen. Da hinten hat er sich an die Wand gesetzt,

(Heiterkeit)

weil wahrscheinlich all die Fragen, die Sie aufgeworfen haben, Herr Kollege Zachau, von dem Kollegen Schramm hätten beantwortet werden können. Insofern verstehe ich auch, dass ein stadtbremischer Kollege dazu redet. Sie haben ein paar Fragen aufgeworfen, ich weiß nicht, ob Sie die alle ganz ernst gemeint haben. Ich habe mir das einmal so auf die Schnelle mitgeschrieben und versuche, Ihnen die einmal zu beantworten.

Wenn Sie das als politisches Signal verurteilen, kann man das machen, aber dann müssten Sie das im Prinzip ja für jede Beförderung anwenden, und da Sie das Beispiel gebracht haben, was sollen die Polizeibeamten darüber denken, wenn ein leitender Beamter zu einem anderen Termin befördert wird, dann war das gerade das falsche Beispiel, weil Bremerhaven gerade in der letzten Woche beschlossen hat, es bei den Polizeibeamten so zu machen wie in der Stadt Bremen, dass man sich nicht an den eigentlich vereinbarten Beförderungstermin hält und sie vorzeitig befördert, weil es wohl auch entsprechend sinnvoll war.

Auf die Einordnung in das Besoldungsgefüge des Landes insgesamt ist der Kollege Töpfer vorhin schon eingegangen. Wenn Sie sich einmal die Größenord-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) nung der beiden Städte und wer wo wie in welcher B-Besoldungsgruppe ist, anschauen und sich vorstellen, dass dieser Magistratsdirektor ja auf Verwaltungsebene die Interessen der Stadt Bremerhaven vertritt und in der Regel immer auf einen großen Kreis von Leuten trifft, die in der B-Besoldung mindestens so eingeordnet sind in dieser Höhe, dann halte ich dies für durchaus angemessen.

Sie haben gestern etwas leichtfertig — und wie die Presse so ist, übernimmt sie das einfach — in den Raum gestellt, seine Besoldung würde jetzt von 12 000 auf 14 000 DM angehoben. Ich habe nicht die aktuelle Besoldungstabelle da, aber die von 1997 habe ich immer noch irgendwie in der Tasche, da war das Grundgehalt von 9800 auf 11 000 DM angehoben worden. Jetzt sind da dreimal Erhöhungen gewesen, aber ich glaube nicht, dass in den drei Jahren der öffentliche Dienst 15 oder 20 Prozent Besoldungserhöhung gehabt hat.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das dreizehnte Gehalt müssen Sie bei der Monatsvergütung mit umrechnen!)

Nein, das haben Sie ja so nicht gesagt! Sie haben den Eindruck erweckt, seine Besoldung würde jetzt im Monat von 12 000 auf 14 000 DM angehoben, das können Sie so nicht machen.

(B) Ich will auch einen anderen Aspekt, der bisher nicht erwähnt worden ist, noch anführen. Bremerhaven ist als Stadt eben aufgrund dieser Zwei-Städte-Staat-Struktur auch in seiner Gesamtstruktur nicht vergleichbar mit einer Stadt, die irgendwo in der Fläche liegt, weil, wie Sie wissen, es die Mittelbehörden, die Bezirksregierungen, eben nicht gibt, die den Kommunen, die in Flächenstaaten sind, in vielen Bereichen Entscheidungen abnehmen oder Prüfungsgremien für Entscheidungen sind. Das wird in Bremerhaven alles selbst gemacht, an deren Spitze steht der Magistratsdirektor.

Ansonsten möchte ich mich dem anschließen, was Herr Töpfer im Wesentlichen gesagt hat. Wir waren der Auffassung, und insofern haben wir das auch gar nicht aufgefasst, als ob hier irgendjemand damit überfallen worden ist, dass das ein so schlichter

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja das Problem!)

und einfach nachvollziehbarer Vorgang ist, dass Sie das auch innerhalb von ein, zwei Tagen hätten nachvollziehen können. Zumindest waren wir der Auffassung. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Abgeordnete Zachau hat unter Berufung auf die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft, Paragraph 53, die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss vor der endgültigen Beschlussfassung beantragt. Ich interpretiere den Antrag so, dieses Gesetz nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen und nach dem Bericht des Ausschusses dann hier die zweite Lesung vorzunehmen. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zunächst einmal, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen — —.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir machen jetzt die erste Lesung, dann stimmen wir über den Antrag auf Überweisung ab, bevor ich zur zweiten Lesung komme. Das ist das, was ich gerade gesagt habe. Gibt es dagegen Widerspruch?

Gut, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes, Drucksache 15/220, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Fraktionen von SPD und CDU haben Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung beantragt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Ich lasse zunächst einmal über die Überweisung abstimmen. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Überweisung ab.

Ich lasse dann darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(C)

(D)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
Wir kommen zur zweiten Lesung.
Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes, Drucksache 15/220, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
(Dafür SPD und CDU)
- (C) Ich bitte um die Gegenprobe!
(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)
Stimmenthaltungen?
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz.
Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag!
Die Sitzung ist geschlossen.
(Schluss der Sitzung 16.04 Uhr)
- (B)
- (D)